

## **9 Dringlichkeitsanträge**

### **9.1 Keine Genehmigungen für zusätzliche mobile Außenwerbeflächen auf Flächen des öffentlichen Guts der Stadt Graz in Wahlkämpfen (GR<sup>in</sup> Anna Hopper, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Frau Stadträtin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind bei den Dringlichen angekommen in unserer letzten Sondersitzung. Und ich darf mich mit diesem Anliegen an euch wenden, das, glaube ich, einigen in der Vergangenheit schon immer wieder ein bisschen bitter aufgestoßen ist, das die eine oder andere Grazerin oder den einen oder anderen Grazer auch ein bisschen verärgert hat, und wo ich glaube, dass es in unserer Verantwortung liegt, da einfach zu schauen, dass wir in allen wahlrelevanten Bemühungen hier auch einfach schauen, dass die Grazerinnen und Grazer nicht übersättigt werden mit unseren Anliegen, unseren Gesichtern, etc., sondern dass wir da auch schauen, dass wir all die Botschaften, die wir transportieren wollen, so transportieren, dass wir trotzdem allen Menschen in Graz einen schönen Sommer auch ermöglichen können. Ich werde dazu auch zu einem weiteren Dringlichen, der heute ja auch noch ansteht, noch etwas Spezifischeres sagen. Im vorliegenden Antrag geht es mir hauptsächlich um zwei Aspekte. Auf der einen Seite geht es um Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen, sei das jetzt vielleicht eine Sehbeeinträchtigung oder eine körperliche Beeinträchtigung, die erfordert, dass man vielleicht mit einer Gehhilfe oder einem Rollstuhl in Graz unterwegs ist und seine Wege beschreitet. Es kann aber natürlich auch sein, dass man mit einem Kinderwagen unterwegs ist oder mit ein paar kleineren Stöpseln, die man irgendwo an einem Plakatständer vielleicht vorbeimanövrieren muss und wenn das dann auch noch neben einer stark befahrenen Straße ist, ist das natürlich, und ich glaube, da sind wir uns alle einige, recht problematisch. Auf der anderen Seite geht es mir aber nicht nur um diese Einschränkungen in der Fortbewegung bei uns in Graz, sondern es geht mir auch sehr, sehr stark um das Stadtbild. Ich glaube, es ist schon wichtig, und das möchte ich hier auch einmal ganz klar sagen, es geht nicht darum,

irgendwelche Werbemöglichkeiten einzuschränken, dass andere Fraktionen hier nicht oder dass wir auch nicht unsere Botschaften transportieren wollen im Herbst dann, auf alle Fälle. Aber es geht darum, dass wir tatsächlich schauen, dass wir unser schönes Graz, das jetzt Menschen bei uns, und auch viele Touristen, die sonst im Sommer auch da sind, in den vergangenen eineinhalb Jahren eigentlich nicht genießen konnten, nicht unnötig strapazieren, indem wir zusätzliche Flächen hier zur Verfügung stellen. Wir hatten 2017 auch schon einen ähnlich lautenden Antrag, der eigentlich auch zum Ziel hatte, dass wir diese Flut an zusätzlichen Plakatflächen, die immer wieder auftaucht, und das haben wir 2019, glaube ich, besonders stark gemerkt, da vielleicht ein bisschen reduzieren. Damals ist dann sehr elegant eine 8-Bogen-Lösung aufgetaucht, die dann trotzdem zum Effekt hatte, dass die gleich großen Plakatwände trotzdem unser Stadtbild dann ergänzt haben, um da jetzt ein neutrales Wort zu verwenden. Und ich glaube, es ist aber schon möglich für alle Fraktionen hier in dem Raum und auch in Graz, ihre Botschaften auf den vorhandenen, genehmigten Werbeflächen auch zu kommunizieren und dort Platz zu finden. Und aus dem Grund darf ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs einen

### **Antrag**

an die ressortzuständige Stadträtin Elke Kahr stellen, dass sie ihre zuständige Abteilung damit beauftragen möge, die Genehmigung für die Errichtung und das Aufstellen zusätzlicher Großplakatflächen, also das sind diese Metallsteher mit den riesigen, ob das jetzt eine 4-Bogen-, 8-Bogen-, 24-Bogen-Plakatwand ist, die auf der einen Seite nicht zu genehmigen, aber dazu auch noch, wie ich auch anfangs schon eingeleitet habe, die Plakatständer, die Gehwege oft einmal blockieren, die Menschen mit Behinderung einschränken, wir haben auch sehr viele Gespräche mit dem Herrn Palle auch geführt dahingehend, dass wir auf diese Plakatständer dieses Mal auch verzichten und auch diese bis zum 26. September bitte nicht genehmigt werden sollen. Ich glaube, alle Grazerinnen und Grazer haben sich einen möglichst schönen Sommer und auch einen wohlverdienten Herbst und einen Start in ein hoffentlich normales

Schuljahr wieder verdient. Ich glaube, dass wir unsere Botschaften trotzdem gut kommunizieren können und es nicht notwendig ist, dass wir unsere Stadt überfluten mit zusätzlichen Postern von uns und unseren Botschaften, wenn wir auch andere Möglichkeiten dafür haben, die schon genehmigt sind. Ich würde mich über Unterstützung und Zustimmung sehr, sehr freuen, weiß aber, dass es dann noch sicher ein bisschen Diskussionspotential gibt. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*In den vergangenen Jahren und insbesondere durch die vielen Wahlen, die 2019 durchgeführt wurden, sind die unzähligen zusätzlich aufgestellten Großplakatständer bzw. Dreieckständer, die unser Stadtbild in Mitleidenschaft ziehen, besonders aufgefallen, obwohl ausreichend Plakatflächen von gewerblichen Anbietern zur Verfügung stehen. Die Städte Salzburg und Wien haben darauf bereits vor einigen Jahren reagiert und zusätzliche Plakatflächen untersagt.*

*Im Vorfeld der letzten Gemeinderatswahl 2017 hat sich der Gemeinderat bereits dazu verpflichtet, auf zusätzliche mobile Großplakatständer auf städtischem Grund zu verzichten und seitens der Stadt die Nutzung nicht zu genehmigen.*

*Diese Regelung hat bei der letzten Gemeinderatswahl bereits gut funktioniert und das Stadtbild wurde dadurch merkbar entlastet. Allen wahlwerbenden Parteien war es nach wie vor möglich, die genehmigten Dauerwerbeflächen von Außenwerbungsanbietern zu nützen. Die Nutzungssperre für 16- und 24-Bogen-Plakate hat allerdings – zum Leidwesen unseres Stadtbildes – zur Aufstellung einer Vielzahl von 8-Bogen-Plakaten und Dreieckständern geführt. Nebeneinander platziert hatten diese Flächen dann dieselbe Größe wie jene, die man zu verhindern versucht hatte und damit einhergehend dieselben negativen Auswirkungen.*

*Die Grazer Bevölkerung und auch die Besucherinnen und Besucher sollten unabhängig von dem durch Wahlwerbung geprägten Stadtbild unsere schöne Stadt uneingeschränkt genießen können. Die verschiedenen Arten der mobilen Plakatflächen, wie Dreieck-Ständer, A-Ständer und mobile Großbogenplakate führen nicht nur zu einer*

*Übersättigung vieler Bürgerinnen und Bürger, sondern gefährden in regelmäßigen Abständen vor allem Personen mit Seh- oder Gehbeeinträchtigungen durch die Verengung der Gehsteige und Gehwege. Graz verfügt durch mehrere Anbieter über genügend private und behördlich genehmigte statische Werbeflächen aller gängigen Formate, um es politischen Parteien zu ermöglichen, ihre Botschaften im Rahmen ihrer Wahlkampagnen im öffentlichen Raum zu platzieren. Im Hinblick darauf, dass die Parteien bzw. die von ihnen beauftragten Außenwerbeunternehmen für die im Grazer Stadtgebiet auf öffentlichem Grund zusätzlich aufgestellten mobilen Wahlplakate die privatrechtliche Genehmigung der Stadt Graz benötigen, stelle ich namens der Grazer Volkspartei folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die ressortzuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, die zuständige Mag.Abt. 10/1, Straßenamt, zu beauftragen, keine Genehmigungen für die Errichtung mobiler Außenwerbeanlagen, jeglicher mobiler Großplakatständer (insbesondere 24-, 16-, 8- und 4-Bogen Plakate) sowie Dreieckständer und A-Ständer auf Flächen des öffentlichen Guts der Stadt Graz bis zur GR-Wahl am 26. September 2021 zu erteilen. Weiters werden das Land Steiermark und die Asfinag ersucht, die angeführten Maßnahmen für ihre Flächen in Graz ähnlich handzuhaben.*

KO GR Mag. **Sippel:**

Hoher Gemeinderat, lieber Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren, die uns via Livestream verfolgen. Es wird auch heute unterschiedliche Zugänge geben, wie wir in Graz diese Wahlauseinandersetzung gestalten werden. Es wird dann ja auch noch einen dringlichen Antrag von mir zur Wahlkampfkostenobergrenze geben, also da wird sich auch ein etwas anderer Zugang abzeichnen, aber das ist ja natürlich in einer Demokratie auch möglich, dass man hier versucht, auch unterschiedliche Argumente vorzubringen. Ich bin ein bisschen, liebe Anna, bei diesem dringlichen Antrag in

meinem politischen Selbstverständnis ins Wanken geraten. Der Antrag geht ja her und will in den freien Markt der Werbewirtschaft eingreifen, sozusagen eine Plakatplanwirtschaft aufziehen. Jetzt kann man natürlich argumentieren, dass das jetzt nicht wirklich ein freier Markt ist, weil es diese mobilen Plakatflächen ja nur zur Wahlen gibt, aber tatsächlich gibt es diese Möglichkeit seit 1945 in unserer Stadt bei allen Wahlen, und das ist natürlich auch etwas, wo die heimische Kommunikation und Werbewirtschaft davon profitiert. Und das ist ja auch gut so, weil wir alle wollen Unternehmen vor Ort auch stärken, und das erstaunt mich dann natürlich schon von einer Partei, die Wirtschaft auf ihr Fahnen haftet, dass man hier auch diesen Weg der Beschränkung geht. Und das ist nicht ganz etwas, was ich in meinen logischen Verstand hineinbekomme, weil ihr wollt Plakatflächen sozusagen einsparen, was ja bedeuten würde, wenn man die einspart, dass man dann auch kein Geld ausgibt dafür, dieses Geld würde man sparen, also könntet ihr ja, wenn man den umgekehrten Weg geht, ja ganz leicht auch meiner Wahlkampfkostenobergrenze zustimmen, weil ihr spart ja das Geld, also müsste es euch leichter fallen, diese 400.000 Euro Wahlkampfgrenze auch zuzustimmen. Also das wäre eigentlich der Weg, den man auch gehen könnte, insofern sieht man, wie diese beiden Anträge eigentlich zusammenzubringen wären, nämlich den umgekehrten Weg auch zu gehen. Und es stellen sich für mich dann auch noch zwei weitere Fragen, die du vielleicht dann auch in deiner Schlussmeldung beantworten kannst. Also ihr wollt, schauen wir einmal, ob es durchgeht, das Angebot künstlich verknappen, jetzt die Frage die, ob ihr dieses künstlich verknappte Angebot, was es geben kann, schon in Anspruch genommen habt. Also mit anderen Worten: Sind die Flächen auf der Sonnenseite von euch schon gebucht? Ein bisschen ein Vorsprung, was jetzt den Wahltermin betrifft, den habt ihr ja gehabt, also ihr habt ja dann doch schon einiges vor uns gewusst, dass wir am 26. September wählen. Es könnte ja auch sein, dass dann natürlich schon die verknappten Plakatflächen, die attraktiven, schon alle ausgebucht sind. Das wäre die erste Frage. Und die zweite Frage bzw. ist es auch eine Anregung, was passiert dann mit diesem ersparten Geld? Wird dieser Etar dann amerikanischen US-Konzernen, US-Konzernen im Internet und Social Media-Bereichen in den Rachen geworfen, wie Instagram, Facebook oder

Google? Das wäre natürlich schade, weil dieses Geld dann nach Amerika geht und nicht in die heimische Wirtschaft. Insofern wird es analog zu dem, dass wir immer kritisch waren, wenn es darum geht, Plakatflächen auch zu reduzieren, wird es keine Zustimmung geben, wenngleich natürlich, aber das ist ja ohnehin vom Straßenamt so vorgesehen, es keinen Wildwuchs geben soll, dass es auch diese Barrierefreiheit geben muss, aber das ist ohnehin bereits bei uns geregelt, also insofern keine Zustimmung (Appl.).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna, liebe ZuseherInnen im Livestream. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Sicherstellung von Barrierefreiheit und das Achtgeben auf sehbehinderte Menschen und RollstuhlfahrerInnen und auch Menschen, die mit Kinderwägen unterwegs sind, wichtige Aufgaben sind und höchste Priorität haben müssen. Wir glauben aber nicht, dass es notwendig ist, deshalb sämtliche mobile Plakatflächen zu untersagen. Ich glaube nicht, dass wir deshalb überflutet werden. Es ist nämlich ganz einfach, wir müssen uns Regeln schaffen, solche Regeln, damit wir eben verhindern können, dass andere Menschen, gerade jene, die am meisten unsere Hilfe brauchen, beeinträchtigt werden, und ich habe daher auch einen

### **Abänderungsantrag**

gemacht, in dem ich solche Regeln vorstelle, den ich jetzt einbringen darf, nämlich:

1. Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, das Straßenamt zu beauftragen, keine Genehmigung für die Aufstellung von A-Ständern, Dreieckständern o.ä. auf schmalen Gehsteigen und Gehwegen, an beengten Gehsteig-Abschnitten und an Straßenkreuzungen zu erteilen. Die Nahbereiche zu Blindenleitsystemen

sollen klar tabu sein und bei Verstößen nach kürzester Frist die umgehende Entfernung des Werbeaufstellers eingeleitet werden.

2. Darüber hinaus soll auch für die Aufstellung von A-Ständern, Dreiecksständern oder größeren mobilen Werbeplakaten auf Grüninseln und begrünten öffentlichen Bereichen, die zu öffentlichen Verkehrsflächen gehören, wie z.B. in der Körösisstraße, keine Genehmigung durch das Straßenamt erteilt werden.
3. Das Straßenamt soll im Zuge der Parteienverhandlungen und Bewilligungen die wahlwerbenden Fraktionen auf die Art und die Orte der Aufstellung genauestens mündlich und schriftlich hinweisen. Vom Straßenamt möge dazu auch eine freizuhaltende Mindestbreite – orientiert an RollstuhlfahrerInnen und Kinderwagen-Breiten – definiert und den wahlwerbenden Gruppierungen mündlich und schriftlich zur Kenntnis gebracht werden. Des Weiteren soll vom Straßenamt dieses Reglement allen in Graz tätigen Außenwerbungsunternehmen zur Kenntnis gebracht werden.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Die Sicherstellung von Barrierefreiheit und die Achtsamkeit auf sehbehinderte Menschen, RollstuhlfahrerInnen, Menschen, die mit Kinderwägen unterwegs sind, sind natürlich wichtige Anliegen, die auch bei der Wahlwerbung oberste Priorität haben müssen. Allerdings ist es dazu nicht notwendig, wie im vorliegenden Dringlichen Antrag vorgeschlagen, sämtliche mobile Plakatflächen zu untersagen.*

*Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden*

**Abänderungsantrag:**

- 1. Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, das Straßenamt zu beauftragen, keine Genehmigung für die Aufstellung von A-Ständern, Dreieckständern o.ä. auf schmalen Gehsteigen und Gehwegen, an beengten Gehsteig-Abschnitten und an Straßenkreuzungen zu erteilen. Die Nahbereiche zu Blindenleitsystemen sollen klar tabu sein und bei Verstößen nach kürzester Frist die umgehende Entfernung des Werbeaufstellers eingeleitet werden.*
- 2. Darüber hinaus soll auch für die Aufstellung von A-Ständern, Dreiecksständern oder größeren mobilen Werbeplakaten (2-Bogen-, 4-Bogen- 8-Bogen- und alle noch größeren, bis 24-Bogen-Flächen) auf Grüninseln und begrünten öffentlichen Bereichen keine Genehmigung durch das Straßenamt erteilt werden.*
- 3. Das Straßenamt soll im Zuge der Parteienverhandlungen und Bewilligungen die wahlwerbenden Fraktionen auf die Art und die Orte der Aufstellung genauestens mündlich und schriftlich hinweisen. Vom Straßenamt möge dazu auch eine freizuhaltende Mindestbreite – orientiert an RollstuhlfahrerInnen und Kinderwagen-Breiten – definiert und den wahlwerbenden Gruppierungen mündlich und schriftlich zur Kenntnis gebracht werden. Des Weiteren soll vom Straßenamt dieses Reglement allen in Graz tätigen Außenwerbungsunternehmen zur Kenntnis gebracht werden.*

**KO GR Ehmann:**

Herr Vorsitzender, geschätzte KollegInnen im Stadtsenat, KollegInnen im Gemeinderat, ZuhörerInnen im Livestream. Danke, liebe Anna, liebe Antragstellerin, für diesen Antrag. Ich erinnere, wir haben am 17. Oktober 2019 bereits einen derartigen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der damals jedoch nicht angenommen wurde, die ÖVP als auch die FPÖ brachte den Vorstoß damals zu Fall. Aber wie hat es Konrad Adenauer schon so treffend formuliert. Gescheiter kann man immer werden. Wir

finden das gut, dass ihr solche Überlegungen anstellt, auch wir haben mit diesem Wildwuchs an Plakaten und 8-Bogen und welche Aufteilungen da immer dann kreativerweise stattgefunden haben, wir waren auch nicht zufrieden damit, und daher werden wir auch diesem Antrag, dieser Wiederauferstehung unserer Idee, sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Was die Wahlkampfkostenobergrenze und vieles mehr betrifft, Fairnessabkommen etc., Wahlkampfkostenobergrenze, kommen wir eh später dazu, und Fairnessabkommen ist dann wieder eine eigene Geschichte. Schön wäre es gewesen, das alles im einem Guss zu haben. War nicht möglich in dieser Form, dann wird es halb ein bisschen zersplittert, aber inhaltlich tut das ja nichts zur Sache. Also ich glaube, die Grazerinnen und Grazer werden es danken, erstens auf der einen Seite diesen Wildwuchs in dieser Form nicht mehr zu haben oder nicht erdulden zu müssen und die Rallye am Gehsteig nicht vollenden zu müssen mit Kinderwagen, Rollstuhl oder was auch immer, und auch bei den Straßen entlang wird das, glaube ich, auch für Verbesserung auch in der optischen Folge sorgen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Eber:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin jetzt daran, unsere Position zu erläutern, und ich glaube zunächst einmal, eine Partei, die sich nicht an die Gespräche eigentlich, oder vor allem an die inhaltlichen Ausrichtungen, wie es der Armin Sippel angesprochen hat, halten möchte, eine Wahlkampfkostenobergrenze bei 400.000, 500.000, ist ja alles Mögliche diskutiert worden, kann man auch alles diskutieren natürlich, aber eine Partei, die von vorne herein sagt: Nein, das kommt für uns nicht in Frage, sondern wir wollen ungefähr 1 Mio. Euro oder knapp 1 Mio. Euro ausgeben. Dass die dann auch noch hergeht und sagt, Plakate soll es auch keine geben im öffentlichen Raum, jetzt also mit zusätzlichen Dreieckständern oder auch größeren mobilen Ständern, halte ich schon für sehr verwunderlich, möchte ich sagen. Denn, ich sage es ganz offen, wir möchten uns natürlich sehr ungern vorschreiben lassen, wie wir unseren Wahlkampf führen und in

welchen Bereichen wir unsere Mittel dafür einsetzen. Also das bedeutet, die eine Partei setzt vielleicht mehr auf Plakatständer, die anderen mehr auf Social-Media-Werbung, die dritten auf Inserate und so weiter und so fort. Meines Erachtens sollte das schon so gehandhabt werden, dass das jeder Partei natürlich selbst überlassen wird. Eines stimmt natürlich, da gebe ich dir, liebe Anna, auch Recht, es ist oft einmal ein bisschen ein Wildwuchs, der hier dann entsteht. Aber man muss auch eines sehr deutlich auch festhalten, das Straßenamt hat ja bereits auch in der Vergangenheit bei allen Wahlen, egal ob das Gemeinderats-, Landtags- oder Bundeswahlen waren, sehr genau darauf geschaut, dass bestimmte Sachen eingehalten werden. Und natürlich, Plakatständer, die so aufgestellt werden, dass sie beispielsweise verkehrsbehindernd sind, und das betrifft natürlich in erster Linie auch Fußgeher und Fußgeherinnen, das wird nicht geduldet, also die dürfen nicht aufgestellt werden. Und wenn sie halt dann doch ein bisschen anders aufgestellt werden als genehmigt, nachher ist es ganz klar, dass das Straßenamt zunächst einmal, oder im Regelfall, Kontakt mit der jeweiligen Partei aufnimmt und halt ersucht, das umzustellen oder zu entfernen, und wenn das nicht passiert, ist es auch selbstverständlich, dass das Straßenamt selber hergeht und diese Plakatständer, wenn sie verkehrsbehindernd, sichteinschränkend bei Kreuzungen oder so sind, dass die dann entfernt werden. Von daher sehen wir eigentlich keine Veranlassung also weder für den dringlichen Antrag der ÖVP noch für den Abänderungsantrag der Grünen und werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Ich möchte mich zuallererst bedanken für die außerordentlich sachlichen Wortmeldungen, man weiß ja nie genau, was das Thema Wahlkampf bei den verschiedenen Seiten auslöst, und ich bin sehr dankbar dafür, dass das auch eine sehr seriöse Debatte hier ist. Ich möchte auf ein paar Dinge aber trotzdem ganz kurz eingehen. Herr Klubobmann Sippel, ja natürlich ist es eine Einschränkung, aber da geht es uns jetzt weniger darum, dass wir jetzt da hergehen und sagen, es dürfen die Firmen

nicht weniger Umsatz machen, auf das bist du auch kurz eingegangen, sondern es ist, glaube ich, wirklich, und ich habe das versucht hier in meinen einleitenden Worten auch zu sagen, es gibt nach wie vor die genehmigten Flächen. Übrigens, nicht nur die Plakatflächen, sondern auch die Dreieckflächen. Also, Herr Klubobmann Eber, je nachdem welche Plakatflächen bevorzugt werden von der jeweiligen Partei, ich glaube, ihr habt mehr Erfahrungen mit den Dreieckständern, ich sehe sehr viele Eichhörnchen immer, ist es, glaube ich, für jede Fraktion auch möglich, ihre Wahlwerbung und ihre Wahlkampagne so zu gestalten, wie sie es möchte ohne den Wildwuchs. Ich möchte auf den Abänderungsantrag von der Kollegin Pavlovec-Meixner ganz kurz noch eingehen und möchte da auch bei etwas anschließen, das der Herr Klubobmann Eber auch angesprochen hat. Ja, das Straßenamt gibt ganz klare Anordnungen aus, wo diese Ständer aufzustellen sind. Auch für alle, die sich schon einmal irgendwie beschäftigt haben mit den Wahlkampfständern selbst, wie und wo die aufzustellen sind, da bekommen alle Fraktionen eigentlich ganz klare Anweisungen. Gleichzeitig haben wir einfach sehr, sehr viele Erfahrungsberichte, wo vorliegt, dass es eben nicht von heute auf morgen geht, dass ein Plakat, das im Weg steht, weggeräumt wird, dass es eben nicht geht, dass manche Wahlkampfständer, die vielleicht mitten auf dem Blindenleitsystem stehen, sofort weggeräumt werden, oder die Personen, die dort stehen, ermahnt werden, und dahingehend glaube ich, ist es vollkommen in Ordnung, mit den Flächen, die wir jetzt da haben, auf die zu verzichten. Ich möchte mich bedanken beim Michi Ehmman für die Zustimmung. Vielleicht war es tatsächlich das Corona-Jahr, wo doch sehr viele von uns ein bisschen mehr spazieren gegangen sind, wo man das Stadtbild wieder ein bisschen mehr zu schätzen gelernt hat und in der Reflektion darüber dann vielleicht auch sagt, ok gut, eigentlich haben wir eine sehr, sehr schöne Stadt, die muss nicht mit unseren Gesichtern voll sein. Dort, wo wir unsere Gesichter draufhaben möchten, gibt es Flächen, auf die wir zurückgreifen können. Zum Abänderungsantrag ganz kurz noch, also die Vorgaben gibt es schon. Ich glaube, dass diese Spezifizierung im Abänderungsantrag eigentlich nicht notwendig ist und auch wenn wir es ohnehin auf Grünflächen nicht aufstellen müssen, dann bleiben sie also weniger über. Also ich muss ganz ehrlich sagen, mit dem Abänderungsantrag und von

deiner Argumentation her könntet ihr genauso bei unserem mitgehen, weil die viereinhalb Flächen, die sonst noch überbleiben würden, ich glaube, auf die kann man auch verzichten, die machen das Kraut jetzt nicht wirklich mehr fett. Also falls ihr es euch noch anders überlegen möchtet, ganz herzliche Einladung. Bei allen, die dabei sind, vielen Dank für die Zustimmung und die sehr seriöse Debatte. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Neos) angenommen.***

**KO GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Antragstellerin, liebe Anna, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie hoffentlich dem Livestream folgen. Ich denke, als jemand, der doch schon ein paar Jahre hier im Haus ist und einige Anträge in Richtung Transparenz und Fairness erlebt hat, weiß ich, dass die Gemengelage und die Meinungsbildung der einzelnen Parteien da oft sehr volatil ist. Jetzt nutzt es nichts, wenn wir über die letzten acht Jahre oder vier Jahre reden, oder was damals war. Aber ich rede über die die Klubobleutekonferenz und ich rede über Gemeinderatssitzungen in dieser Periode, wo wir über Wahlkampfkostenobergrenzen, Fairnessabkommen usw. Anträge hatten, ich glaube, zuletzt von der Kollegin Reininghaus von den Neos, aber auch wir Grüne haben hier schon das eine oder andere eingebracht. Und da war es eigentlich immer so, bis hin auch zu den Äußerungen des Herrn Bürgermeisters selbst: Da wollen wir uns jetzt noch nicht festlegen, es ist ja noch nicht einmal ein Wahltermin festgelegt. Wir werden das dann schon machen mit Übereinkünften in Richtung der Wahlkampfkostenbeschränkung, die es auf der Bundesebene gibt, die es auch der Landesebene gibt, aber nicht hier in Graz gibt. Dann kam der 28. Juni und plötzlich war Wahl, und plötzlich hieß es, trotz vieler Runden davor, nein wir beteiligen uns nicht seitens Herrn Bürgermeister Nagl und der ÖVP, nein wir beteiligen uns nicht an der Wahlkampfkostenbegrenzung und an einem entsprechenden Abkommen. Warum erzähle ich das? Weil ich glaube, dass es diese Werbemittel, die Plakatständer und -flächen, die natürlich oftmals zu Recht als störend, behindernd und

einschränkend nicht nur wahrgenommen und empfunden werden, sondern es auch sind, dann weniger werden würden, wenn wir uns selber beschränken würden. Das Land Steiermark hat in einem Landesgesetz festgelegt, wir machen 1 Mio. Euro Obergrenze für das gesamte Bundesland pro Fraktion. Ich, niemand hat kein Wahlplakat gesehen bei dieser Landtagswahl, genügend waren aufgestellt, und in Graz will die ÖVP auch das wieder machen. Gut, soll so sein, aber jetzt quasi sowas wie eine Ablenkung zu machen, indem man gewisse Werbemittel und offenbar auch gewissen Unternehmen und Partnern von wahlwerbenden Gruppierungen zu verunmöglichen, Plakate im Stadtraum aufzustellen, Plakatständer aufzustellen, das ist etwas sonderbar. Und schlussendlich, was ist noch sonderbar? Wir hatten 2019 zuerst eine Nationalratswahl, eigentlich zuerst eine EU-Wahl, dann eine Nationalratswahl und dann eine Landtagswahl. Damals habe ich keinen solchen Antrag von der ÖVP, von der lieben Anna Hopper, gesehen. Wir hätten auch damals schon darüber nachdenken können, wie können wir es verhindern, dass zu viele hindernde Dreieckständer, A-Ständer vor Wahllokalen, wo die Gehsteige wirklich schmal sind und man echt nicht mehr vorbeikommt, wenn man z.B. mit dem Kinderwagen dort ankommt, und auf die Straße runter muss, und zwar sind das ja sehr oft auch Menschen, die wählen gehen wollen, da hat es niemanden gestört. Und ich sage ganz offen, für mich ist das wirklich nicht glaubwürdig, dass ihr mit diesem Antrag nicht einfach das Ziel verfolgt, anderen wahlwerbenden Gruppierungen bis hin zu Fraktionen, die es hier im Hause nicht oder noch nicht gibt, die vielleicht aber auch antreten, den Auftritt im öffentlichen Raum zu erschweren, und das werfe ich euch wirklich vor. Ich denke und hoffe, dass dieser Antrag keine Mehrheit bekommt. Tretet dem Fairnessabkommen in Richtung der Wahlkampfkostenbegrenzung bei, Dani Gmeinbauer weiß, wie der Text aussieht, und ich hoffe, dass alle Parteien dem beitreten, und lassen wir dieses Spielchen, und es ist wirklich so für mich, dieses Spielchen mit Wahlkampfwerbeflächen, die euch noch nie gestört haben, und jetzt auf einmal wollt ihr es anders haben (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Neos) (24:23) angenommen.***

**9.2 1-2-3-Klimaticket darf GrazerInnen finanziell nicht belasten  
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

**GR DI Topf:**

Danke, Herr Vorsitzender, werter Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertere Zuhörerinnen und Zuhörer. Es geht in meinem dringlichen Antrag um das 1-2-3-Klimaticket, das die Grazerinnen und Grazer nicht finanziell belasten sollte. Vergangene Woche wurde nach mehrmonatigen Verhandlungsrunden von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang das „Steiermark-Paket“ zur Weiterentwicklung der steirischen Schieneninfrastruktur und zur Einführung des 1-2-3-Klimatickets unterzeichnet. Die zwischen dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Land Steiermark abgeschlossene Vereinbarung enthält neben einem bis 2030 mit 1,4 Mrd. Euro dotierten Investitionspaket für den öffentlichen Verkehr samt Absichtserklärung des Bundes, bei Neubauinvestitionen von Städten in regionale ober- oder unterirdische Stadtbahn- und Straßenbahnlösungen mitzufinanzieren, auch die endgültige Fixierung des 1-2-3-Klimatickets in der Steiermark. Mit Abschluss des „Steiermark-Pakets“ konnte die notwendige Voraussetzung zur Einführung der österreichweiten Stufe des 1-2-3-Klimatickets noch in diesem Jahr geschaffen werden. Eine österreichweit gültige Jahreskarte soll es Steirerinnen und Steirern demnach für einen Preis von 1.095 Euro ermöglichen, in ganz Österreich alle öffentlichen Verkehrsmittel in allen Städten, Regionen und Gemeinden zu nutzen. Zusätzlich beinhaltet das „Steiermark-Paket“ den Beschluss zur Einführung eines steirischen Klimatickets, wonach mit einem Ticket die ganze Steiermark bereist werden können

soll. Von diesem Steiermark-Klimaticket werden insbesondere jene Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich mit den Öffis fahren, sowie Pendlerinnen und Pendler profitieren. Eine genaue Preisfixierung des Steiermark-Klimatickets liegt noch nicht vor, da zurzeit die genauen Detailabstimmungen, Berechnungen und Einschätzungen von Expertinnen und Experten im Gange sind. So hat sich der Verkehrsverbund Steiermark zusammen mit Bund und Land noch intensiv mit Fragestellungen rund um die Tarifvarianten, den Auswirkungen der Klimaticket-Einführungen auf die Verbundtarifeinnahmen, das ist ein wesentlicher Punkt, sowie Abgeltungsthematiken zu beschäftigen. Äußerungen von Bundesministerin Gewessler zufolge könnte sich der Preis des Steiermark-Klimatickets auch über den ursprünglich von ihr genannten 365 Euro bewegen. Es ist kolportiert allenfalls auch ein Betrag von netto 555 Euro. Ob daneben Ein-Zonen-Tickets, wie das Grazer-Zonen-Ticket 101, weiterhin bestehen bleiben dürfen, wird seitens des Bundes und des Landes Steiermark noch offen gelassen. Selbstverständlich ist es aus Sicht der Stadt Graz, und auch aus unserer Sicht, mehr als begrüßenswert, dass mit der Einführung des 1-2-3-Klimatickets ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Modal-Splits auf den Weg gebracht wird. Allerdings dürfen die Verhandlungen zum 1-2-3-Klimaticket zu keiner Verschlechterung bei Bevölkerungsgruppen, die sich nicht tagtäglich oder/und ausschließlich innerhalb eines einzigen Zonengebietes mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen, führen, dazu darf es nicht kommen. Ohne Möglichkeit der Weiterführung des Graz-Tickets, welches mit Zuschuss der Stadt Graz seit 1. Juli bei einem Preis von 315 Euro liegt, würden die Kosten für nur innerhalb der Zone 101 fahrende GrazerInnen um mindestens rund 16 % auf 365 Euro steigen oder darüber hinaus, das ist ja noch zu klären. Ziel der Stadt Graz als Mitglied des Steirischen Verkehrsverbundes muss es deshalb sein, sich in den Verhandlungen für die Beibehaltung des Grazer-Zonentickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung stark zu machen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Der für die Beteiligungsagenden zuständige Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, sich unter Beiziehung der Holding Graz sowie der Finanzdirektion in den Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Steiermark für eine Beibehaltung des Grazer-Zonen-Tickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung, die eine finanzielle Schlechterstellung für nur innerstädtisch mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahrenden GrazerInnen möglichst ohne Mehrbelastung des städtischen Budgets (ohne Mehrbelastung auch der betroffenen Bevölkerung) abzufedern vermag, einzusetzen. Ich bitte um Annahme dieses, aus meiner Sicht, sehr dringlichen Antrages. Dankeschön (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Vergangene Woche wurde nach mehrmonatigen Verhandlungsrunden von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang das „Steiermark-Paket“ zur Weiterentwicklung der steirischen Schieneninfrastruktur und zur Einführung des 1-2-3-Klimatickets unterzeichnet. Die zwischen dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Land Steiermark abgeschlossene Vereinbarung enthält neben einem bis 2030 mit 1,4 Mrd. Euro dotierten Investitionspaket für den öffentlichen Verkehr samt Absichtserklärung des Bundes bei Neubauinvestitionen von Städten in regionale ober- oder unterirdische Stadtbahn- und Straßenbahnlösungen mitzufinanzieren auch die endgültige Fixierung des 1-2-3-Klimatickets in der Steiermark. Mit Abschluss des „Steiermark-Pakets“ konnte die notwendige Voraussetzung zur Einführung der österreichweiten Stufe des 1-2-3-Klimatickets noch in diesem Jahr geschaffen werden. Eine österreichweit gültige Jahreskarte soll es Steirerinnen und Steirern demnach für einen Preis von 1.095 Euro ermöglichen in ganz Österreich alle öffentlichen Verkehrsmittel in allen Städten, Regionen und Gemeinden zu nutzen. Zusätzlich beinhaltet das „Steiermark-Paket“ den Beschluss zur Einführung eines steirischen Klimatickets, wonach mit einem Ticket die*

*ganze Steiermark bereist werden können soll. Von diesem Steiermark-Klimaticket werden insbesondere jene Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich mit den Öffis fahren, sowie Pendlerinnen und Pendler profitieren. Eine genaue Preisfixierung des Steiermark-Klimatickets liegt noch nicht vor, da zurzeit die genauen Detailabstimmungen, Berechnungen und Einschätzungen von Expertinnen und Experten im Gange sind. So hat sich der Verkehrsverbund Steiermark zusammen mit Bund und Land noch intensiv mit Fragestellungen rund um die Tarifvarianten, den Auswirkungen der Klimaticket-Einführungen auf die Verbundtarifeinnahmen sowie Abgeltungsthematiken zu beschäftigen. Äußerungen von Bundesministerin Gewessler zufolge könnte sich der Preis des Steiermark-Klimatickets auch über den ursprünglich von ihr genannten 365 Euro bewegen*

*([https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6003102/Ausserdem-123Ticketfixiert\\_Bund-signalisiert-erstmal-Zuschuss](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6003102/Ausserdem-123Ticketfixiert_Bund-signalisiert-erstmal-Zuschuss)).*

*Ob daneben Ein-Zonen-Tickets, wie das Grazer-Zonen-Ticket 101, weiterhin bestehen bleiben dürfen, wird seitens des Bundes und des Landes Steiermark noch offen gelassen. Selbstverständlich ist es aus Sicht der Stadt Graz und auch der Grazer Volkspartei mehr als begrüßenswert, dass mit der Einführung des 1-2-3-Klimatickets ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Modal-Splits auf den Weg gebracht wird. Allerdings dürfen die Verhandlungen zum 1-2-3-Klimaticket zu keiner Verschlechterung bei Bevölkerungsgruppen, die sich nicht tagtäglich oder/und ausschließlich innerhalb eines einzigen Zonengebietes mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen, führen. Ohne Möglichkeit der Weiterführung des Grazer-Tickets, welches mit Zuschuss der Stadt Graz seit 1. Juli bei einem Preis von 315 Euro liegt, würden die Kosten für nur innerhalb der Zone 101 fahrende GrazerInnen um mindestens rund 16 % auf 365 Euro steigen. Ziel der Stadt Graz als Mitglied des steirischen Verkehrsverbundes muss es deshalb sein, sich in den Verhandlungen für die Beibehaltung des Grazer-Zonentickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung stark zu machen.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:*

*Der für die Beteiligungsagenden zuständige Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler wird beauftragt, sich unter Beziehung der Holding Graz sowie der Finanzdirektion in den Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Steiermark für eine Beibehaltung des Grazer-Zonen-Tickets 101 oder für die Erarbeitung einer Alternativlösung, die eine finanzielle Schlechterstellung für nur innerstädtisch mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahrenden GrazerInnen möglichst ohne Mehrbelastung des städtischen Budgets abzufedern vermag, einzusetzen.*

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrte Gäste im Livestream, sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Antragsteller, lieber Georg. Wie du in deinem Antrag ja bereits ausgeführt hast, ist das 1-2-3-Klimaticket ein weiteres wichtiges Instrument, um steiermarkweit einen besseren Modal Split zu erreichen. Es ist vor allem hinsichtlich des Pendlerverkehrs eine gut überlegte Maßnahme, von der die Stadt Graz wahrscheinlich auch zukünftig sicherlich sehr profitieren wird, denn es ist ja erwiesenermaßen vor allem der Pendlerverkehr, der uns zu schaffen macht, der ist verantwortlich für die Staus und darunter leidet auch die Lebensqualität aller Grazerinnen und Grazer nämlich extrem. Und wenn ich vom zukünftigen Profit für Graz spreche, dann meine ich das in einer Kombination mit einem vernünftigen Verkehrskonzept für unsere Stadt, das die S-Bahnlinien noch weiter in die Stadt bringt und Forcierung des Straßenausbaus vorsieht, um noch mehr Pendler zum Umsteigen zu bewegen. Aber bis dorthin, bis zur endgültigen Umsetzung, werden da sicherlich noch einige Jahre vergehen, und ich hoffe, die Absichten bezüglich der vorliegenden Verkehrskonzepte, die ja geäußert wurden, waren nicht nur jetzt bloße Lippenbekenntnisse oder vielleicht sogar noch gut inszenierte Wahlkampfaktik. Nun ist es aber in der Situation so, dass das 1-2-3-Klimaticket natürlich für Graz auch die

Gefahr birgt, dass das Erfolgsmodell unserer Ein-Zonen-Jahreskarte für den innerstädtischen Verkehr durch eine falsche Preispolitik zunichte gemacht wird und sich vielleicht viele Grazerinnen und Grazer die Jahreskarte für Graz nicht mehr leisten können und im schlimmsten Fall sogar nicht mehr wollen. Klimapolitik ist natürlich auch wichtig, und das muss auch finanziert werden, aber es darf nicht sein, dass gewisse Bevölkerungsschichten da beteiligt werden und davon ausgeschlossen werden, das auch nutzen zu können. Hinsichtlich des innerstädtischen Verkehrs für Graz, und wahrscheinlich auch für andere größere Städte in Österreich, lässt dieses 1-2-3-Klimaticket doch noch einige Fragen offen und scheint nicht ganz bis zum Schluss wirklich durchdacht zu sein. Und aus diesem Grund werden wir von der SPÖ-Fraktion deinem Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit, aber auch hinsichtlich des Inhaltes zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Schönen Nachmittag, Kollege Georg Topf, ganz kenne ich mich beim Antrag nicht aus bzw. den Inhalt schon. Aber im Bund regiert Türkis-grün, auf Landesebene Schwarz-rot, also ihr regiert auf zwei Ebenen mit, die Grünen im Bund, und der Georg Topf muss dann den Parteikollegen ausrichten, dass sie auf Graz nicht vergessen sollen. Wir haben auch angeschaut: Wer hat jetzt die Regierungsverantwortung? Wer sind die Grazer ÖVP-Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordneten im Land und zumindest die dann auch für Graz kandidiert haben? Und das beginnt beim Landeshauptmann Schützenhöfer, Landesrat Drexler, Klubobfrau Rinner, Landtagsabgeordneter Eisel-Eiselsberg, zwei Damen, die sollten ja hier die Grazer Position vertreten, und auch die Grünen stellen einen Zusatzantrag. Ja, wer hat denn die Verhandlungen ausgeführt? Die Verhandlungen für das unausgegorene 1-2-3-Ticket ist von der grünen Bundesminister Gewessler unter Federführung von Landeshauptmann Schützenhöfer und Verkehrslandesrat Lang abgeschlossen worden, es werden da auch 1,4 Mrd. Euro kolportiert, die für die Steiermark zur Verfügung stehen sollen, Graz bekommt nur vage Bekenntnisse. Vage Bekenntnisse, dass irgendein Verkehrssystem mitfinanziert

wird, allerdings unter autofahrerfeindlichen Prämissen. Auch die Frau Gewessler ist in Graz geboren. Inhaltlich, ja, da bin ich bei dir, Georg Topf, wenn das Graz-Ticket abgeschafft würde, dann müssen alle Grazer Öffi-Benutzer jetzt statt den 315 die kolportierten 550 Euro zahlen, also das ist eine wahnsinnige Verteuerung und es gibt ja sehr viele, ich denke da jetzt an Seniorenarbeitnehmer, die ja wirklich nur im Stadtgebiet unterwegs sind, und da wäre diese große Summe von 500 Euro eine sehr starke Verteuerung und macht den öffentlichen Verkehr unattraktiv. Also seltsam ist, dass bei den schwarzen und grünen Politikern in Bund und Land auf Graz vergessen wird, aber dem helfen wir nach, daher stimmen wir dem Antrag zu und fordern den Stadtrat gerne auf, dass der mit dem Verkehrsverbund Verhandlungen führt. Dem Antrag von Georg Topf stimmen wir zu (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Dankeschön, wobei man schon dazusagen muss, dass nicht vergessen wird auf Graz, sondern auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften wird natürlich aus unterschiedlichen Interessenslagen heraus agiert. Und was vielleicht für einen Steirer aus Leibnitz eine Verbesserung sein mag, kann halt unter Umständen für einen Grazer von Nachteil sein. Aber schauen wir uns das an. Hat sich noch jemand zu Wort gemeldet für die Dringlichkeit? Herr Klubobmann Dreisiebner wird jetzt die Position der Grünen darstellen, die ja eben einerseits im Bund und in der Stadt Graz möglicherweise divergente Interessen haben (*Gelächter im Saal*).

**KO GR Dreisiebner:**

Werter Herr Stadtrat und Sitzungsleiter Günter Riegler. Liebe Günter, ich muss dich enttäuschen, die divergierenden Interessen, die wirst du jetzt nicht hören. Sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stehe vor allem hier, weil ich einen Zusatzantrag zu diesem grundsätzlich wichtigen und sinnvollen Antrag einbringen will. Ich möchte aber doch ein paar Dinge noch

klarstellen. Ein Stück weit in den Medien gab es die Textierung, der Bund wolle das Klimaministerium und die Ministerin Gewessler würden daran interessiert sein, dass man die steirische Tarifsystematik, die Zonensystematik, abschafft und nur mehr das steirische Klimaticket Stufe 1, 1-2-3-Ticket, anbietet. Das ist absolut nicht richtig, da mischt sich auch das Ministerium auch gar nicht ein. Das heißt, und dahingehend ist der Antrag ja vollkommen richtig gestellt, der Verkehrsverbund und die steirische Landespolitik, und im Verkehrsverbund ist der liebe Herr Vorsitzende, der Differenzen zwischen den einen oder anderen Grünen sehen wollte, aber nicht finden wird, Mitglied, und dort wird vereinbart, wie dieses Systematik aussehen wird. Das heißt, ob es weiterhin für die Zone 101 oder auch für andere steirische Zonen die Möglichkeit gibt, Tickets zu erwerben und auch ein Zwei-Zonen-Ticket zu erwerben, wenn jemand meint, er will das Klimaticket Stufe 1 nicht haben, obwohl es billiger wäre. Das ist einmal die eine Geschichte. Das heißt, das ist Verhandlungsmasse mit dem Verbund und mit der steirischen Landespolitik. Dahingehend wichtig, dass wir daran festhalten, für die Menschen, die wirklich glauben, nur in Graz ÖV fahren zu wollen und zu müssen, dass sie dieses Ticket-Angebot bekommen und auch die Jahreskarte Graz als Subjektförderung in der Höhe von 165 Euro zu ihrer Jahreskarte dazubekommen. Ebenso wichtig wäre es aber auch, dass die Grazerinnen und Grazer, die sagen, ich nehme das Klimaticket für die gesamte Bundeslandzone, für die Steiermark, dass auch die diese 165 Euro Ermäßigung bekommen. Wir wissen, dass mehrere 10.000 Grazerinnen und Grazer nicht in Graz einer Arbeit nachgehen, viele davon eben in einer anderen Zone, und diese hätten dann keine Jahreskartenermäßigung, keine Subjektförderung, nur weil sie eben in Leibnitz arbeiten oder irgendwo nördlich von Gratwein, wo eben die nächste Zone schon anfängt. Die würden das Klimaticket für das Bundesland kaufen, nehme ich einmal an, hätten dann aber keine Förderung wie die, die nur in Graz fahren. Und dann gibt es ja noch etwas, dann etwas ganz Wichtiges, das Klimaticket ist ja nicht einfach nur so, damit alles billiger wird, das Klimaticket soll ja umsteuern, das soll ja die Verkehrswende befeuern und in Bewegung bringen, dass Menschen mehrere Wege, auch ihre Freizeitwege, auch den Besuch bei Verwandten oder Freunden, am Wochenende die Buschenschankfahrt oder die Fahrt auf den Berg

mit dem Steiermark-Ticket erledigen und nicht das Auto in Betrieb setzen. Und wenn es unter Umständen dann auch soweit kommt, dass das so gut funktioniert, weil der ÖV ja auch ausgebaut wird mit 1,4 Mrd. als Subvention von der Bundesregierung, dass man z.B. das Zweitauto nicht mehr erneuert oder abmeldet, oder vielleicht sogar in manchen Haushalten auf das erste eine Auto verzichten kann und sich z.B. zusätzlich bei einem Carsharing wie tim beteiligt, oder was auch immer. Also das wäre das Ziel, dass Wege grundsätzlich weniger in Graz, aber auch außerhalb und raus aus Graz, nicht mehr so viel mit dem Auto zurückgelegt werden, sondern eben mit dem ÖV. Darauf zielt mein Zusatzantrag ab, dass wir diese Förderung, das natürlich für die Stadt Kosten verursacht, aber dass wir dahingehend prüfen, dass der Herr Finanzstadtrat Riegler prüfen möge, ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte zum Ende kommen.*

**KO GR Dreisiebner:**

... dass auch diese Steiermark-Tickets diesen Preis bekommen. Zum Lohr ganz kurz ...

*Zwischenruf StR Dr. **Riegler**: Bitte den Zusatzantrag verlesen.*

**KO GR Dreisiebner:**

Ja, ja. Ein Satz. Die 550, die haben Herrschaften von der Steiermärkischen Landesregierung erfunden, auch keine Erfindung von Gewessler, aber erzähl einfach deine Geschichte.

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Das 1-2-3-Klimaticket soll GrazerInnen den bestmöglichen und möglichst günstigen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr in Graz und in der gesamten Steiermark ermöglichen!*

*Der Einsatz der Stadt Graz für eine Weiterführung der „Jahreskarte Graz“ auch nach der Einführung des Klimatickets in der Steiermark wird von uns Grazer Grünen ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wir freuen uns, wenn es auch nach der Einführung des bundeslandweit gültigen Klimatickets weiterhin Jahreskarten für einzelne Zonen und insbesondere für die Zone 101 – also für die Graz-Zone – geben wird. Wir hoffen dahingehend auf eine Einigung von Verbundlinie, Land Steiermark und der Vertretung der Stadt Graz.*

*Darüber hinaus sollten wir uns aber auch für die zehntausenden GrazerInnen, die außerhalb unserer Stadt und außerhalb des Gültigkeitsbereiches der Zone 101 ihrer Arbeit oder ihrer Ausbildung nachgehen, einsetzen. Zu diesen auspendelnden GrazerInnen kommt noch eine große Zahl von BürgerInnen, die sehr gerne für Familienbesuche, Freizeitaktivitäten u.ä. außerhalb von Graz gerne ein günstiges ÖV-Angebot in Anspruch nehmen würden. Auf diese Personen dürfen wir zur Entlastung der Grazer Straßen und Straßenparkplätze und aus Klimaschutzgründen sowie aus Gründen der mit dem Klimaschutz eng verbundenen notwendigen Verkehrswende nicht vergessen.*

*Wir sind sicher, dass durch das Bundesland weit gültige Klimaticket einige Zweitautos, vielleicht auch manches Erst-Kfz nicht mehr notwendig sein werden und viele Fahrzeuge für eine Fahrt ins Wochenende oder zu den Verwandten und Freunden gar nicht in Betrieb gesetzt werden.*

*In diesem Sinne stelle ich namens der Grazer Grünen folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Zusätzlich zu den im Hauptantrag intendierten Bemühungen möge Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler für die Erreichung der Grazer Verkehrsziele und zur Verbesserung des Modal Split Anteils beim öffentlichen Verkehr eine Ausweitung des Jahreskarte-Bonus in der Höhe von dzt. 165 Euro auch für das Klimaticket Steiermark prüfen und dies in den Verhandlungen mit Verbundlinie und Landesregierung, wenn erforderlich, auch vertraglich absichern.*

**StR Dr. Riegler:**

Nein, ich meine, über den Zusatzantrag reden wir eh später noch. Nur wenn wir schon von Widersprüchen und inneren Widersprüchen reden, dann ist es im Grunde eure eigene innere Widerspruchslage, denn auf der einen Seite plakatiert ihr seit Monaten das ganze Social Media voll mit Fotos von angeblichen S-Bahn-Ringstationen vor der Karl-Franzens-Uni und macht also Werbung für den tollen S-Bahn-Ring, sagt aber dann sogar noch: Danke, wie super, dass nicht einmal der Straßenbahnausbau jetzt eigentlich schriftlich in der Position der Frau Bundesministerin, die zu euch gehört, drinnen ist. Also über diesen inneren Widerspruch müsst ihr mich irgendwann aufklären. Aber wir haben ja noch Zeit, darüber zu diskutieren, und meine Frage wäre jetzt, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt? Dann darf ich vielleicht, ich meine, es wird sich eh herausstellen, dass die Dringlichkeit gegeben zu sein scheint. Dann stimmen wir gleich einmal über die Dringlichkeit ab, und ich bitte all jene, die die Dringlichkeit als gegeben sehen, um ein Zeichen mit der Karte.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**StR Dr. Riegler:**

Jetzt kommen wir zur Diskussion in der Sache selbst, und da sehe ich jetzt schon Herrn Klubobmann Eber, der uns voraussichtlich seinen Zusatzantrag präsentieren wird.

KO GR **Eber**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, genau so ist es. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. 1-2-3-Klimaticket, zwei Dinge haben mich da in der allerletzten Zeit sozusagen eigentlich ein bisschen verwundert und überrascht, nämlich erstens der Preis in der Steiermark mit 550, weil das 1-2-3-Klimaticket hat ja seinen Preis daher, dass ein Tag in einem Bundesland einen Euro kosten soll, also 365 Euro im Jahr, und das ist natürlich ein Ziel, das wir immer mitverfolgt und mitvertreten haben, und andere natürlich auch, das ist ganz klar. Das Zweite, das mich ein bisschen verwundert hat, lieber Georg, das ist eigentlich dein Antrag, sagen wir so, weil mir nicht bekannt ist oder war oder wie auch immer, dass das irgendwie in Abrede gestellt wird, die Zone 101, also das Grazer Stadtgebiet. Im Gegenteil, also wir haben vom Land und vom Steiermärkischen Verkehrsverbund eigentlich immer gehört, dass relativ klargestellt worden ist, dass sich daran nichts ändern soll. Aber um es gleich vorweg zu sagen, also wir werden dem Antrag natürlich zustimmen, sozusagen für alle Fälle, falls da doch irgendwie daran gedacht wird, etwas zu verändern, dann ist es natürlich notwendig, dass man hier auch entsprechend verhandelt. Ich komme jetzt langsam doch zu meinem Antrag. Wir sind eben der Meinung, dass ein günstiger und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr die Voraussetzung ja überhaupt dafür ist, dass möglichst viele Menschen umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr. Und es ist hier ja in der letzten Zeit schon ein bisschen etwas gelungen, nämlich zum einen der Straßenbahnausbau, S-Bahn hinkt noch ein bisschen hinterher, das wurde auch im Sonderausschuss Verkehr angesprochen, ist leider so. Aber vor allem ist es auch gelungen, vor mittlerweile fünf bis sechs Jahren jetzt schon ein sehr günstiges Jahresticket für die Grazerinnen und Grazer einzuführen. Das hat 228 Euro gekostet, leider ist die Zuzahlung seither praktisch nicht erhöht worden von 171 auf 175 Euro, und das ist auch natürlich ein Problempunkt sozusagen, dass diese automatische Teuerung beim Verkehrsverbund sich natürlich auch auf die Jahreskarte durchschlägt und wir da natürlich immer wieder versucht haben, zumindest eine Erhöhung der Zuzahlung der Stadt Graz etwas abzufedern. Tatsächlich also ist es nun so, dass das 1-2-3-Ticket voraussichtlich 550 kosten soll, und auch aus unserer Sicht

wäre es zumindest anzustreben, dass man auch jenen Grazerinnen und Grazern, die auspendeln müssen oder in die Steiermark hinausfahren wollen, also aus beruflichen oder auch aus Freizeitgründen hier eine zusätzliche Entlastung gibt. Und wenn man diese Zuzahlung in Höhe von 175 Euro also zu diesem 1-2-3-Ticket geben würde, wäre man dann bei einem Preis von 375 Euro im Jahr und das wäre für Auspendler durchaus attraktiv. Und von daher stelle ich meinen kurzen

**Zusatzantrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu überprüfen, ob eine städtische Zuzahlung zum steirischen Klimaticket in Höhe von 175 Euro möglich ist. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Günstiger und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr ist die Voraussetzung dafür, dass mehr Menschen in unserem Land Steiermark und in unserer Stadt Graz zum Umsteigen vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) gewonnen werden können.*

*Das angekündigte 1-2-3 Ticket (1 Euro pro Tag für ein Bundesland, 2 Euro für zwei Bundesländer und 3 Euro pro Tag österreichweit) wird in der Steiermark voraussichtlich 550 Euro kosten. Damit ist es doch deutlich teurer als erhofft und erwartet.*

*Aus unserer Sicht wäre nun eine Regelung in Graz anzustreben, um zumindest jene GrazerInnen und Grazer etwas zu entlasten, die eine steiermarkweit gültige Jahreskarte erwerben möchten. Dazu schlagen wir eine Zuzahlung der Stadt in Höhe der Zuzahlung zur „Jahreskarte Graz“ vor, derzeit also in Höhe von 175 Euro.*

*Damit könnten Personen, die aus beruflichen oder privaten Gründen mit dem ÖV öfter über die Stadtgrenzen hinausfahren, ein Jahresticket für die ganze Steiermark um 375 Euro erwerben.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu überprüfen, ob eine städtische Zuzahlung zum steirischen Klimaticket in Höhe von 175 Euro möglich ist.*

**StR Dr. Riegler:**

Gibt es in der Sache selbst noch weitere Anträge oder Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich den Vorsitz an Herrn Kollegen Hohensinner übergeben und mich selbst zu Wort melden.

***Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (16.52 Uhr).***

**StR Dr. Riegler:**

Ja, also liebe Zusatzantragskollegen, ihr seid ja natürlich alle in der guten Absicht auch mit dabei zu sagen, wir wollen etwas für die Grazerinnen und Grazer erreichen. Das ist ja auch gut so, denn wir alle kämpfen ja auf unterschiedlichen Zugängen immer wieder dafür, dass wir den öffentlichen Verkehr Anteil im Modal Split erhöhen wollen, und es ist jedem vollkommen klar, dass natürlich, wenn es nur mehr ein Steiermark-Ticket gäbe, das dann im Bereich zwischen 550, wie vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter zunächst kolportiert, oder auch 365, man weiß es ja nicht genau, wie von der Frau Bundesministerin Gewessler kolportiert, dass es

jedenfalls aus der Sicht eines Grazers, einer Grazerin, eine eminente Verteuerung wäre, wenn man bisher 315 Euro gezahlt hat. Wobei ich ja noch erwähnen möchte, dass wir ja bekanntlich im heurigen Jahr auch einen Graz-Gutschein geben, sodass wir genau diese Teuerung abgedeckt haben für die Grazerinnen und Grazer. Dass es also aus der Sicht eines Grazers oder einer Grazerin eine eminente Verteuerung wäre, wenn man zunächst 280 bis 300 gezahlt hat und dann plötzlich 365 oder gar 550 Euro zahlen muss. Daher macht es natürlich Sinn, dass man eben im Verkehrsverbund, wo wir als Stadt Graz Sitz und Stimme haben, tatsächlich auch die Position übernimmt, und um dieses Signal möchte ich eben auch ersuchen und werben, dass man dann eben die Position übernimmt zu sagen, bitteschön bewahren wir weiterhin den Grazerinnen und Grazern eine Zone 101, damit wir nämlich den Grazerinnen und Grazern die Gelegenheit geben können zu entscheiden, ich möchte nur in Graz Straßenbahn- oder Busfahren, oder aber es kommt vielleicht vor, alle paar Wochen fahre ich einmal zur Malli-Tante nach Deutschlandsberg oder einmal zum Skifahren nach Schladming, funktioniert übrigens auch hervorragend mit dem Zug, und den Menschen also daher die Entscheidungsfreiheit, die Wahlfreiheit zu geben. Und um diese Wahlfreiheit, diese zu verhandeln, habe ich Sie gebeten, damit wir heute ins Internet hinaus und nach Österreich hinaus das klare Signal als Gemeinderat senden, wir wollen bitteschön weiterhin eine Differenzierung in eine Zone 101 und in eine Steiermark-Karte (*Appl.*).

Jetzt kommt das bedeutende Schlüsselargument, warum wir gegen die Zusatzanträge sind. Denn jeder, der in einer Verhandlung steht, wird bestätigen können, oder jemals verhandelt hat, dass es ganz, ganz schlecht ist, wenn ich bereits vor Beginn einer Verhandlung sage, im Übrigen, völlig wurscht was rauskommt, ich zahle auf jeden Fall, wie von der einen Fraktion gefordert, 175 Euro dazu, und wie von der anderen Fraktion gefordert, 165 Euro. Also man müsste mich sofort als Finanzstadtrat abberufen, wenn ich jetzt sagen würde: Jawohl, genau, wir verkünden jetzt mit Beschluss des Grazer Gemeinderates, wir wollen da auf jeden Fall zuzahlen. Natürlich muss es unser Interesse sein, dass die Steiermark-Karte möglichst günstig verfügbar wird, denn wenn es dann am Ende des Tages dazu kommt, dass der Grazer auswählen

kann, ich zahle 300 Euro für Zone 101 oder 365 z.B. für das Steiermark-Ticket, dann können wir immer noch darüber reden, um zu sagen: ok, und wollen wir jetzt den Grazer Hauptwohnsitzbewohnern möglicherweise eine Unterstützung geben? Aber heute bereits herzugehen und zu sagen, juhu, juhu, wir unterstützen auf jeden Fall, Geldtasche auf und raus mit dem Geld, bedeutet lediglich, dass sich unsere Verhandlungsposition extrem verschlechtert und wir eigentlich befürchten müssen, dass es dann eher teurer wird, nämlich das gesamte Steiermark-Ticket, und den Rest zahlen dann die Grazer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Daher muss ich Ihnen wärmstens anraten, aus diesen genannten Gründen beiden Zusatzanträgen nicht zuzustimmen, weil Sie damit eigentlich die Verhandlungsposition der Stadt Graz wesentlich verschlechtern würden. Dankeschön (*Appl.*).

***Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.56 Uhr).***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag (Grüne) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.***

***Der Zusatzantrag (KPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (16.59 Uhr).***

**9.3 Bebauungsplanpflicht ausweiten  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte alle, die vielleicht noch am Livestream dabei sind. Ich habe einen dringlichen Antrag zu einem Thema, das, wenn man auch jetzt so in jüngster Zeit in die lokalen Medien schaut, ziemlich viele Leute betrifft und auch ziemlich viele Leute verärgert. Nämlich die Bebauung, die zum Teil als sehr ausufernd, übermäßig, störend wahrgenommene Bebauung in Graz, die ja immer mehr zunimmt, und vor allem Dingen stört diese Bebauung dann, wenn sie als Wildwuchs und nicht passend wahrgenommen wird. Dieser Bebauungswildwuchs, der stört aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Stadtplanung sieht sich immer mehr mit InvestorInnen konfrontiert, die eben motiviert sind durch einerseits, dass immer gesagt wird, wir brauchen Wohnungen, andererseits, dass Wohnungen halt einfach als gutes Anlageobjekt mittlerweile gehandelt werden und gar nicht mehr zum Wohnen gebaut werden. Und die meinen, dass eben die Vorgaben durch den Flächenwidmungsplan und das Räumliche Leitbild lediglich solche Empfehlungen seien und die halt da nicht ernst genommen werden. Die Stadtplanung ist dann damit konfrontiert, dass sie die schlimmsten Verfehlungen in langwierigen Verfahren versuchen muss abzuwenden, was natürlich deren Arbeit nicht sehr angenehm macht. Verhindert werden könnte das durch eine flächendeckende Bebauungsplanpflicht. Die derzeitig im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemachte Belegung von Flächen mit Bebauungsplanpflicht erscheint oft nicht logisch. Also wer sich das einmal angeschaut hat vielleicht auf dieser Karte, die ja online abzurufen ist, oft sind das Grundstücke im Innenstadtbereich, die davon ausgenommen sind, wo aber rundherum die Bebauungsplanpflicht gilt, oder auf der einen Straßenseite gilt sie und auf der anderen nicht. Und gerade im Grüngürtel, wo halt in letzter Zeit sehr viel gebaut wird, da fehlt das Instrument fast zur Gänze. Vieles kann in Graz am höchsten politischen Organ, dem Gemeinderat, „vorbeigebaut“ werden. Als Mitglied des Grünraumausschusses bekommen ich das oft mit, wenn mir Leute schreiben: „Warum habt ihr dem

zugestimmt, wie könnt ihr das erlauben? Da entsteht wieder das und jenes.“ Und ich sage wirklich, da wird gebaut, und vom dem haben wir nie erfahren. Ich wohne am anderen Ende der Stadt, ich kann ja auch nicht überall sein. Wir können dann noch nicht einmal Stellung nehmen zu solchen Projekten. Und deswegen möchte ich heute den

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

stellen:

Dem Grazer Gemeinderat soll bis September 2021 eine Auflage zu einem geänderten Flächenwidmungsplan zur Beschlussfassung vorgelegt werden, indem das gesamte Grazer Stadtgebiet mit einer Bebauungsplanpflicht versehen wird. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Der Wildwuchs an Bebauung sorgt in Graz für immer mehr Unmut. Das jedoch nicht nur bei der Bevölkerung. Das Stadtplanungsamt sieht sich immer mehr mit InvestorInnen konfrontiert, die meinen, dass die Vorgaben durch Flächenwidmungsplan und Räumliches Leitbild lediglich Empfehlungen seien und diese nicht ernst nehmen. Die schlimmsten Verfehlungen sind dann in oft langwierigen Verfahren abzuwenden. Verhindern könnte das eine flächendeckende Bebauungsplanpflicht. Die derzeit im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemachte Belegung von Flächen mit Bebauungsplanpflicht erscheint nicht logisch: oft sind es einzelne Grundstücke im Innenstadtbereich, die davon ausgenommen sind; im Grüngürtel, wo viel gebaut wird, fehlt dieses Instrument oft gänzlich. Vieles kann in Graz am höchsten politischen Organ, dem Gemeinderat, „vorbeigebaut“ werden. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Dem Grazer Gemeinderat soll bis September 2021 eine Auflage zu einem geänderten Flächenwidmungsplan zur Beschlussfassung vorgelegt werden, indem das gesamte Grazer Stadtgebiet mit einer Bebauungsplanpflicht versehen wird.*

**StR Hohensinner:**

Dankeschön. An dieser Stelle auch noch einmal ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GBG für die Reinigung des Rednerpultes (*Appl.*).

**GR Mag. (FH) Muhr:**

Sehr geehrte Gäste im Livestream, sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Antragstellerin. Dass es in Graz einen regelrechten Bau-Boom gibt, ist ja mittlerweile unbestritten, und dass Graz auch ein attraktiver Markt für Anlegerwohnungen ist, hat zwischenzeitlich auch unser Stadtbauamt erkannt und mit der Einsetzung eines Arbeitsausschusses versucht, darauf zielgerichtet zu reagieren. An dieser Stelle muss man auch dem DI Werle und dem Herrn DI Inninger für diese Aktion auch danken. Die Idee einer flächendeckenden Bebauungsplanpflicht für Graz ist ja nichts Neues, und da muss man an dieser Stelle schon sagen, das hat der Kollege Dreisiebner ja schon öfter in der Gemeinderatsperiode angesprochen, und es ist natürlich auch ein Punkt, der im aktuellen Arbeitsausschuss für Stadt- und Grünraumplanung noch sicherlich intensiver diskutiert werden wird, ein Bebauungsplan regelt viel, aber leider nicht alles, das ist einmal Fakt. Und darum wäre es erstens einmal besser, in Graz eine bauliche Verschnaufpause einzulegen, im Arbeitsausschuss die Instrumente und Strategien festzulegen und das ganz zügig durchzuführen und in die zukünftigen Bebauungspläne einfließen zu lassen. Und zweitens sollten wir in Graz auch dazu übergehen, uns rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln voll auszuschöpfen. Ich habe ja diesen dringlichen Antrag mit der Petition an das Land gestellt, wo wir ja diesen Rechtsanspruch zur Ausschöpfung der Höchstdichte revidierten und da hat unsere Bau- und Anlagenbehörde aber gemeint,

das wäre gar nicht notwendig, weil die Höchstdichte ist nur dann zulässig, wenn die städtebaulich verträglich bzw. gebietstypisch ist, also sollten wir auch künftig diese Rechtsmeinung unserer Bau- und Anlagenbehörde unbedingt bei den Bewilligungen von Bebauungsplänen miteinfließen lassen. Darum sehen wir also die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages als wichtig, wichtig dahingehend, dass sich der Arbeitsausschuss für die Stadt- und Grünraumplanung sich intensiver mit diesem Thema auseinandersetzt. Inhaltlich sehen wir das Thema jedoch anders. Wir bereits gesagt, regelt ein Bebauungsplan vieles, aber nicht alles. Wenn wir uns nicht trauen, die zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel einzusetzen, dann werden wir nicht weiterkommen. Und, dass ein Bebauungsplan nicht alles regelt, zeigt sich ja auch im Abstimmungsverhalten, das muss ich auch sagen, von der KPÖ, die bei sehr vielen Bebauungsplänen dieser Gemeinderatsperiode immer nein gesagt hat. Und schon deswegen ist schon ein bisschen paradox, dass dieser Antrag von der KPÖ kommt. Aber ich denke, ihr wollt eure Statistik mit dem Neinsagen auffrischen und noch weiter erhöhen (*Appl.*).

**GR DI Sickl:**

Hoher Stadtsenat, dezimierter Stadtsenat, liebe Kollegen, liebe Kollegin Braunersreuther. Über 25 % ist der Anteil der bebauungsplanpflichtigen Grundstücke am Grazer Bauland, das ist relativ viel, und darüber kann man natürlich sprechen, dass es auch mehr wird. Der Bebauungsplan ist ein sehr gutes und sehr wichtiges Instrument für die Stadtplanung, das bei allem Verständnis jetzt auch für die Idee, und bei allem Verständnis für die Argumentation, da haben wir auch schon im Arbeitsausschuss darüber gesprochen, also mit Spekulation, und dass mit Wohnraum spekuliert wird, haben wir alle sicher keine Freude, also dem ist entgegenzuwirken. Dennoch finden wir, dass dieser Antrag, dieser heutige Antrag, einfach überschießend ist, kontraproduktiv ist und dass die Stadtplanung das einfach unmöglich handeln kann, und selbst auch die Ausschüsse überfordert sind mit einer kompletten Bebauungsplanpflicht über die ganze Stadt. Das erscheint uns einfach wirklich nahezu

unmöglich, deshalb können wir nicht mit, wobei die Grundidee klar ist und gut und wir die Bebauungsplanpflicht sehr gerne auch noch ausweiten wollen, aber nicht über die ganze Stadt (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Antragstellerin. Ich gehe jetzt ein bisschen, noch einmal, in die Tiefe einer Bebauungsplansituation, Bebauungsplanpflicht. Wir haben gemäß dem rechtskräftigen Flächenwidmungsplan, besteht in etwa 27 % des Baulandes, 25 bis 27 % des Baulandes, die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes. Vorher, und das ist jetzt wichtig, können in diesen Bereichen nur kleine Neubauten, wohl aber Zu- und Umbauten genehmigt werden. Ich kann mich noch gut erinnern, vielleicht auch die einen oder anderen aus den anderen Fraktionen, ich spreche da den Karl Dreisiebner an, aber auch den Klubobmann Eber, wir haben ja im Bürgermeisteramt zur Diskussion des 4.0 Fläwi und des STEK ja sehr ausführlich diskutiert, gerungen darum, wenn ich das so sagen darf, welche Bereich wir einer Bebauungsplanpflicht unterziehen. Da ist es durchaus zur Sache gegangen, wenn ich das so sagen darf, weil wir uns immer wieder Gebiete angeschaut haben, wo macht es Sinn, eine Bebauungsplanpflicht auszusprechen? Ich kann mich noch gut erinnern, dass wir uns dann doch im Kompromiss geeinigt haben, diese Flächen auszuweisen, die jetzt auch im Flächenwidmungsplan, und damit auch im STEK sozusagen hier festgelegt sind. Das Steiermärkische Raumordnungsgesetz räumt der Gemeinde durchaus Freiheiten bei der Festlegung der bebauungsplanpflichtigen Gebiete ein. Gestützt auf eine fundierte, und das ist wichtig, Grundlagenerhebung und mit dem Anspruch der Gleichbehandlung ist es auch denkbar, größere Teile des Gemeindegebietes zu erfassen, das hat jetzt der Kollege Sickl angesprochen, man könnte durchaus überlegen, ob wir jetzt aus den Erfahrungen mit den Bebauungsplanpflichten auch das eine oder andere Gebiet allenfalls in der Diskussion mit entsprechender fachlicher Begründung dazunehmen könnten. Zweifellos verbessern sich durch die Bebauungsplanpflicht die Lenkungsmöglichkeiten, das wurde ja angesprochen, ist auch

klar, der Stadt im Sinne der Qualität und der geordneten Siedlungsentwicklung. Freilich, und das ist jetzt ein wichtiger Punkt auch, ist das Verfahren schon aufgrund der gesetzlichen Vorgaben, umso mehr nach den Standards der Stadt Graz, in der inhaltlichen Erarbeitung und in der Bürgerbeteiligung sehr aufwendig. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Stadt Graz freiwillig insbesondere die Bürgerbeteiligung sehr stark in die Bebauungsplandiskussion miteinbindet, diese Situation ist im Gesetz nicht vorgegeben, aber die Stadt Graz bekennt sich freiwillig dazu, das muss man vielleicht auch dazu anmerken. Es darf erinnert werden, dass im Zuge der Revision eben des Flächenwidmungsplanes eine Ausweitung von ca. 20 % seinerzeit eben durch die Diskussion eine Kompromisslösung, sage ich dazu, auf 26 % des Baulandes erfolgte, ohne dass im Stadtplanungsamt, und das muss man schon auch ansprechen, dafür zusätzliche Ressourcen getroffen worden sind. Auch in den mitwirkenden Dienststellen erfolgte aus diesem Titel keine Personalaufstockung, also das sollte man auch bedenken, wenn man jetzt eine Bebauungsplanpflicht über das ganze Gebiet ausspricht. Wie soll man das mit den Ressourcen machen? Ich denke, man müsste das Planungsamt sozusagen verdoppeln oder verdreifachen, was den personellen Aufwand betrifft. Ein überbordender Einsatz von Bebauungsplanpflicht würde absehbar zu einem sprunghaften Anstieg unbearbeiteter Anträge führen. Die Stadt Graz könnte die gesetzlich vorgesehene Bearbeitungsfrist von 18 Monaten ab Antragstellung, zum Teil erfüllen wir diese Frist nicht immer, nicht annähernd erfüllen. Und als Schlusssatz, das hochwertige Instrument Bebauungsplan ist daher gezielt einzusetzen, ganz bewusst unterstrichen, gezielt einzusetzen, nicht nach dem Gießkannenprinzip über alle Baugebiete gleichermaßen zu verhängen. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen aus den Argumenten, die ich jetzt vorgebracht habe. Danke (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Danke, Herr Klubobmann Dreisiebner bitte. Ich hoffe, ihr habt alle schon das Buch der Styria. „Die 10.000 Schritte“ gelesen seit der letzten Sitzung.

KO GR **Dreisiobner:**

Werter Herr Vorsitzender, an dem Ort, wo wir uns treffen, den Abständen, die Corona geschuldet sind, glaube mir, wenn man weiter hinten sitzt, denn macht man ein paar Schritte, 10.000 werden es trotzdem nicht werden in einer Sitzung, aber das Ziel ist ein gutes. Zum Thema: Danke, für den Antrag, Christine Braunersreuther, auch wenn es vielleicht fachlich nicht alles das umfasst, was wir uns wünschen würden. Ich glaube, so schnell aus der Hüfte nur in eine Flächenwidmungsplanänderung zum Zwecke der flächendeckenden Bebauungsplanpflicht, die ich für gut befinde, und das ist ja vorhin schon von anderen erwähnt worden, zu gehen, ist etwas defizitär, würde ich sagen. Es bleiben viele andere Punkte, die in einer Fläwi-Revision sehr wohl und sehr ausführlich zu diskutieren sind, außen vor. Die Annahme dieses Antrages würde aber nicht verhindern, dass der zuständige Stadtplanungsreferent, die zuständigen Fachbeamtinnen und Fachbeamten, diese jetzt von mir nur kursiv oder eigentlich gar nicht aufgezählten, aber diese vielen Themen auch mitnehmen würde in die Auflage. Warum flächendeckende Bebauungsplanpflicht, oder 80 statt 26 % der Flächen? Wir haben einen sehr hohen Baudruck, wir haben sehr massive Bautätigkeit, das weiß jede und jeder, die im Stadtplanungsbereich politisch tätig ist, und die fachlich damit befasst ist. Das ist vor diesen Jahren, als wir damals das Stadtentwicklungskonzept aufgelegt haben, als wir damals den 4. Flächenwidmungsplan aufgelegt haben, so noch nicht gewesen, das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist, es haben sich offenbar Interessen der Menschen, die Grundstücke besitzen oder erwerben, ich denke vor allem an Zweitere, sehr verändert. Früher hat man vor allem, vor acht bis neun Jahren, oder vor zwölf Jahren, noch versucht, z.B. Wohnungen zu bauen oder Büro- und Geschäftshäuser zu bauen, heute versucht man, Werte zu schaffen. Werte, die man am Finanzmarkt verwertet, und genau deswegen würden wir diesen Eingriff, den uns nur Bebauungsplanpflichten ermöglichen, nebst den weiteren Vorteilen der Mitwirkung von BürgerInnen, von Institutionen im Vergleich zum normalen oder einfachen Bauverfahren, würde das sehr, sehr zielführend sein dass wir nämlich auch darauf reagieren, dass Mikrowohnungen mit ganz, ich sage jetzt einmal, defizitären Zuschnitten oder Wohnungen, die aus anderen Gründen nicht gut verwertbar sind,

oder sich nicht ins Stadtgebiet, ins Bebauungsgebiet einfügen, Stichwort Grüngürtel, wenn wir das über Bebauungsplanpflichten regeln könnten, und das können wir, dann wäre, glaube ich, den Menschen, die sich darüber natürlich sehr ärgern und wütend sind, was da alles passiert, geholfen. Es wäre unserer Stadt auch auf viele Jahre und Jahrzehnte geholfen, weil das, was heute da daneben geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, das steht 100 Jahre. Und das verantworten wir, und mit einer aktiven Stadtplanung, mit einer Mitbeteiligung der BürgerInnen, mit mehr Architektenqualität und mit dem Zurückdrängen dieser immer stärkeren Dominanz von Finanzvermögenden und Institutionen könnten wir da gut hineingreifen und hineinarbeiten, wichtig wäre natürlich auch, dass das Land uns mit Gesetzesänderungen unterstützt. Wir unterstützen den Antrag Braunersreuther. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther**:

Ja, ich spreche jetzt schon einmal das Abschlusswort zur Dringlichkeit, nachdem ich mir nicht so ganz sicher bin, ob alle mitstimmen. So wie die Grünen, ja, danke, Karl, dass du das noch einmal ausgeführt hast, eine Idee jetzt zu fordern war natürlich auch das, was uns im Unterausschuss berichtet worden ist, wie viel in Graz mittlerweile auch schon durch die Investitionsfonds gebaut wird. Denen es nämlich nicht um das Wohnen und schon gar nicht um preisgünstiges und gutes Wohnen, und dass man eben dadurch verhindern könnte. Das einzige, worin ich dir nicht zustimme, Karl, ich glaube nicht, dass das in 100 Jahren noch steht, weil in dieser schleißigen Qualität, wie da oft gebaut wird, aber das einmal nebenbei. Also warum ich generell fordere, flächendeckend heißt nicht 100 %, 100 % sind auch nicht nötig, weil wo nicht gebaut werden darf generell, also was z.B. als Wald ausgewiesen ist, solche Flächen, die nicht bebaut werden dürfen, die brauchen natürlich keine Bebauungsplanpflicht. Dort wo aber gebaut werden darf, finde ich es schon wichtig, dieses Planungsinstrument zu haben, auch aus dem Grund, die einzelnen Investoren, und das mögen vielleicht sogar welche sein, die gutes, qualitätsvolles, preisgünstiges Wohnen anbieten, die haben ihren Blick

auf ihr Grundstück, aber nicht über diese Gesamtfläche Stadt Graz. Und ich glaube, um eine lebenswerte Stadt zu haben, da müssen wir nicht nur auf einzelne Wohntürme schauen, dass es den Leuten darin gut geht, sondern dass das Gesamte funktioniert und dass auch die Leute, die dort wohnen, zufrieden sind. Sie haben jetzt gesagt, das ist so aufwendig, wenn wir das haben, der Herr Topf war das, weil man muss ja überall Bürgerbeteiligungsverfahren machen: Ja, muss man und sollte man viel öfter, weil die Leute, die nicht informiert sind, was in ihrer Umgebung gebaut wird, die regt das auf und die regt das auf, selbst wenn es vielleicht sogar etwas ganz Tolles ist, was da hinkommt, aber sie möchten informiert sein. Und natürlich muss man auf sowas personell reagieren, aber auf sowas Planbares kann man personell wesentlich besser reagieren als wenn man zu jedem zweiten Bau irgendeine Verfahren hat, mit denen die dann über x Instanzen kämpfen müssen mit irgendwelchen Bauherren, die halt Dinge machen, die man einfach nicht genehmigen kann. Und deswegen natürlich, wir stimmen auch nicht jedem Bebauungsplan zu, ich glaube, das müssen wir auch nicht, das müssen wir alle nicht, dass wir das alles als gut befinden. Aber es ist zumindest gut, eine Diskussionsgrundlage zu haben, wo man dann zum Teil ja auch noch etwas verändern kann. Das ist ja auch so, dass die BürgerInnen viel einbringen in diese Bebauungspläne, was ja dann das Stadtplanungsamt auch noch ändern, wofür ich auch sehr danken möchte, weil sie da wirklich sehr entgegengekommen sind. Und ein Beispiel ist z.B., es wird oft moniert, dass zu viele oder zu wenige Tiefgaragenplätze sind. Ich habe letztens mit einem Vertreter von einem Investor gesprochen, der hat gesagt: Ja, und warum dürfen wir dann nur so wenige Tiefgaragenplätze machen, das war na noch nie so? Dann habe ich gesagt, das geht doch gar nicht, wo Bebauungsplanpflicht ist, da ist es ein einheitlicher Wert, das ist überall so. Ach so, Bebauungsplan, haben wir noch nie gehabt. Ja, und dann wollen wir es schaffen, die Autos aus der Stadt rauszubringen, wenn Investoren dort, wo sie keine Bebauungsplanpflicht haben, einfach das doppelte an Tiefgaragenplätzen bauen?

*Zwischenruf StR Hohensinner: Bitte zum Abschluss kommen.*

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Das war mein Abschluss.

Ich hoffe auf Zustimmung zu dem dringlichen Antrag. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.4 Corona-Bonus für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich erhöhen  
(GR<sup>in</sup> Elke Heinrichs, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Viel Applaus und sehr lobende Worte hat es gegeben für die diejenigen, die während dieser noch immer bestehenden Corona-Pandemie an der vordersten Front, wenn man so sagen darf, kämpfen, vorwiegend in den Pflegeheimen und in den Spitälern, besonders auf Intensiv. Es war schon oft die Rede von Bonuszahlungen, mittlerweile sind die gesetzlichen Grundlagen dafür im Parlament beschlossen. Die Bundesregierung stellt 95 Mio. Euro für 189.000 Bedienstete steuerfrei zur Verfügung und im zugehörigen Initiativantrag findet sich ein wichtiger Punkt: Die Höhe der Leistung soll sich an Art. 2 Z 2 des Covid-19-Zweckzuschussgesetzes orientieren. Demnach sind die durchschnittlich 500 Euro auch nicht als Obergrenze für den Bonus zu verstehen, sondern nur als Obergrenze des finanziellen Beitrages des Bundes für derartige Leistungen. Somit kann dem Bonus aus den Finanzmitteln des Bundes also durchaus auch ein lokaler Bonus hinzugefügt werden. Da dem erhöhten Infektionsrisiko nicht nur die Bediensteten der öffentlichen, sondern auch die aller privaten Gesundheitseinrichtungen ausgesetzt waren und sind, so müssen gerechterweise alle

Beschäftigten in den Bereichen Pflege (selbstverständlich auch PflegeschülerInnen und StudentInnen), Hospiz, der internen wie externen Reinigungsdienste, der Rettungsdienste, der Arztpraxen und Apotheken, der MTD-Bereiche, der Telefondienste, etc. diese finanzielle Anerkennung erhalten. Wie wir alle wissen, fordert der ÖGB den Corona-Tausender für alle ArbeitnehmerInnen, die während der Pandemie dem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Der Ärztekammer, nebenbei gesagt, ist der 500-Euro-Bonus für ärztliches Personal nicht genug. Meine Damen und Herren, die sehr ansteckende Delta-Variante breitet sich mittlerweile auch in Österreich aus, dazu kommen die besonders anstrengenden Arbeitsbedingungen während des heißen Sommers. Um das gesamte Gesundheitspersonal neu zu motivieren, wir hatten ja die entsprechenden Diskussionen schon in den entsprechenden Ausschüssen, muss daher eine großzügige Corona-Prämie als ein Minimum an tatsächlicher finanzieller Anerkennung noch vor dem Sommer 2021 ausbezahlt werden. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

- 1) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen überprüfen, ob der vom Bund zur Verfügung gestellte Corona-Bonus für sämtliche im Motiventext erwähnten Berufsgruppen, die in den städtischen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Haus Graz tätig sind, von Seiten der Stadt auf zumindest 1.000 Euro für jede betroffene Beschäftigte und jeden betroffenen Beschäftigten erhöht werden kann.
- 2) Der Grazer Gemeinderat fordert am Petitionsweg den steirischen Landesgesetzgeber auf, dass für sämtliche Personen, die in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Landes Steiermark tätig sind, das Land Steiermark ebenso eine Erhöhung des Bundes-Corona-Bonus auf zumindest 1.000 Euro pro Beschäftigte/n durchführt.
- 3) Der Grazer Gemeinderat fordert am Petitionsweg den Bundesgesetzgeber auf, dass die gesetzliche Grundlage für den Corona-Bonus auf ALLE, die im

Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich – wie etwa tausende SanitäterInnen, Beschäftigte in den Privatkrankenanstalten sowie externe Reinigungskräfte – tätig sind, ausgeweitet wird.

Ich bitte, im Sinne der Motivation, die neu erfolgen soll, um Annahme. Danke für die Aufmerksamkeit (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Über die langen Monate der Corona-Pandemie bedankten sich PolitikerInnen vom Bundeskanzler („Übermenschliches geleistet“) über MinisterInnen bis hin zu Landes – und StadträtInnen bei den Bediensteten im Gesundheitsbereich für deren Leistungen – Bonuszahlungen wurden in Aussicht gestellt. Mittlerweile sind die gesetzlichen Grundlagen dafür im Parlament beschlossen. Die Bundesregierung stellt 95 Mio. Euro für 189.000 Bedienstete steuerfrei zur Verfügung. Im zugehörigen Initiativantrag findet sich ein wichtiger, interessanter Punkt: „Die Höhe der Leistung soll sich an Art. 2 Z 2 (& 1f Abs. 4 des Covid-19-Zweckzuschussgesetzes) orientieren. Demnach sind die durchschnittlich 500 Euro auch nicht als Obergrenze für den Bonus zu verstehen, sondern nur als Obergrenze des finanziellen Beitrages des Bundes für derartige Leistungen. Bonuszahlungen sollen von allen bundesgesetzlichen Abgaben befreit sein und nicht als Entgelt im Sinne des § 49 ASVG gelten.“ Somit kann dem Bonus aus den Finanzmitteln des Bundes durchaus auch ein lokaler Bonus hinzugefügt werden. Da dem erhöhten Infektionsrisiko nicht nur die Bediensteten der öffentlichen, sondern auch die aller privaten Gesundheitseinrichtungen ausgesetzt waren und sind, so müssen gerechter Weise alle Beschäftigten in den Bereichen Pflege (selbstverständlich auch PflegeschülerInnen und StudentInnen), Hospiz, der internen wie externen Reinigungsdienste, der Rettungsdienste, der Arztpraxen und Apotheken, der MTD-Bereiche, der Telefondienste etc., diese finanzielle Anerkennung erhalten. Der ÖGB fordert den Corona-Tausender für alle ArbeitnehmerInnen, die während der Pandemie dem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Der Ärztekammer ist der 500-Euro-*

*Bonus für ärztliches Personal nicht genug. Die sehr ansteckende Delta-Variante breitet sich mittlerweile auch in Österreich aus, dazu kommen die besonders anstrengenden Arbeitsbedingungen während des heißen Sommers. Um das gesamte Gesundheitspersonal neu zu motivieren, muss daher eine großzügige Corona-Prämie als ein Minimum an tatsächlicher (finanzieller) Anerkennung noch vor dem Sommer 2021 ausbezahlt werden.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

- 1) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen überprüfen, ob der vom Bund zur Verfügung gestellte Corona-Bonus für sämtliche im Motiventext erwähnten Berufsgruppen, die in den städtischen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Haus Graz tätig sind, von Seiten der Stadt auf zumindest 1.000 Euro für jede betroffene Beschäftigte und jeden betroffenen Beschäftigten erhöht werden kann.*
- 2) Der Grazer Gemeinderat fordert am Petitionsweg den steirischen Landesgesetzgeber auf, dass für sämtliche Personen, die in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Landes Steiermark tätig sind, das Land Steiermark ebenso eine Erhöhung des Bundes-Corona-Bonus auf zumindest 1.000 Euro pro Beschäftigte/n durchführt.*
- 3) Der Grazer Gemeinderat fordert am Petitionsweg den Bundesgesetzgeber auf, dass die gesetzliche Grundlage für den Corona-Bonus auf ALLE, die im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich – wie etwa tausende SanitäterInnen, Beschäftigte in den Privatkrankenanstalten sowie externe Reinigungskräfte – tätig sind, ausgeweitet wird.*

**Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.27. Uhr).**

GR<sup>in</sup> **Schönbacher:**

Sehr geehrte Zuseher, sehr geehrte Kollegen, liebe Antragstellerin. Ich bedanke mich für diesen Antrag und möchte gleich vorwegnehmen, der Dringlichkeit werden wir zustimmen. Warum? Weil dieses Thema Pflege und Gesundheit immer dringlich ist, und das gibt mir auch die Gelegenheit zu wiederholen nämlich genau die wichtige Frage, die Grundsatzfrage: Warum wollen immer weniger Menschen in den Bereich Pflege und Gesundheit gehen? Sie liegen auf der Hand die Fragen, und die Antworten eben auch, weil zum einen sind es die Arbeitszeiten, die auf Dauer einfach nicht auszuhalten sind, weil es halt so wenig Personal gibt. Und das ist eigentlich ein Wahnsinn, weil das wirklich eine sehr schwere Aufgabe ist, direkt an Menschen zu arbeiten und dass sehr schade ist, dass oft gerade gute Pflege- und Gesundheitskräfte dann lieber in die Verwaltung gehen wollen, als am Menschen selbst zu arbeiten. Und die andere Geschichte, das ist die Wertschätzung, es sprechen immer alle darüber, wie wichtig das ist, vor allem Bund und Land loben zwar, aber Taten folgen dann leider nicht. Weil Wertschätzung muss sich auch finanziell auswirken, ein Bonus ist schon etwas Gutes, aber diese Wertschätzung muss sich auch auf Dauer auswirken und dafür setzen wir uns natürlich unaufhörlich ein. An dieser Stelle möchte ich mich einmal wirklich auch bedanken bei den Bediensteten im Magistrat Graz, die eben besondere Leistungen in der Corona-Krise mit einem besonderen Engagement vollbracht haben. Und ganz besonders hervorheben möchte ich die Pflege- und Gesundheitskräfte, aber auch die Verwaltung der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz, denn sie haben mitgeholfen, die funktionierende Gesundheitsversorgung in unserer Stadt aufrecht zu erhalten. Das hat unser Bürgermeister-Stellvertreter auch erkannt, und da er zuständig ist für das Personal, hat Mario Eustacchio auch schon die Initiative im Vorjahr ergriffen und aus diesem Anlass ist auch ein Bonus ausgezahlt worden seitens der Stadt Graz als Anerkennung für eben diese bezeichneten Leistungen, und das war eben besonders wichtig. Gefehlt hat mir da leider das Engagement von Stadtrat Krotzer, der ja auch für den Bereich Pflege zuständig ist, weil in den letzten Jahren habe ich so ein bisschen das Gefühl, er hinkt immer ein bisschen hinterher, wobei, zu seiner Verteidigung muss ich sagen, wenn man ihn daran erinnert, dann wird er schon

tätig. Weil vor einem Jahr musste ich ihn leider an das akute Thema erinnern, und zwar an die Besuchskontakte im Hospizbereich, weil da einfach der Zeitfaktor dringend war, und da ist er dann aber durch meine Erinnerung und meinen Anstoß sehr wohl tätig geworden (*Appl.*).

Da die Zeit knapp ist, werde ich meinen Abänderungsantrag später einbringen, den wir vom Freiheitlichen Gemeinderatsklub gemeinsam mit der ÖVP einbringen werden.

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Ich melde mich deshalb gleich, weil ich eine kleine Korrektur, werte Claudia, vorbringen möchte. Es hat geheißen, GGZ hat schon den 500er bekommen, jawohl. Vor einigen Gemeinderatssitzungen war das meine Initiative hier. Hier im Gemeinderat wurde es abgelehnt, aber dankenswerterweise dann gute acht Tage später, durch die Presse kolportiert, vom Herrn Stadtrat doch genehmigt. Ich bedanke mich im Nachhinein, es war, wie gesagt, meine Initiative (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Nein, nicht wirklich. Frau Kollegin, da muss ich Sie jetzt korrigieren. Ich weiß, dass die KPÖ ganz gerne Dinge in Anspruch nimmt, die andere gemacht haben und umgesetzt haben. Aber auch hier war das längst vorbereitet. Und nicht nur für die GGZ, sondern für jene Abteilungen, wo die Abteilungsleiter eingemeldet haben, die im Besonderen in dieser Corona-Zeit gefordert waren. Also bitte nicht diese Dinge für sich beanspruchen.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Heinrichs: Warum wurde er dann abgelehnt?*

*Zwischenruf GR Ing. Lohr: Weil es schon im Laufen war!*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Aber wir stimmen jetzt über die Dringlichkeit ab. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte um ein Zeichen mit der Karte.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Schönbacher**:

Wichtig ist ja, dass wir uns am Ende einig sind, ich werde jetzt den Abänderungsantrag einbringen: Und zwar, Herr Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio wird in seiner Eigenschaft als Personalreferent ersucht zu überprüfen, ob im angeführten Personenkreis unter dem Aspekt der Erbringung ganz besonderer Leistungen während der Corona-Krise Mitarbeiter unbedacht geblieben sind sowie weiters zu überprüfen, ob auch für andere Mitarbeitergruppen der GGZ unter dem genannten Aspekt eine freiwillige Leistung der Stadt Graz möglich ist. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*An dieser Stelle sei nochmals all jenen Bediensteten im Magistrat Graz gedankt, welche sich während der Corona-Krise mit ihrem Engagement verdient gemacht haben. Besonders hervorzuheben sind hier die erbrachten Leistungen der Pflegekräfte der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz, welche mit ihrem großartigen Einsatz geholfen haben, die Folgen der Krise zu mildern und das Funktionieren unserer Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Anlass wurde seitens der Stadt Graz als Anerkennung für bezeichnete Leistungen bereits mehreren Bediensteten aus den verschiedensten Ämtern der Stadt eine freiwillige Leistung der Stadt Graz zuerkannt. Namens der im Gemeinderat vertretenen Klubs von ÖVP und FPÖ stelle ich daher den*

**Abänderungsantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge anstelle des Punktes 1 beschließen:*

*Herr Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio wird in seiner Eigenschaft als Personalreferent ersucht zu überprüfen, ob im angeführten Personenkreis unter dem Aspekt der Erbringung ganz besonderer Leistungen während der Corona-Krise Mitarbeiter unbedacht geblieben sind sowie weiters zu überprüfen, ob auch für andere Mitarbeitergruppen der GGZ unter dem genannten Aspekt eine freiwillige Leistung der Stadt möglich ist.*

StR Mag. **Krotzer:**

Ich muss jetzt doch noch ein bisschen etwas sagen. Liebe Frau Gemeinderätin Schönbacher, Sie können mir vieles vorwerfen, aber Untätigkeit im Pflegebereich, das darf ich dann doch zurückweisen. Ich darf natürlich sagen, dass in Zusammenhang, was die Hospizvereine und den Zutritt zu den Pflegeheimen betroffen hat, ich deine Anregung sehr gerne aufgenommen habe. Wir wissen, dass sich im März 2020 die Welt und alle Teilbereiche unserer Gesellschaft so drastisch geändert haben, dass da eigentlich, glaube ich, niemand hintennach gekommen ist, in allen Bereichen zu schauen, dass alles passt. Wir waren aber, noch bevor die ersten Lockerungsmaßnahmen in den Pflegeheimen gewesen sind, schon in den Gärten von Grazer Pflegeheimen unterwegs mit musikalischen Darbietungen, weil wir eben gewusst haben, dass gerade auch ältere Menschen in den Pflegeheimen besonders betroffen gewesen sind von dieser Isolation, das haben wir nicht nur letztes Jahr gemacht, das machen wir auch jetzt wieder. Ich bin morgen beim nächsten Termin in Eggenberg, wo wir dort wieder mit den Liedschätzen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeheime unterwegs sind. Und wir sind auch mit allen Grazer Pflegeheimen in der ganzen Zeit über in einem intensiven Austausch gestanden. Unsere KollegInnen der Pflegedrehscheibe des Pflegereferats haben von März 2020

beginnend bis in die jüngste Vergangenheit wöchentlich in allen 20 privaten Pflegeheimen auch abgefragt, wie ist die Covid-Situation, wie ist die Situation rund um Schutzausrüstung, wo kann man nachhelfen. Und gegenwärtig dann auch, wie hat es sich dann auch mit dem Impfstatus entwickelt. Also Untätigkeit darf ich auf jeden Fall zurückweisen, aber natürlich Anregungen, die es gibt, nehme ich sehr gern auf, mache ich auch gerne weiterhin (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

So da bin ich schon. Es ist ein weiter Weg durch die große Halle. liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, die vielleicht noch zuschauen. Wir werden den dringlichen Antrag gerne auch im Inhalt unterstützen. Wir finden, das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich fand jetzt dieses Hickhack, wer jetzt zuerst welche Idee hatte, ehrlich gesagt ein bisschen unnötig, weil am Ende des Tages, glaube ich, ist es uns allen wichtig, dass diese besonderen Leistungen, die in der Zeit erbracht wurden, honoriert werden. Wie auch die Elke gesagt hat, Klatschen und Lob alleine ist zu wenig, und die finanzielle Anerkennung ist sehr, sehr wichtig. Wir werden dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, weil er aus unserer Sicht eine Abschwächung des ursprünglichen Antrages ist. Und wir unterstützen das, dass das eben noch einmal aufgestockt wird dieser Corona-Bonus. Etwas, was jetzt auch ein paar Mal vorkam in den Wortmeldungen und mir auch besonders wichtig ist, das eine ist eine einmalige finanzielle Zahlung, das andere ist halt wirklich eine langfristige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Weil ja Corona hat die Situation für die Menschen im Pflege-, im Gesundheits-, im Sozialbereich noch einmal verschärft, aber es war jetzt nicht so, dass vorher die Arbeitsbedingungen gut waren, ganz im Gegenteil. Wir haben es ja auch im letzten Gemeinderat diskutiert, es gibt so viele Menschen, die die Arbeit eigentlich gerne machen, aber aus der Arbeit aussteigen wollen, weil die Arbeitsbedingungen absolut unerträglich sind. Es ist einfach schlecht bezahlt, die Arbeitszeit muss verkürzt werden, weil man eben in vielen von diesen anstrengenden Berufen eigentlich nicht 40 Stunden arbeiten kann, das einfach kaum schafft, und das Personal muss einfach

angehoben werden, weil man nicht will, dass Leute wie am Fließband eigentlich betreut werden, was ja wirklich etwas ist, denke ich, das niemand will, oder? Dass im Pflege- und Sozialbereich, wo es um total wichtige und sensible Arbeiten geht, eigentlich mit den Patienten quasi wie am Fließband gearbeitet wird, weil man das sonst kaum noch irgendwie bewältigen kann diese Arbeitsmenge. Also da liegt vieles im Argen. Corona hat es noch einmal verdeutlicht und verschärft, wie in so vielen Bereichen der Gesellschaft eigentlich aufgezeigt, welche Baustellen es gibt, und jetzt liegt es daran, wirklich langfristig die Bedingungen für die Menschen zu verbessern. Es tut sich auch etwas in der Zivilgesellschaft in dem Bereich, das mag ich an der Stelle noch kurz erwähnen, es gibt ja diese Initiative „Mehr für Care“, da haben sich in Graz jetzt auch einige Menschen, ich glaube, eh auch teilweise von der KPÖ, zusammengesetzt, die eben genau für diese strukturelle Verbesserung im Care-Bereich eintreten, und ich hoffe wirklich sehr, dass das immer mehr an Kraft gewinnt und es dann wirklich zu strukturellen und politischen Veränderungen kommt. Weil einmalige Boni sind eine schöne Sache für die Leute, aber es muss sich ganz grundlegend in diesen Bereichen etwas ändern (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Potzinger:**

Geschätzter Herr Vizebürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Auch namens der ÖVP-Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen im Pflegebereich Tätigen besonders zu danken für das, was in dieser schwierigen Corona-Zeit außergewöhnlich geleistet wurde, schließe mich den Ausführungen von Kollegin Claudia Schönbacher an. Alle, die im GGZ-Verwaltungsausschuss tätig sind, kennen die Problematik besonders genau. Kollegin Wutte, ich gebe dir schon Recht, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen, das ist aber jetzt nicht nur Aufgabe der Grünen und Kommunisten, darüber zu reden, es ist uns allen bewusst. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, um Pflegeberufe attraktiver zu gestalten. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an Pflegekräften massiv steigen, und ich kann da nur sagen, dass in der

GGZ da besondere Anstrengungen unternommen werden und das auch Ausdruck findet in Auszeichnungen, die es immer wieder gibt. Und deswegen weise ich massiv zurück, was Kollegin Wutte angedeutet hat, es gäbe eine Fließbandbetreuung in den Pflegeeinrichtungen der Stadt Graz. In den GZZ gibt es keine Fließbandbetreuung, sondern da wird individuell eingegangen auf die Bedürfnisse der betroffenen Damen und Herren (*Appl.*).

Bekanntlich ist ja für die Geriatrischen Gesundheitszentren jetzt Bürgermeister Nagl der zuständige Stadtsenatsreferent, und vorher war es der Herr Vizebürgermeister. Das heißt, uns ist es wirklich ein besonderes Anliegen, hier für die besten Bedingungen zu sorgen und mit einem Bonus auch ein deutliches Zeichen der Anerkennung zu setzen. Lobende Worte sind das eine, ein Geldbetrag ist ein schöner Ausdruck der Dankbarkeit. Und deshalb auch danke an den Herrn Vizebürgermeister, der sich da bemüht auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, noch zusätzlich einen Bonus hier aufzubringen. Deshalb auch der Abänderungsantrag, den wir gemeinsam einbringen, ÖVP und FPÖ. Im Übrigen betrifft der den Punkt 1, die Punkte 2 und 3 unterstützen wir nicht (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Ich kann das ganz kurz machen. Je mehr die vom ÖGB vehement eingeforderten Corona-Boni unterstützen für alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich, desto besser. Und ich hätte mir schon erwartet, dass die Stadt Graz sich da auch vehement an die Seite von diesen Beschäftigten stellt und das schon früher gemacht hätte. Weil am Ende des Tages waren sehr wohl die Initiativen von dir, Elke, und auch von mir im letzten Jahr, die darauf gepocht haben, dass das alle Beschäftigten bekommen, dass diese Unterstützung und diese Wertschätzung in monetärerer Form alle bekommen, weil am Ende des Tages kann sich niemand in diesem Bereich etwas von diesen vielen, vielen ausgesprochenen Danksagungen und von diesem Klatschen kaufen. Keiner kann davon die Miete zahlen, keiner fühlt sich von dem wirklich wertgeschätzt, weil am Ende des

Tages sind es leere Worte. Und im Endeffekt waren es genau diese Bereiche, der Gesundheitsbereich und der Pflegebereich, die vor Corona, in Corona und nach Corona auch unser wirkliches Sozialsystem am Laufen halten werden und die immer an vorderster Front für all jene stehen werden, die wirklich Hilfe brauchen. Und im Endeffekt bleiben wir bei der Forderung des Corona-Tausenders, im Endeffekt pochen wir darauf, dass sie ihn bekommen. Und ein Satz auch noch zu den Boni, die ausgezahlt worden sind in der Stadt Graz. Der Herr Stadtrat und Vizebürgermeister Eustacchio hat heute gesagt, das waren die, die schon lange ausgemacht waren, aber es war auch die, die von den Abteilungsleiterinnen und -leitern nur für die waren, die sich besonders hervorgetan haben. Und am Ende des Tages bin ich der Meinung, es sollten alle Leute, die in dieser Zeit, in dieser außergewöhnlichen Zeit wirklich jeden Tag ihre eigene Gesundheit und auch ihre eigene Psyche auf Spiel gesetzt haben für die Gemeinschaft, die hätten das alle verdient und nicht nur ein paar wenige, die sich besonders hervorgetan haben. Deswegen danke für diesen Antrag, und wir kämpfen natürlich weiter dafür (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Dankeschön. Frau Gemeinderätin Robosch, einen Bonus auszuzahlen bedingt eben, dass eine besondere Leistung dem vorausgegangen ist. Das ist das Wesen dieser Auszahlungen ganz generell in unseren Gesellschaften, überhaupt in Österreich. Dass Sie das Füllhorn für alle ausschütten wollen, ist durchaus redlich, aber vielleicht auch nicht finanzierbar, und es sollte schon Unterscheidungen geben, wir zahlen ja auch nicht das gleiche Gehalt an alle Menschen aus, auch da gibt es Unterschiede, und so ist es dann nun einmal.

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Dankeschön, das wird ein sehr kurzer Satz sein. Ich möchte mich bedanken bei allen, die mir sehr zugesprochen haben und die mit den meisten Punkten sozusagen

meines Antrages einverstanden sind. Wir werden dem Abänderungsantrag, es ist ja schon gesagt worden, weil er im ersten Punkt eine massive Abschwächung ist, die Zustimmung nicht erteilen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.***

***Unverständliche Diskussion zwischen Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio und StR<sup>in</sup> Kahr.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

So, wir gehen noch einmal zurück zum vorherigen Stück. Nachdem hier eine Unklarheit herrscht, der Abänderungsantrag ist durch, an und für sich wäre für mich damit dieser ursprüngliche Antrag abgelehnt worden. Die KPÖ meint, dass über Punkt 2. und 3. abgestimmt werden soll. Ich werde das jetzt durchführen und frage an, wer ist für Punkt 2. und 3. des dringlichen Antrages von Frau Gemeinderätin Heinrichs?

***Der Dringlichkeitsantrag (Punkte 2. und 3.) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Dankeschön, wir kommen jetzt zum angekündigten dringlichen Antrag vom Klubobmann Sippel, und ich bitte darum.

**9.5 Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro – Bekenntnis zum sorgsamem Umgang mit Steuergeld  
(KO GR Mag. Armin Sippel, MPA, FPÖ)**

KO GR Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, geschätzte Damen und Herren. Wir debattieren bereits über den Wahlkampf, einige sind sogar schon im Wahlkampf. Warum tun wir das? Weil Bürgermeister Nagl, wie ich meine ohne zwingenden Grund, die laufende Gemeinderatsperiode durch die Festsetzung von vorgezogene Wahlen beendet hat. Das steht ihm zu, das ist rechtlich in Ordnung. Der Stil ist eine andere Frage. Natürlich passiert sowas auch aus politischem, Kalkül, so naiv braucht man nicht sein, dass das nicht auch eine Rolle spielt, zwingend war es tatsächlich nicht. Also man kann sagen, und ich habe letztens schon auch so diese Filmmetapher bemüht, einer der Regisseure der Grazer Koalition hat sich nicht ganz an das Drehbuch gehalten und mit einem dramaturgischen Eingriff am Schluss die Zusammenarbeit abrupt beendet. Also für die Romantiker unter euch, das Happy End ist ausgeblieben. Die Frage, die ist aber viel interessanter: Wer ist der Produzent dahinter? Möglicherweise der Bundeskanzler, wer weiß es, mit dem Auftrag, Türkis-grün über alle Ebenen durchzuschalten. Wir haben ja erstaunlicherweise am 26. September auch die oberösterreichische Landtagswahl, wo auch ein erfolgreiches schwarz-blaues Projekt zur Wahl steht, jetzt kommt auch Graz mit Schwarz-blau am 26. September daher. Das heißt, da kann man natürlich schon spekulieren, dass da ein Plan dahintersteht. Wir hoffen es natürlich nicht, weil eines ist klar, so einen Politstil wie Türkis-grün in Wien auch darlegt, das wollen wir tatsächlich Graz ersparen. Mit standortkritischer, nennen wir es einmal so, Politik. Oder auch einem unwürdigen Spiel, wenn es darum geht, die Verantwortung über die Nichtabschiebung der Mörder-Afghanen von Leonie, die Verantwortung, die da hin und hergeschoben wird zwischen Innenminister und Justizministerin, das ist wirklich ein unwürdiges Schauspiel, das wir in Graz in dieser Art und Weise oder in ähnlicher Art nicht erleben wollen (*Appl.*).

Bei allen Argumenten, die gefallen sind, warum die Grazer jetzt keinen politikfreien Sommer haben dürfen, können wir aber einem Argument etwas abgewinnen, und das

ist das, dass ein kurzer Wahlkampf Geld spart. Geld, das den Parteien vom Steuerzahler zur Verfügung gestellt wird. Aus diesem Grund ist es auch ein Gebot der Fairness, vor allem gegenüber den Grazern, wenn sich alle im Gemeinderat vertreten Parteien darauf verständigen, zu einer Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro zu finden. Das Ganze soll auch einem Wirtschaftsprüfer dann dargelegt werden, wie wir das bei den Parteiförderungen und Klubförderungen machen, und die Wahlkampfkostenobergrenze, da würden wir Anleihe nehmen am Parteiengesetz des Bundes, wo ja genau drinnen steht, was damit auch gemeint ist. Was für uns nicht in Frage kommt, ist, dass es auch inhaltliche Beschränkungen gibt. Als Freiheitliche Partei wollen wir schon noch selbst entscheiden, was wir in unsere Broschüren drucken, was wir auf die Plakate hinaufschreiben und vor allem, was wir auch im direkten Kontakt mit den Bürgern und mit den Menschen besprechen, das wollen wir selbst entscheiden. Deshalb inhaltliche Zensur brauchen wir in diesem Wahlkampf nicht, aber Fairness, wenn es darum geht, mit dem Steuergeld der Grazer sorgsam umzugehen. Ich möchte mich auch noch bedanken bei Sabine Reininghaus und den Neos, die auch im Vorfeld hier schon aktiv geworden sind und ein Fairnessabkommen geschmiedet haben. Wir werden das dann, glaube ich, nächste Woche auch gemeinsam unterfertigen, weil es eben genau das auch betrifft, was heute Gegenstand des dringlichen Antrages ist. Dann wird das sozusagen auch noch einmal förmlich auch irgendwo unterzeichnet und das ist, denke ich, wichtig, denn es geht da auch nicht um Sanktionen, das habe ich bewusst nicht in diesem Antrag drinnen, sondern es geht auch um einen Ehrenkodex, es geht letztlich um eine moralische Verpflichtung. Und das ist uns immer wichtig gewesen als FPÖ, wenn es um Ehre geht, wenn es um Handschlagqualität geht, ich glaube, da haben wir bewiesen in den letzten Jahren, dass wir das auch leben, insofern geht es auch darum, diese moralische Verpflichtung aufzustellen. Und deshalb bringe ich den

### **Antrag**

ein:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Gemeinderat vertretenen Parteien mögen sich durch Zustimmung zu diesem Antrag zu einer Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro bekennen. Die Einhaltung derselben soll bis Ende des Jahres durch einen Wirtschaftsprüfer bestätigt werden. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Ohne zwingenden Grund wird die laufende Gemeinderatsperiode durch die Festsetzung von vorgezogenen Wahlen durch Sie, geschätzter Herr Bürgermeister, nun frühzeitig beendet. Einem der vorgebrachten Argumente, weshalb die Bevölkerung nun fast ein halbes Jahr früher wählen muss, kann der Freiheitliche Gemeinderatsklub etwas abgewinnen: Ein kurzer Wahlkampf spart Geld. Geld, das den Parteien vom Steuerzahler zur Verfügung gestellt wird. Aus diesem Grund ist es ein Gebot der Fairness, vor allem gegenüber den Grazern, wenn sich alle im Gemeinderat vertretenen Parteien zu einer Wahlkampfobergrenze von 400.000 Euro bekennen könnten. Graz soll durch die besten Ideen und nicht nur das größte Wahlkampfbudget gestaltet werden. Die Einhaltung der Wahlkampfkostenobergrenze soll bis Ende dieses Jahres durch einen von den Parteien bestellten Wirtschaftsprüfer – in Analogie zur Prüfung der Partei- und Klubförderungen – bestätigt werden. Von einem umfassenden Sanktionskatalog bei Überschreitung dieser Obergrenze wird aus administrativen Gründen abgesehen. Vielmehr soll diese Vereinbarung Ansporn geben, im noch laufenden Sportjahr 2021 finanzielles „Fairplay“ zu üben.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die im Gemeinderat vertretenen Parteien mögen sich durch Zustimmung zu diesem Antrag zu einer Wahlkampfkostenobergrenze<sup>1</sup> von 400.000 Euro bekennen. Die Einhaltung derselben soll bis Ende des Jahres durch einen Wirtschaftsprüfer bestätigt werden.*

**Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.**

GR<sup>in</sup> **Hopper:**

Geschätzte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, jene, die vielleicht vor dem Bildschirm sitzen oder nur mit einem Ohr zuhören. Ich würde gerne hier in der gleichen Manier wie vorher möglichst sachlich unseren Standpunkt seitens der Grazer Volkspartei hier dazu darlegen. Vielleicht, fürs Erste vorab, und ich glaube, das überrascht jetzt niemanden, wir haben uns schon sehr, sehr klar dagegen ausgesprochen, hier in diesem Gremium irgendwie eine Grenze einzuhalten und wir haben auch eine ganz klare Argumentation dafür, die möchte ich hier einfach noch einmal der Vollständigkeit halber darlegen, obwohl das wahrscheinlich gerade für alle, die da sitzen, jetzt nicht sonderlich neu sein wird. Ich habe mir überlegt, ob mir irgendeine Filmmetapher einfällt, um das ein bisschen beizubehalten, es ist mir nicht ganz gelungen, ich werde es deswegen eher nicht bei den Metaphern belassen, sondern ein paar Dinge aufzählen, die uns dahingehend wichtig sind. Ich glaube, dass eine Wahlkampfkostenobergrenze, und wie du auch in deinem Antrag schreibst, Armin, und ein gewissenhafter und verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld, das uns als wahlwerbenden Gruppen im Parteiengesetz und in der Stadt Graz mit der Parteienförderung zur Verfügung gestellt wird, eine Selbstverständlichkeit ist. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig, da würde es jetzt nicht irgendwie einen extra Beschluss oder ein extra Bekenntnis brauchen. Also ich würde schon hoffen, dass wir alle da das gleiche Selbstverständnis haben, dass wir mit

---

<sup>1</sup> Im Sinne des Bundesgesetzes über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012 – PartG)

dem Geld, das uns zur Verfügung gestellt wird für unsere politische Arbeit, auch gewissenhaft umgehen. Zumindest wir in der ÖVP handhaben das so, und ich habe jetzt hier nicht nur den Gemeinderatshut auf, sondern darf jetzt auch den Hut der Grazer Volkspartei und der Geschäftsführung hier auch mitnehmen. Und da war es mir von Anfang wichtig, auch mit diesem Geld ehrlich umzugehen und auch aus dem Grund, weil ich glaube, dass wir als politische und wahlwerbende Gruppen den Grazerinnen und Grazern auch verpflichtet sind, also den Grazerinnen und Grazern gegenüber verpflichtet sind, das so zu handhaben. Wo will ich damit hin? Ich bin auf der einen Seite als politische Fraktion den Grazerinnen und Grazern verpflichtet, mit dem Geld, mit dem Steuergeld, das uns zur Verfügung gestellt wird, verantwortungsvoll umzugehen. Ich bin aber gleichzeitig als Geschäftsführerin der Grazer Volkspartei den tausenden von Mitgliedern von mir verpflichtet, und ich bin auch, so wie meine Vorgängerin und auch mein Vorgänger, verpflichtet, die Kandidatinnen und Kandidaten, die wir auch für verschiedene politischen Ämter aufstellen, denen gegenüber bin ich auch verpflichtet, sie auf diesem Weg zu unterstützen. Ich glaube, das ist jetzt keine Neuigkeit, es gibt immer wieder die verschiedensten Möglichkeiten, eine Grenze oder irgendsowas zu untergehen, hintergehen, oder sich sonst irgendwelche Sachen zu überlegen, und das ist was, wo wir uns nicht irgendein Bekenntnis abluchsen lassen wollen, das dann vielleicht von anderen Fraktionen nicht ganz so klar gelebt wird. Ich möchte ein paar Beispiele da auch aufzählen. Ob es jetzt im Kärntner Landtag war, da hat die Freiheitliche Partei den Wahlkampf über eine externe Agentur mitfinanziert, wir haben in der SPÖ Kärnten ähnliche Vorgänge gehabt, vielleicht werde ich mich nachher noch einmal zu Wort melden, schauen wir einmal. An diesen Trickereien wollen wir uns nicht beteiligen. Wir sind dafür, dass man sich ein Fairnessabkommen überlegt. Wir sind auch dafür, dass man sich ehrlich danach auch verpflichtet den Grazerinnen und Grazern gegenüber, aber jetzt von einer Wahlkampfkostenobergrenze zu sprechen, wenn die eine Partei schon plakatiert, die anderen Querfinanzierungen im Sozial-Media-Bereich schon vornimmt, da kann einfach keine ehrliche Aktion dabei rauskommen. Und da ist es uns wichtiger, unsere Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Frau Gemeinderätin, wir sind bereits eine Minute drüber, danke.*

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

... und den Grazerinnen und Grazern ernst zu nehmen und nicht da Lippenbekenntnisse abzugeben, die man dann nicht einhalten kann und wird.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Danke, danke (Gelächter im Saal).*

**GR<sup>in</sup> Hopper:**

Entschuldigung (*Appl.*).

**KO GR Ehmman:**

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, lieber Antragsteller, lieber Armin. Ja, es war natürlich eine bittere Stunde, wie die Agenda auf 2021 umgeschrieben worden ist, von 2022, das glaube ich, aber letztendlich war es so, und ich denke, es geht jetzt in den Wettbewerb der besseren Ideen. Ich bin da auch bei dir, wenn man von Fairness spricht, dann hat man auch gewisse moralische und ethische Verpflichtungen und dann das so zu beenden, ist vielleicht auch nicht so das Beispielhafte oder Vorbildhafte, da bin ich auch bei dir. Aber wir sprechen jetzt von der Wahlkampfobergrenze, vom Geld, und da muss ich schon sagen, also ich habe jetzt der Anna Hopper aufmerksam zugehört als Wahlkampfmanagerin oder Geschäftsführerin und als Gemeinderätin der ÖVP, da bin ich aber schon ein bisschen bass erstaunt, wenn sie von Fairness und Ehrlichkeit usw. spricht, also das glaube ich schon, die Ehrlichkeit, ihr wollt der

Wahlkampfkostenobergrenze deswegen wahrscheinlich nicht zustimmen, weil ihr ja, wie vielleicht möglicherweise das im Bund überhaupt gleich überschießt um das Doppelte. Also soweit ich mich hier zurückerinnere, ist da fast das Doppelte ausgegeben worden auf Bundesebene, wenn mir das jetzt richtig erinnerlich ist. Aber ja, vielleicht ist das der Grund, hier nicht dem näherzutreten, aber wie du sagst, ja, es ist wenigsten ehrlich, das gleich vorab zu verdeutlichen und zu sagen, ja, wir sind da nicht dabei, weil wir hauen sowieso drüber oder wollen da einfach mehr ausgeben, obwohl wir uns alle hier, glaube ich, committed haben, dass wir gesagt haben, gerade jetzt in einer Zeit der Pandemie, wo es Menschen auch beim Geldbörsel trifft und sehr knapp ist oft, wo wir hier mit Beispiel vorgehen sollten und wollen, dass wir sagen, ok, wir können uns selbstverständlich auf eine Obergrenze verständigen, es ist ja nur zu verständlich. Und was die KandidatInnen-Präsentation betrifft, also das können auch andere Fraktionen, wie wir alle hier im Raum vertreten sind, offensichtlich auch mit der beschränkten Wahlkampfobergrenze darstellen und alle Kandidatinnen und Kandidaten bewerben. Oder, ich weiß nicht, wenn ihr über eine Million braucht, vielleicht habt ihr 500 Restkandidatinnen oder Kandidaten, dass ihr die auch noch bewerben müsst. Ich habe keine Ahnung, aber ist egal. Nichtsdestotrotz wollen wir das unterstützen, wir sind da auch, wie gesagt, im Inhalt dabei. Ein bisschen muss ich anmerken bei der FPÖ, vom Saulus zum Paulus, weil ich kann mich erinnern, ihr wart früher immer gegen diese Wahlkampfkostenobergrenzen und habt euch da immer dagegen ausgesprochen, oder bisher zumindest, aber besser spät als nie, sei es drum. Wir können dem viel zugewinnen, wie gesagt. Fairnessabkommen selbst wäre als Gesamtpaket insgesamt noch besser gewesen, aber wir haben gehört, da gibt es jetzt ein Stadtsenatsstück vorbereitet in diese Richtung, daher können wir dem auf jeden Fall näherzutreten. Vielen Dank (*Appl.*).

**KO GR Dreisiebner:**

Sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Ganz zuerst habe ich mir gedacht, du hast den Antrag irgendwie

verschmissen und weißt jetzt nicht genau, worüber du sprechen sollst. Weil diese schon ein bisschen an Verschwörung anmutende Reise durch den größeren Plan, dass alle Ebenen in Richtung Schwarz-grün oder Türkis-grün umgefärbt werden sollen, davon hätte ich noch nichts gehört. Ich kann nur so viel dazu sagen, sollte das wie im Bund auch auf anderen Ebenen einmal Thema werden, in Oberösterreich oder eventuell auch in der Steiermark oder in Graz, dann wird das nicht so sein, dass der kleinere Koalitionspartner, wie ihr, die Blauen, nichts verlangt von der ÖVP, sondern wir werden sehr wohl unsere politischen Ziele und Inhalte einfordern und verhandeln, das wäre der Unterschied (*Gelächter seitens FPÖ*).

Zum Antrag selber, wir werden den auch unterstützen, weil wir diesen Fairness- und Wahlkampfkostenobergrenzen-Antrag, oder -Text, den, wie schon erwähnt, Sabine Reininghaus entworfen hat und den wir dann gemeinsam weiter bearbeitet haben, dem werden wir beitreten. Es ist alles richtig, was Ehmann gesagt hat. Es sollte in einer Stadt wie Graz gut möglich sein, mit etwa 400.000 Euro als Obergrenze einen guten, informativen, alle Menschen erreichenden Wahlkampf machen zu können, zumal, wie ich schon vorher sagte, die Steiermark bei einer 1 Mio. liegt, und das ist ein Flächenbundesland, in Graz haben wir sehr wenige Quadratkilometer und sehr viele Menschen, also die Erreichbarkeit ist sehr, sehr hoch. Die ÖVP hat lange so versucht, so zu tun, also man irgendwann doch über ein solches Abkommen reden wollen würde, dann kam dieser 28. Juni, ab diesem Moment wurde von einer 1 Mio. gesprochen, und wir brauchen keine Wahlkampfkostenobergrenze. 1 Mio. in einer Stadt wie Graz, und das ist aus unserer Sicht eigentlich, trotzdem dass wir natürlich Parteienförderungsmittel und Klubförderungsmittel zur Verfügung haben und das nach Stärke ausbezahlt wird, das steht nicht dafür, wenn man sagt, ich will informieren, ich will einen kurzen Wahlkampf. Und es steht auch nicht dafür, wenn man sich anschaut, was manche Menschen, wenn wir heute vielleicht noch zu einem Supermarkt kommen oder morgen, was manche Menschen eigentlich verdienen und was dann von einer einzigen Partei in vier, fünf, sechs Wochen rausgefeuert wird, und genau so muss man es sagen. Dass die FPÖ da früher auch immer anderer Meinung war, hat der Michael Ehmann eh schon gesagt, aber der 28. Juni, ca. 16.30 Uhr, hat offenbar bei der FPÖ

eine gewisse Läuterung herbeigeführt. Ich hoffe, dass auch die ÖVP noch dieser Obergrenzenübereinkunft beitrifft, sie ist herzlich eingeladen (*Appl.*).

KO GR Mag. **Sippel**:

Danke, ich habe mir jetzt gar nicht gedacht, dass das bei diesem Thema auch noch unterhaltsam wird am späteren Nachmittag und der Karl Dreisiebner wirklich sagt, dass die Grünen bei Koalitionsverhandlungen ihre Positionen einbringen. Also mehr über den Tisch ziehen, wie sich die Grünen in Wien ziehen haben lassen, das geht ja gar nicht. Also wenn ich jetzt anfange, die Punkte auch noch aufzuzählen, wo ihr euch über den Tisch ziehen habt lassen, also dann wird es peinlich, bitten sparen wir uns das, aber danke auf jeden Fall für diesen sehr humoristischen Einwand. Graz soll durch die besten Ideen gestaltet werden, das haben wir schon vernommen und nicht durch das größte Wahlkampfbudget, ich glaube, das ist die Kernaussage des Ganzen. Und ich bin schon ein bisschen erstaunt auch über diese Formulierung, die da gewählt worden ist, dass wir jetzt irgendeine Plattform gründen sollen, wo dann die Ideen eingebracht werden im Wahlkampf. Also ich finde die größte Plattform für Ideen ist der Grazer Gemeinderat, und wenn man es gewollt hätte, hätten wir noch bis Ende dieses Jahres diese Plattform nutzen können, um Ideen einzubringen. Das wollte man halt nicht, finde ich persönlich schade, dennoch, 1 Mio. Euro, das ist kolportiert worden, das ist unendlich viel Geld, das ist auch jene Summe, die das Land im Übrigen für sich beschlossen hat, und das Land ist dann doch ein bisschen größer, also viermal so groß, was die Einwohnerzahl betrifft. Und wir sind mit 400.000 eigentlich sehr, sehr gut unterwegs. Also mir zu erklären, dass man auch als größere Partei mit einer höheren Mitgliederzahl womöglich da nicht auskommt, also das ist schon, ich weiß nicht, naja vom Wirtschaften her, geht sich das einfach aus, wenn man es will. Diese Erfahrung, glaube ich, haben wir alle gemacht. Aber nichtsdestotrotz, es ist, denke ich, ein Antrag, ein Vorstoß, um nachzudenken, vielleicht tut sich ja dann doch irgendwo etwas um diese moralische Verpflichtung, die dieser Antrag, der jetzt durchgehen wird, auch mit sich bringt, dass man sich dann doch daran haltet und dass man im Sportjahr 2021,

und das ist der letzte Satz, auch Fairplay, und zwar im finanziellen Sinn, hier an den Tag legen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

### **9.6 Änderung der Zugangsvoraussetzungen für freiwillige Sozialleistungen (GR<sup>in</sup> Claudia Schönbacher, FPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Schönbacher:**

Ich möchte mit meinem dringlichen Antrag heute ein klares Zeichen setzen, und zwar ein Zeichen im Sinne einer nachhaltigen und konsequenten Integrationsstrategie und im Sinne einer gerechten Sozialpolitik. Ich will mit drei Punkten die Zugangskriterien für unsere freiwilligen Leistungen der Stadt Graz verschärfen. Warum möchte ich das? Weil ich mir sicher bin, dass unser hart erarbeiteter Wohlstand und unser ausgezeichnetes Sozialsystem ein Magnet dafür sind, dass Menschen in unser Land kommen, um zu bleiben und weil sie unser System nicht kennen, nutzen sie es aus und tragen leider sehr oft nichts dazu bei. Ein Beispiel habe ich ja im Februar dazu schon ausgeführt, und zwar, mehr als die Hälfte aller Vollbezieher der Mindestsicherung sind Asylanten, das muss man sich leider einmal auf der Zunge zergehen lassen. In dieser Woche hat eine Tageszeitung ein Interview veröffentlicht, und zwar ein Interview von einem angesehenen Politologen und Afghanistan-Experten, und dieser wird zitiert oder diesen möchte ich hiermit zitieren, und zwar: „Eine Sprache lernen, eine Ausbildung erfahren, europäische Werte kennenlernen, das wäre eine kluge Form der Entwicklungshilfe“, und genau so sehe ich das auch. Herr Rasuly zeigt ebenfalls auf, dass unsere angebotenen Wertekurse ein Witz sind, weil sie von Migranten gelehrt werden, deren Werte ja ursprünglich andere gewesen sind, die nicht einmal besonders gut Deutsch sprechen. Deshalb ist der erste Punkt meiner Forderung auch, dass Menschen, die bei uns SozialCard-Bezieher sind, Sprachkenntnisse in Deutsch im

Niveau von B1 haben müssen, also von A2 auf B1 sich verbessern müssen. Die Sprache ist das wichtigste Bindeglied in einer Gesellschaft, weil wie wollen wir uns in einer Nachbarschaft oder im Alltag verständigen können, wenn wir nicht dieselbe Sprache sprechen, das ist quasi unmöglich, genauso wichtig ist es aber auch, dass Männer und Frauen bei uns gleich behandelt werden, egal welchen Glauben sie haben oder welche Sexualität. Und das sind schon einmal sehr verschiedene Werte, die wir haben im Gegensatz zu vielen Zugewanderten. Was auch unverständlich ist, dass bei uns immer noch so viele Fälle von Zwangsverheiratung von Minderjährigen sind. Also im Normalfall erfährt man das ja nicht, aber das ist erst kürzlich in der Zeitung gestanden und ich habe mich erkundigt, diese Zahlen sind steigend und man muss sich vorstellen, dass es so ist, dass die Mädchen selbst, wenn man in der Schule mit ihnen spricht, den Unterschied nicht kennen zwischen ihrer Kultur und ihren Werten und Gewalt, das heißt, die Betroffenen selbst muss man aufklären. Also wie sollen dann die Burschen das wissen? Sehr oft kommen auch Mütter auf mich leider zu, die Angst haben, dass ihre Töchter zwangsverheiratet werden, dass sie verschleppt werden, und wenn man dem nicht nachkommt, dass sie ermordet werden, also das ist für mich als Mutter wirklich ein Wahnsinn und für uns als Gesellschaft eine Schande, und das bestätigt das Scheitern unserer bisherigen Integrationsstrategie. Deshalb ist der zweite Punkt meiner Forderung, dass man ein Zertifikat vorweisen muss über einen abgeschlossenen Wertekurs, und zwar unter städtischer Verantwortung, über die Dauer und den Inhalt, weil es eben da so viele verschiedene Werte gibt. Dieses uns fremde Frauenbild führt leider sehr oft zu Straftaten, wie heute leider schon erwähnt, die bestialische Vergewaltigung einer 13-Jährigen und der Mord eben an Leonie, ein Mädchen, das begann, eine Frau zu werden, das in die Welt hinausgegangen ist, das etwas über das Leben kennenlernen wollte, das Schlimmste kennenlernen musste und danach auch noch sterben musste. Also das ist für mich als Mutter, und viele von ihnen sind Mütter und Väter, kaum nachvollziehbar, was man da mitmacht, deshalb ist es für mich unverständlich, dass ein negativ bescheideter Asylwerber, der eh schon straffällig geworden ist, in Wien in einer Gemeindewohnung lebt, mitten unter uns, das zeigt die naive Wohnungspolitik der SPÖ auf. Und ich muss mich bedanken, denn unser

Vizebürgermeister Mario Eustacchio hat die Richtlinien hinsichtlich verändert für die Gemeindewohnungen, dass bei uns Asylanten keinen Zugang zum städtischen Wohnbau, also zu Gemeindewohnungen, haben (*Appl.*).

Ganz schnell führe ich noch den dritten Punkt meiner Forderung an, und zwar die Vorlage eines Leumundszeugnisses zu Dokumentationszwecken, weil es schon wirklich wichtig ist, dass, wenn wir jemanden mit unserem Steuergeld unterstützen, ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.*

GR<sup>in</sup> **Schönbacher:**

... dass er sich dann auch an unsere Werte hält und dass er dann auch nicht straffällig wird (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Unser erarbeiteter Wohlstand und unser Sozialsystem sind zweifelsohne die Hauptgründe, warum so viele Migranten gerade zu uns kommen und auch bleiben wollen. Sie wollen nur davon profitieren, aber nichts dazu beitragen, weil sie unsere Systeme nicht verstehen oder dies auch nicht wollen. Ein Beispiel, über das ich bereits diesen Februar berichtet habe: Mehr als die Hälfte aller vollunterstützten Mindestsicherungs- und jetzt Sozialunterstützungsbezieher sind Asylanten. In einem in dieser Woche in einer Tageszeitung veröffentlichten Interview mit dem Politologen und Afghanistan-Experten Sarajuddin Rasuly wird dieser zitiert: „Eine Sprache lernen, eine Ausbildung erfahren, europäische Werte kennenlernen, das wäre eine kluge Form der Entwicklungshilfe.“ Herr Rasuly zeigt ebenfalls auf, dass unsere angebotenen Wertekurse ein Witz sind, nur ein paar Stunden dauern und von Migranten geleitet werden, die nicht gut Deutsch sprechen. Das wichtigste Bindeglied in einer Gesellschaft ist die gemeinsame Sprache. Genauso wichtig ist, dass wir einander gleich behandeln,*

*Männer und Frauen, egal welchen Glauben jemand hat oder welche Sexualität. Dass bei uns Zwangsverheiratung Minderjähriger noch immer vorkommt, ist eigentlich kaum zu glauben. Obwohl es bei uns strafbar ist, wird die Zwangsehe oft nicht angezeigt. Mädchen kennen den Unterschied zwischen ihrer Kultur und Gewalt überhaupt nicht. Mütter haben Angst, dass ihre Töchter verschleppt, zwangsverheiratet oder sogar ermordet werden. Das ist eine Schande und bestätigt das Scheitern der bisherigen Integrationsstrategie. Dieses uns fremde Frauenbild führt dann zu Straftaten, wie der bestialischen Vergewaltigung und dem entsetzlichen Mord an der 13-jährigen Leonie. Dass ein mit negativem Bescheid und bereits straffällig gewordener Asylwerber in einer Wiener Gemeindewohnung lebt, zeigt uns, wie naiv die Wohnungspolitik der SPÖ in Wien ist. Dank unseres Vizebürgermeisters Mario Eustacchio, der die Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen in Graz geändert hat, haben Asylanten bei uns jedoch keinen Zugang zum städtischen Wohnbau. Immer mehr Kriminalfälle gegen unser freies Leben und gegen Frauen beweisen die gescheiterte Integrationspolitik von ÖVP, SPÖ und der Grünen. Die Aslan-Studie zeigt uns, dass wir für eine überwiegende Anzahl der Flüchtlinge kein Vorbild sind, sondern schwach. Unsere Gesellschaft ist für viele verwerflich.*

*Damit sich die Situation ändert, müssen wir den sozialen Druck erhöhen und die klaren Vorgaben auch konsequent exekutieren. Wir haben Gesetze, die von jedem einzuhalten sind. Wer sich nicht daran hält, hat auch seine Rechte verwirkt. Wir haben in Graz nicht die Kompetenz, die Zuwanderungspolitik zu regeln, aber wir können sehr wohl festlegen, wer Anspruch auf unsere freiwilligen sozialen Geldleistungen hat. Unser Beitrag für ein geordnetes Zusammenleben sollte sein, ein entsprechendes Integrationspaket für Sozialleistungen auf den Weg zu bringen.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Die Stadt Graz setzt ein klares Zeichen im Sinne einer nachhaltigen und konsequenten Integrationsstrategie und im Sinne einer gerechteren Sozialpolitik. Folgende Punkte werden, wenn sie als Kriterium für die Zuerkennung von freiwilligen Sozialleistungen bereits bestehen, verschärft:*

- *nachgewiesene Sprachkenntnisse in Deutsch auf dem Niveau B1*
- *einen mit Zertifikat abgeschlossenen Wertekurs unter städtischer Verantwortung über Dauer und Inhalt*
- *die Vorlage eines Leumundszeugnisses zu Dokumentationszwecken*

**GR<sup>in</sup> Schönbacher: (Schlusswort zur Dringlichkeit)**

Ja, das Thema ist so umfangreich, dass ich vorher nicht fertig geworden bin, deswegen habe ich mir noch einen Teil für das Schlusswort aufgehoben. Und zwar, immer mehr Kriminalfälle gegen unser freies Leben und gegen uns Frauen beweisen einfach die gescheiterte Integrationspolitik von ÖVP, SPÖ und den Grünen. Weil wenn ich darüber nachdenke, dass eine Frau, die ihren Mann verlassen hat, mit Benzin übergossen wird und dann angezündet wird, das heißt, den schlimmsten und schmerzhaftesten Tod sterben muss, dann kann das wohl nicht sein, dass so etwas bei uns zur Regel wird. Ich weiß, das entspricht nicht Ihren Weltanschauungen, aber irgendwie finde ich, Sie sollten sich zukünftig einfach der Realität nicht verweigern und einfach die Augen aufmachen und da auch ein bisschen umdenken, weil wie es heute die SPÖ schon erwähnt hat, spät eingesehen, ist trotzdem eingesehen. Die Aslan-Studie zeigt uns auch, dass die überwiegende Anzahl an Flüchtlingen unsere Gesellschaft nicht als Vorbild sieht, ganz im Gegenteil, sie meinen, wir sind schwach und verhalten uns verwerflich. Damit sich diese Situation ändert, müssen wir einfach den sozialen Druck erhöhen und die klaren Vorgaben auch konsequent exekutieren, das ist in der Erziehung so und genauso ist es in der Integration. Wir haben Gesetze, die von jedem einzuhalten sind, von uns und auch von allen anderen, die bei uns leben. Wer sich nicht daran hält, hat auch das Recht auf Unterstützungen verwirkt (*Appl.*).

Wir haben zwar in Graz eben nicht die Kompetenz, eine Zuwanderungspolitik zu verändern oder diverse Sozialausgaben, aber wir haben die Möglichkeit unsere freiwilligen sozialen Leistungen, also die SozialCard, die Leistungen der SozialCard zu regeln, und deshalb ist unser Beitrag einfach für ein besseres Zusammenleben, muss einfach sein, dass wir das Integrationssystem dementsprechend schnüren und dass unsere Sozialleistungen dann auf einem fairen und sicheren Weg abgegolten werden. Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

**9.7 Sitzen, verweilen, plaudern – Bekenntnis des Gemeinderats zu Parklets als konsumfreie Orte der Kommunikation  
(KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

KO GR **Dreisiebner**:

Werter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Ich befasse mich mit der Möglichkeit, in unserer Stadt sitzen zu können, verweilen zu können, sich zum Plaudern zu treffen, so wie man das halt auch gerne einmal macht, wenn man unterwegs ist, und zwar geht es um Parklets als Orte konsumfreier Kommunikation. Wir wissen, Graz ist eine sehr lebenswerte Stadt, hat viele Bereiche, wo wir ausreichend Grünräume haben, wo wir gleich einmal ums Eck uns irgendwo treffen können. Es gibt aber auch Stadtteile und Straßenzüge, da ist das weniger der Fall. Und aufgrund der Tatsache, dass Graz eine schon doch altgebaute Stadt ist, die Straßenquerschnitten oftmals sehr gering sind, der Autoverkehr natürlich seinen Platz einfordert, auch das Parken des Autos. So fallen Gehsteige, Gehwege, diese ganzen Bereiche, wo man sich einmal kurz hinstellen kann, oftmals sehr eng aus, zu eng, um z.B. Sitzbänke aufzustellen unter einen Baum oder einem anderen netten Eck, und so fehlen in vielen Straßenbereichen und Grätzeln solche Möglichkeiten zur Rast, zum Verweilen und um auch einmal mit einer bekannten Person zu reden, die

man zufällig trifft. Insbesondere ist die Möglichkeit, sich hinzusetzen, nach ein paar 100 Metern, und das über die Stadt hinweg, sehr, sehr wichtig für Eltern mit kleinen Kindern, weil die halt was brauchen, weil halt gerade das Schuhband offen ist oder sonst irgendwas. Und die ältere Generation, die älteren und alten Menschen die gehen einfach nicht hunderte Meter, die brauchen einmal irgendwo eine Möglichkeit, sich auszurasen, und das sind auch die Menschen, die nicht ins Auto einsteigen, die vielleicht mehr in ihrem eigenen Nahumfeld unterwegs sind, dort auf den Markt gehen, den Arzt besuchen oder Ähnliches mehr. Und um das selbstständig noch schaffen zu können, gut schaffen zu können, zu Fuß schaffen zu können, wäre das wichtig. Wir wissen, dass in unserer Systematik auf den Verkehrsflächen über 90 % der Flächen dem Auto zum Fahren und zum Parken vorbehalten sind, und der Rest, von Hausmauer zu Hausmauer, oft eben nicht einmal 80 bis 90 cm Breite, ist ein Gehsteig und vielleicht noch ein Gehsteig, manchmal auch eine Radfahranlage. Das muss nicht so sein, das war nicht immer so, muss nicht immer so bleiben, aber es ist einmal Faktum. Und wir bekennen uns zwar immer wieder zur sanften Mobilität, zur Förderung von Zufußgehen, Radfahren, Öffi-Nutzung, aber wir bleiben mit den Taten oftmals ein Stück weit zurück, und da wäre die Idee, so wie es z.B. Wien vormacht, Parklets in den Sommermonaten, etwa zwischen Ostern und Ende Oktober, anzubieten in solchen Straßenzügen, wo man sich hinsetzen kann, wo man einen Tratsch halten kann, wo die Kinder einmal abrasten können oder auch älter Menschen eine kleine Pause einlegen können. Die man dann natürlich auch begrünen kann mit Hochbeeten, Pflanzen, etc. Vielleicht habt ihr das schon gesehen, in der Zinzendorfgasse sind jetzt im Rahmen des Designmonats, City of Design, Styria, temporäre Parklets aufgestellt, die werden im Parkplatzbereich aufgestellt und bieten den Menschen diese Treffmöglichkeit an. Das wäre das Ziel, dass in Graz flächendeckender, häufiger und in Kommunikation mit Bezirksräten, mit AktivbürgerInnen, mit Stadtteilzentren usw., auch und dauerhaft in der warmen Jahreszeit anzubieten. Wir sind jetzt in der Verlängerung des Kulturjahres 2020, das sich der Frage stellt, der Herr Kulturstadtrat ist leider nicht zugegen, weil es ja noch andauert, wie wir leben wollen. Es sind sehr viele stadtplanerische und stadträumliche Interventionen Teil dieses Programmes, so eben

auch diese Parklets, Agoras, wie etwa am Lendplatz, am Marienplatz, und um das geht es, konsumfreies Verweilen, konsumfreies Treffen im öffentlichen Raum oder einfach nur einmal hinsetzen, weil man halt mit der schweren Tasche mal nicht noch 300 bis 400 Meter weitergehen kann. Das in Kommunikation und Beteiligung mit den BürgerInnen, mit den genannten Bezirksratsparlamenten zu machen, wäre der Sinn und das Ziel meines dringlichen Antrages, der sagt:

1. Der Gemeinderat bekennt sich dazu, den GrazerInnen möglichst unbürokratisch zusätzliche Sitzgelegenheiten und Kommunikationsräume im öffentlichen Raum und insbesondere im Straßenraum anzubieten. Diese zusätzlichen Verweilmöglichkeiten namens Parklets sollen insbesondere in Straßen mit fehlenden Sitzmöglichkeiten und mit geringen Gehsteigbreiten während der wärmeren Jahreszeit auf Straßenparkplätzen zur Aufstellung gelangen.
2. Für die Auswahl der Standorte für Parklets sollen sich die zuständigen Abteilungen sowohl mit den Bezirksratsgremien, Nachbarschafts- und Grätzlinitiative und Vertretungen der lokalen Gewerbetreibenden abstimmen.
3. Der Gemeinderat ersucht Verkehrsstadträtin Elke Kahr, für den nächsten Termin des Ausschusses für Verkehr am 15. September 2021 einen Tagesordnungspunkt „Parklets für Graz“ vorzusehen und dazu die InitiatorInnen der temporären Projekte in der Zinzendorfgasse und am Lendplatz für Input und fachlichen Austausch in den Ausschuss einzuladen.

Ich ersuche um breite Annahme. Danke (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Graz ist lebenswert und bietet in vielen Stadtteilen Parks und Plätze an, wo man gemütlich sitzen, verschnauften oder tratschen kann. Wir wissen aber auch, dass es Quartiere, Grätzl und Ecken in unserer Stadt gibt, wo innerhalb von 10 Gehminuten weder ein Park noch ein verkehrsberuhigter Platz und auch kein Sitzbankerl zu*

erreichen ist. Die GrazerInnen sind mehrheitlich zu Fuß, mit Öffis oder mit dem Fahrrad unterwegs und wollen oder müssen oftmals eine kurze Rast machen. Oder man trifft jemanden, mit dem man sich nach der langen Zeit des Social Distancings wieder gemütlich austauschen will. Nicht immer bietet sich dafür ein Café an, nicht immer ist eine Möglichkeit im öffentlichen Raum in der Nähe. Dazu kommt – und das wissen insbesondere Eltern von kleinen Kindern – dass kurze Pausen wichtig sind, wenn man gemeinsam in der Stadt unterwegs ist. Ebenso wissen wir, dass für ältere Menschen die Möglichkeit für eine kurze Rast darüber entscheiden kann, ob eine Erledigung oder der Gang zur Ärztin noch selbständig gemacht werden können. Auf den oftmals recht engen Gehsteigen gibt es einfach keine Möglichkeit, Sitzbänke aufzustellen. Damit fehlen aber diese willkommenen und auch notwendigen Rast- und Verweilmöglichkeiten in vielen Bereichen unserer Stadt. Es sei denn, wir denken darüber nach, den Straßenraum anders als bisher aufzuteilen. Mehr als 90 % der Straßenräume zwischen der Hausmauer links und der Hausmauer rechts sind derzeit dem Autoverkehr zum Fahren und zum Parken vorbehalten. Die Restflächen – also weniger als 10 % dieser Verkehrsfläche namens Straßenraum – dürfen, oder besser müssen, sich FußgängerInnen und dort, wo eine eigene Infrastruktur vorhanden ist, die RadfahrerInnen teilen. Nun könnte man sagen, dass das schon immer so war und daher auch so bleiben muss. Das sollten wir aber aus zumindest drei Gründen nicht tun. Erstens war es nicht immer so, dass 90 % der Straßenflächen dem Auto gehörten, sondern dies wurde erst mit der sogenannten Vollmotorisierung der Städte ab der Mitte des 20. Jahrhunderts so. Zweitens hat sich der Gemeinderat der Stadt Graz in den letzten 15 Jahren oftmals zur Förderung der Sanften Mobilität – also des zu Fußgehens, des Radfahrens und zur Nutzung des ÖV – bekannt und sich dafür auch herausfordernde Ziele gesetzt. Und drittens zeigen uns andere Städte, dass der viele Platz für das Auto auch wieder neu verhandelt und Schritt für Schritt reduziert werden kann. So zu sehen in Paris, in Ljubljana oder auch in Wien. Gerade Wien macht mit den sogenannten Parklets in vielen Straßen etwas vor, das sich Graz als Beispiel nehmen sollte. In Abstimmung mit der Bevölkerung, den ansässigen Betrieben und den Bezirksräten werden dort in immer mehr Straßenzügen einige Parkplätze in der

wärmeren Jahreszeit aufgelassen und ansprechend gestaltete Sitzmöglichkeiten installiert. In jedem Fall sind die Wiener Parklets über mehrere Jahre wiederverwendbar, zumeist sind sie aus Holz, manche stellen auch einen gewissen künstlerischen Anspruch oder zeichnen sich durch gute Usability und ansprechendes Design aus. Und immer werden Parklets mit lebendem Grün – Hochbeete, Kübelpflanzen, etc. – ausgestattet, nicht selten werden sie von MitarbeiterInnen von Arbeitsmarktprojekten hergestellt sowie auf- und abgebaut. Im heurigen Designmonat haben die Creative Industries Styria (CIS) in der Zinzendorfsgasse den temporären Versuch gestartet, mittels Parklets den öffentlichen Raum neu, bequemer, kommunikativer und den Bedürfnissen der Menschen folgend zu gestalten. Nicht nur ich meine, dass dieser Versuch sehr gelungen ist. Es gibt in der Zinzendorfsgasse kaum Stimmen, die sich gegen die Parklets der CIS aussprechen. Die meisten UnternehmerInnen und AnwohnerInnen möchten die Parklets auch nächstes Jahr wieder in 'ihrer' Straße haben. Das gilt auch für andere Stadtteile und Plätze, wo im Rahmen des Kulturjahres sogenannte „Inseln des Verweilens“ in Form von Parklets oder Agoras geschaffen wurden. Das Kulturjahr 2020 geht mit seinen unterschiedlichsten Projekten der Frage „Wie wir leben wollen“ nach. Die neu geschaffenen Plätze der Kommunikation und des Austausches und deren vielfältige Nutzung durch die GrazerInnen zeigen uns, dass dieses Vorhaben ganz ausgezeichnet gelingt. Nehmen wir also diese Erfahrungen aus dem Kulturjahr mit und übertragen sie in dauerhafte Lösungen für eine urbane Zukunft. Aus temporären und einjährigen Interventionen für das entspannte Sitzen und für das konsumfreie Verweilen im öffentlichen Raum sollten wir daher ein dauerhaftes Angebot für die GrazerInnen machen. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat bekennt sich dazu, den GrazerInnen möglichst unbürokratisch zusätzliche Sitzgelegenheiten und Kommunikationsräume im öffentlichen Raum und insbesondere im Straßenraum anzubieten. Diese zusätzlichen

*Verweilmöglichkeiten namens Parklets sollen insbesondere in Straßen mit fehlenden Sitzmöglichkeiten und mit geringen Gehsteigbreiten während der wärmeren Jahreszeit auf Straßenparkplätzen zur Aufstellung gelangen.*

- 2. Für die Auswahl der Standorte für Parklets sollen sich die zuständigen Abteilungen sowohl mit den Bezirksratsgremien als auch mit Nachbarschafts- und Grätzliniativen und Vertretungen der lokalen Gewerbetreibenden abstimmen.*
- 3. Der Gemeinderat ersucht Verkehrsstadträtin Elke Kahr, für den nächsten Termin des Ausschusses für Verkehr am 15. September 2021 einen Tagesordnungspunkt „Parklets für Graz“ vorzusehen und dazu die InitiatorInnen der temporären Projekte in der Zinzendorfsgasse und am Lendplatz für Input und fachlichen Austausch in den Ausschuss einzuladen.*

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller, das, was du da forderst, Klubobmann Dreisiebner, das ist eine reine Parkraumverknappung, nicht mehr und nicht weniger. Von der Minister Gewessler, vom Bund herab bis zur Stadt herunter, wollt ihr den Autofahrer besteuern, bestrafen und einschränken. Jetzt habt ihr die Verkehrsinfrastruktur entdeckt, jetzt sollen auf einmal Verkehrsflächen ihrem Zweck entfremdet werden. Parkplätze, die ja natürlich für Fahrzeuge gebaut wurden, sollen auf einmal ganz anders verwendet werden. Wir haben uns auch diese temporären Parklets angeschaut, z.B. in der Zinzendorfsgasse, die werden kaum angenommen. Ist ja ganz logisch jetzt im Sommer: Wer setzt sich bei dieser Hitze auf einen Parkplatz? Das ist weltfremd. Andere Parteien können diese und deine autofeindlichen Initiativen gerne unterstützen, die FPÖ hält von diesem Vorschlag nichts (*Appl.*).

KO GR **Dreisiebner**:

Nachdem ich natürlich im Vorfeld schon das eine oder andere gehört habe, Gespräche gesucht habe, gehe ich einmal davon aus, dass der Gemeinderat der Stadt Graz sich in seinen Zielen immer wieder zu Größerem, manchmal sogar zu Großartigem, bekennt, man will den Modal Split ändern, man will in dieser Stadt Lebensqualität steigern, man will die städtebaulichen Strukturen entsprechend menschenfreundlicher machen, mit mehr Grün, mehr Platz zum Radfahren, mehr Platz zum Zufußgehen, hoff ich auch. Und es wurde auch schon des Öfteren über solche Möglichkeiten wie Bankerl und Ähnliches mehr gesprochen. Wenn es dann aber wirklich darum geht, dass man darüber redet, in dieser Stadt vielleicht in den ersten sechs dichter verbauten Bezirken sagen wir insgesamt 20 solcher Anlagen, Parklets zu machen, dann haben die meisten Parteien öffentlich gar keine Meinung dazu, ausgenommen FPÖ, wobei, die hat mich nicht überrascht, sondern das habe ich eh so erwartet. Und vor allem, offenbar will man dem nicht zustimmen. Wenn wir uns weiter nur dazu bekennen, Ziele zu formulieren, ob sie im Stadtentwicklungskonzept stehen, ob sie in den Verkehrsleitlinien und -zielen stehen, und in der Umsetzung dann davon reden, dass wir Parkraum verknappen, Parkraum vernichten oder was auch immer da oftmals an Worten fällt, und nicht bedenken, dass in einer Umgebung, in einem Biotop gebaute Stadt der Raum einfach knapp ist und mehrere Funktionen erfüllen muss. Und wenn ich dem einen etwas mehr geben will, und davon reden wir ja immer in unseren Zielen, die von allen Parteien mitgetragen werden, alle Parteien tragen das mit, wir wollen den Radverkehrsanteil steigern, wir wollen den ÖV-Anteil steigern, wir wollen, dass mehr zu Fuß gegangen wird, aber wenn es an die Maßnahmen geht, dann darf man dieses System, dass der begrenzte Raum einfach nur dann anders funktioniert, wenn ich dem einen etwas gebe, was ich logischerweise in geringem Ausmaß, in geringstem Ausmaß, Kollege Lohr, anderen wegnehmen muss, wenn ich zwei Parkplätze in einer Straße streiche, habe ich ein Parklet. Und wenn man das quasi zur politisch-ideologischen Kampfzone erklärt, dann weiß ich, zumindest bei euch überrascht es mich nicht, bei den anderen überrascht mich, dass man dazu kein Wort findet, dass die Frau Verkehrsstadträtin kein Wort findet, aber gut, nehmen wir es zur Kenntnis, offenbar ist das derzeit in Graz nicht mehrheitsfähig. Dankeschön.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Herr Klubobmann, bitte zum Ende kommen.*

**KO GR Dreisiebner:**

Ich habe dankeschön gesagt.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Passt, wunderbar.*

**KO GR Dreisiebner:**

Ich sage noch einmal dankeschön, dass ich auch dankeschön sagen durfte (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.8    Betreff: Hitzeaktionsplan für Graz zum Schutz der Gesundheit von besonders betroffenen Personengruppen  
          (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Wir erleben es gerade, nicht hier im Gemeinderatssitzungssaal, aber alle, die draußen sind, es ist heiß und deshalb glaube ich auch, und meine Fraktion, dass es für Graz dringend einen Hitzeaktionsplan braucht. Der Klimawandel schreitet voran. Graz beginnt auch mit Maßnahmen gegen den Klimawandel, Graz möchte Klimainnovationsstadt werden, das ist alles sehr

begrüßenswert, aber wir müssen uns auch dringend mit den Auswirkungen für die Grazerinnen und Grazer beschäftigen. Wir wissen, der heurige Juni war mit sieben Hitzetagen gleich heiß wie der Rekord-Juni 2002. Laut ZAMG ist es so, dass das der drittwärmste Juni in Österreich war und der zweitsonnigste Juni und der zehnttrockenste. Das sind wirklich alarmierende Zahlen. Auch die Warnstufe des Steirischen Hitzeschutzplanes wurde aktiviert, und, wie wir jetzt merken, ist es wieder heiß und es steht uns wahrscheinlich ein Hitzesommer bevor. Seit 2013 gibt es in Österreich durchschnittlich 500 Hitzetote. Und wir müssen wirklich schauen, dass wir die massiven gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen gerade auf die Schwächsten in unsere Gesellschaft, auf Säuglinge, auf Kinder, auf Schwangere, auf Ältere, auf chronisch Kranke, Wohnungslose, weniger mobile Menschen, und Menschen mit Behinderung hintanhalten. Das heißt, wir brauchen einen Hitzeaktionsplan mit Akutmaßnahmen. Der Steirische Hitzeschutzplan stellt sehr schön die gesundheitlichen Auswirkungen dar und er schlägt auch eine Reihe von Maßnahmen vor, und auch die WHO regt an, dass man Strategiepläne und Maßnahmenpakete entwickelt, um bestmöglich die Bevölkerung auf Hitzebelastungstage vorzubereiten. Auf der Website der Stadt Graz finden wir einige Tipps, wie wir uns verhalten sollten, wenn es so heiß ist, aber ich glaube, es braucht mehr. Es braucht konkrete Maßnahmen, und wir haben uns einen Hitzeaktionsplan oder wir haben uns einige Ideen für so einen Hitzeaktionsplan überlegt. Man könnte z.B. Fast Lanes für Schwangere, für Familien mit Kleinkindern, für Ältere, für Menschen mit Behinderung überall dort einrichten, wo es lange Warteschlangen gibt, man könnte Gratis Eintritt für diese Personengruppen zu Freibädern zur Verfügung stellen, man könnte Wartezonen beschatten, man könnte zusätzliche Sitzgelegenheiten an schattigen Orten einrichten, Kinderspielplätze beschatten, man könnte eine Hitzehotline einrichten, um gerade älteren Menschen zu helfen, ins Grüne zu kommen, auch eventuell verbunden mit einem Abholservice. Man können eine Initiative starten „Coole Betriebe“ in Kooperation mit Geschäften, in Kooperation mit Gastrobetrieben, die dann einfach die Möglichkeit bieten, dass man sich dort hinsetzt, dort ein Glas Wasser bekommt konsumfrei, und ein Aufkleber könnte ab Eingang auf diese Aktion aufmerksam machen. Man könnte Notquartiere für

Wohnungslose auch an Hitzetagen öffnen, weil Hitze ist genauso gefährdend, bedrohlich wie extreme Kälte, und man könnte zielgruppenspezifische Bewusstseinskampagnen zum Schutz vor Hitze, z.B. in Kooperation mit FrauenärztInnen und KinderärztInnen, starten. Ich glaube, ich habe einiges dargestellt, was man alles machen könnte, was man akut machen sollte, und daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

**dringlichen Antrag:**

Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer wird ersucht, unter Berücksichtigung der genannten Ideen und unter Einbeziehung der für das Thema relevanten Stadtsenatsmitglieder und Ressorts (z.B. Beteiligungen, Soziales, Umwelt, Wirtschaft) umgehend einen Hitzeaktionsplan für Graz zu entwickeln und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten mit der Umsetzung eines Akut-Maßnahmenpakets zu starten. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Der Klimawandel schreitet in Österreich und auch in Graz voran. Deshalb ist das Ziel der Stadt Graz, den Klimawandel einzudämmen und „Klimainnovationsstadt“ – mit allen damit verbundenen Maßnahmen – werden zu wollen, äußerst begrüßenswert! Die Entwicklung ist allerdings besorgniserregend. So wurde an der Wetterstation der Universität Graz laut der Zentralanstalt für Meteorologie (ZAMG) im Juni des heurigen Jahres mit sieben Hitzetagen der gleiche Wert wie im Rekord-Juni 2002 erreicht. In ihrer Monatsbilanz spricht die ZAMG für Österreich vom „drittwärmsten (2,4 Grad über dem langjährigen Mittel) und zweitsonnigsten Juni der Messgeschichte und einem der zehn trockensten“. Die Warnstufe des Steirischen Hitzeschutzplans wurde bereits im Juni in Kraft gesetzt, konnte aber am 1. Juli wieder aufgehoben werden. Aber der Hitzesommer steht uns höchstwahrscheinlich noch bevor! Seit 2013 gibt es im Durchschnitt 500 Hitzetote im Jahr in Österreich. Deshalb müssen wir parallel zu den*

*Klimaschutzmaßnahmen auch für die Hitzetage vorsorgen, denn die Hitze hat – besonders in urbanen Räumen – immense gesundheitliche und soziale Auswirkungen. Am schwersten trifft es die Schwächsten in unserer Gesellschaft: Säuglinge, Kinder, Schwangere, Ältere, chronisch Kranke, Wohnungslose, weniger mobile Menschen und Menschen mit Behinderungen. Für sie brauchen wir einen Hitzeaktionsplan mit Akutmaßnahmen!*

*Der Steirische Hitzeschutzplan bietet eine sehr gute Übersicht über die massiven gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzewellen im urbanen Raum und schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor u.a. die Entwicklung von Beschattungskonzepten und die Kühlung öffentlicher Einrichtungen. Weiters wird im Hitzeschutzplan auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hingewiesen, die „die Entwicklung von Strategien, Plänen und Maßnahmenpaketen zum Zwecke der bestmöglichen Einstellung der Bevölkerung auf Hitzebelastungstage und des effektiven Handlings von Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), die durch das Auftreten von Hitzewellen entstehen“ empfiehlt. Auf der Website der Stadt Graz finden sich Tipps zum richtigen Verhalten an Hitzetagen. Es wäre jedoch wünschenswert, diese Tipps um konkrete Maßnahmen der Stadt Graz zur Unterstützung von besonders gefährdeten Personengruppen zu erweitern. Ein Hitzeaktionsplan für Graz könnte z.B. folgende Akut-Maßnahmen enthalten:*

- 1.) An Hitzetagen sogenannte „Fast Lanes“ für Schwangere, Familien mit Kleinkindern, Ältere, Menschen mit Behinderung überall dort einrichten, wo sich lange Warteschlangen im Freien bilden können.*
- 2.) Gratis Eintritte zu Freibädern für die genannten Gruppen*
- 3.) Beschattung von Wartezonen vor öffentlichen Einrichtungen und auf Hitzehotspots, wie z.B. dem Jakominiplatz*
- 4.) Errichtung zusätzlicher Sitzgelegenheiten an schattigen Orten in den Parks, Beschattung von Kindersandkisten*
- 5.) Einrichtung einer städtischen Hitzehotline mit Abholservice insbesondere für ältere Menschen, um ins Grüne zu kommen*

- 6.) *Kühlung von öffentlichen Räumen, die Menschen im Alltag frequentieren und Schaffung der Möglichkeit, an Hitzetagen tagsüber kühle Räume für den Aufenthalt nutzen zu können*
- 7.) *Coole Betriebe – Aktion mit Innenstadt-Gastro- und Geschäften: Mit Innenstadt-Betrieben könnte eine Vereinbarung getroffen werden, dass besonders von der Hitze belastete Personen wie Ältere, Schwangere, beeinträchtigte Menschen, Personen mit Kleinkindern sich bei Bedarf ohne Konsum kurz hinsetzen und ein Glas Wasser trinken können. Ein Aufkleber am Eingang könnte auf dieses Angebot aufmerksam machen.*
- 8.) *Öffnung von Notquartieren für Wohnungslose an Hitzetagen, denn extreme Hitze ist genauso bedrohlich wie extreme Kälte.*
- 9.) *Zielgruppenspezifische Bewusstseinskampagnen zum Thema Schutz vor Hitze, z.B. in Kooperation mit FrauenärztInnen und KinderärztInnen*

*Damit besonders betroffenen Personen möglichst schnell geholfen werden kann, stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

*Gesundheitsstadtrat Mag. Robert Krotzer wird ersucht, unter Berücksichtigung der genannten Ideen und unter Einbeziehung der für das Thema relevanten Stadtsenatsmitglieder und Ressorts (z.B. Beteiligungen, Soziales, Umwelt, Wirtschaft) umgehend einen Hitzeaktionsplan für Graz zu entwickeln und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten mit der Umsetzung eines Akut-Maßnahmenpakets zu starten.*

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Als ich das gelesen habe, habe ich mir gedacht, gut Idee, eigentlich nicht schlecht der Hitzeaktionsplan, sehr zeitgemäß, kommt in der Jahreszeit, alle verspüren die Hitze, das war der erste Gedankengang. Der zweite, da habe ich mir dann gedacht: Was ist das? Was fehlt uns, warum haben wir so eine Hitze in der Stadt? Dann bin ich ein bisschen auf die Recherche gegangen, es gibt einen Hitzeaktionsplan das Landes, den gibt es schon seit mehreren Jahren, ich glaube seit 2016/2018. Und dann gibt es auch Forschungsprojekte dazu, die heißen Sommertage in den urbanen Räumen zu minimieren, weil es ist ja nicht so ganz einfach, die Hitze zu minimieren. In den städtischen Gebieten haben wir die dichte Verbauung, die Versiegelung, das Fehlen von Begrünungselementen, schlecht oder mangelhaft ausgebaute Frischluftschneisen usw., dann kommt es zu den Urban-Heat-Islands, den Hitzeinseln, die wir alle kennen. Wir wollen das nicht. Wir sind am Abend zuhause, es ist warm, wir schwitzen beim Schlafengehen usw. Das Ganze wieder zu beseitigen, ist finanziell recht aufwendig, weil wir die aktive Kühlung ja brauchen draußen vor Ort, das ist schon wichtig. Und dann habe ich mir gedacht, ja, ist ein gutes Thema, schwer umzusetzen. Um im dritten Gedankengang habe ich mir dann gedacht, jetzt gehen wir noch ein Stück weiter und wir machen es zum Gesundheitsthema, und dann habe ich mir gedacht: Jessas Maria, irgendwie glaube ich, ihr Grünen stellt ja die Umweltstadträtin, die ja eigentlich für das Klima, für die ganze Infrastruktur und das hier zuständig wäre aufzuzeigen, und jetzt wird das Ganze rübergeschoben zur KPÖ. Dann habe ich mir gedacht, irgendwie Themenverfehlung, wichtiges Thema, aber ganz ehrlich, liebe Frau Kollegin, vor allem, wenn ihr das Umweltressort habt in der Stadt und noch dazu die Umweltministerin stellt, hätte ich mir dazu jetzt etwas anderes gedacht, dass ihr das nicht von euch schiebt, sondern die Verantwortung wahrnimmt. Ja, es ist ein dringliches Thema, die politische Vorgehensweise wird nicht goutiert. Dankeschön (*Appl.*).

Werter Stadtsenat, werter Vorsitzender, werte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Antragstellerin, liebe Andrea. Ich sage trotzdem danke für diesen Antrag. Hitze ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bin vielleicht auch schon ein bisschen von der Hitze gezeichnet. Aber der heutige Tag zeigt es einmal mehr, dass Hitze ein ganz wichtiges Thema ist, insbesondere in unserer Stadt ist. Wir haben, du hast es auch kurz angesprochen, auf der Homepage der Stadt Graz auch Tipps gegen Hitze, das ist gut, dass das auf der Homepage ist. Dort lesen es nur nicht alle Leute, deswegen werden wir demnächst auch Fächer bekommen, mit denen wir direkt auch zu den Menschen hingehen, wo eben auch diese Tipps gegen Hitze oben sind. Das sind Dinge, die, glaube ich, eh allen einleuchten, im Schatten zu bleiben und viel Wasser zu trinken, körperliche Anstrengungen zu vermeiden, aber auch Dinge, die man vielleicht noch stärker ins Bewusstsein rücken muss, dass man insbesondere auch auf ältere Mitbürgerinnen und Mitbürgerschaue: Wie geht es denen in der Zeit? Oder natürlich, ganz, ganz wichtig, auch die Bewusstseinschaffung, dass parkende Autos ein absolutes No-Go sind, in der Zeit dort Tiere zu hinterlassen oder mitunter sogar Kinder dort zurücklassen. Das Thema Hitze ist eines, das sehr umfassend ist, das, ich sage es ganz offen, der Gesundheitsstadtrat nicht alleine lösen kann, obgleich es natürlich auch ein gesundheitliches Thema ist. Weil es aber ein so breites Thema ist, hat es auch von unserer Fraktion sehr viele Initiativen in diese Richtungen in all diesen Jahren schon gegeben. Ich darf insbesondere auch die von meiner Kollegin, der Elke Heinrichs, schon vor fünf Jahren geforderte, viele stärker notwendige Beschattung des Jakominiplatzes hinweisen. Es hat hier ja auch dann Ideen gegeben für Segel; wie ich vernommen habe, ist diese Idee jetzt leider wieder vom Bürgermeister ad acta gelegt worden. Ich glaube, das wäre auch ein Punkt. Elke Heinrichs hat den Begriff des „Bratpfandls“ Jakominiplatz geprägt, wenn man da an Tagen wie heute drüber geht kann man das sehr gut nachempfinden, was hier dran ist an diesem Begriff. Aber wir werden, wie gesagt, viele von diesen Ideen, die da mitunter auch drinnen sind, wo wir konkret in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes etwas machen können, aufgreifen. Wie ich vernommen habe, gibt es auch einen Abänderungsantrag der ÖVP dazu, auch das würde ich sehen, weil es eben so eine Querschnittsmaterie ist, also wenn es um

Themen geht wie günstigere Bäderpreise, Fast Lanes für ältere Personen, für Frauen mit Kindern etc., ist sicher etwas, was wir in der Stadt breiter denken müssen. Dort, wo ich zuständig sein darf, werden wir dieses Thema weiterbearbeiten, und in allen anderen Bereichen hoffe ich auf möglichst ressortübergreifende Zusammenarbeit, dass wir hier mehr Akzente setzen können zum Schutz der Grazerinnen und Grazer auch bei Hitze. Dankeschön (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR Stöckler:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Danke, Andrea, für diesen wichtigen Antrag. Ich glaube, es ist ein Punkt, das wurde ja schon erwähnt, wo wir wirklich genauer hinschauen müssen, und es wurde auch weiter erwähnt, dass die Hitze in den Städten, das trifft ja nicht nur Graz, das trifft ja viele, viele Städte, dass man sich vielleicht auch ein wenig an dem Umgang der südländischen Städte mit der Hitze orientieren soll. Und weiters wurde auch ausgeführt, dass es sich in dem Fall, das 9-Punkte-Programm hast du angesprochen, um eine sehr starke Querschnittsmaterie handelt, und deswegen würden wir von Seiten des ÖVP-Clubs, und ich habe gehört, dass ihr auch zustimmen werdet, was wir dankbar annehmen, einen Abänderungsantrag stellen, damit das Ganze zentral gesteuert werden kann, damit man genau hinschaut, wie man in Zukunft damit umgeht und das nicht nur im Gesundheitsamt lässt bzw. im Umweltamt auch, sondern dass man das an zentraler Stelle zusammenfasst und dass wir dann die entscheidenden Schlüsse daraus ziehen können und viele aus dem 9-Punkte-Programm vielleicht umsetzen kann. Also wir stellen seitens des ÖVP-Clubs den Antrag:

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich den

**Abänderungsantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Folgendes beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, unter der Leitung des Magistratsdirektors die im gegenständlichen dringlichen Antrag angeführten Problemlagen und Maßnahmen dahingehend zu überprüfen, ob ein Handlungsbedarf im Rahmen des Zivilschutzes besteht und bejahendenfalls das Referat für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern der Stadt ein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten. Ich bitte um Annahme. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag:**

*Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Folgendes beschließen:*

*Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, unter der Leitung des Magistratsdirektors die im gegenständlichen dringlichen Antrag angeführten Problemlagen und Maßnahmen dahin zu überprüfen, ob ein Handlungsbedarf im Rahmen des Zivilschutzes besteht und bejahendenfalls das Referat für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern der Stadt ein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten.*

GR Mag. **Kuhn:**

Ich möchte nur noch einmal die Wichtigkeit des dringlichen Antrages unterstreichen. Bis zu einem Drittel der Tode bei Hitze, oder an Hitzetagen, ist eben durch die Hitze, das heißt, das ist ein enorm wichtiges Thema. Die Daten sind von über 700 Städten, weltweit sind sie ausgewertet worden. Und das sind ja nur ganz wichtige, dringende

Maßnahmen, wir dürfen nicht vergessen, grundlegend ist einfach die Devise: Bäume, Bäume, Bäume. Da ist es nett, wenn man sagt, man will den Jakominiplatz begrünen. Wir haben das ja schon ganz oft gehört. Wir brauchen wirklich ein dickes, dickes Baumband und da hilft es nichts, im Prinzip müsste es so sein, alle vier Autos ein Baum. Wenn wir nach Nordeuropa schauen, vor allem in die Städte Kopenhagen oder Amsterdam oder sowas, die haben das teilweise, und da merkt man, es ist spürbar kühler. Also auch an Hitzetagen, wenn man durch die Stadt geht, ist es kühler, und das hilft auch enorm, und deshalb ist es auch ein ganz wichtiger ...

*Zwischenruf GR Ing. Lohr: Vielleicht liegt es am Breitengrad.*

GR Mag. **Kuhn:**

Ja, aber es ist auch dort sehr heiß, falls du schon einmal dort warst, dort kann es auch teilweise bis zu 35 °C haben, hat es auch in einzelnen Sommern schon gehabt. Also, wie man darauf reagiert, und das ist ein wichtiger Punkt, das sind sozusagen die Notmaßnahmen, die wirklich jetzt getroffen werden müssen, aber auf lange Sicht kommen wir da nicht drum herum, Begrünung und Bäume, Bäume, Bäume bis es kracht. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich muss ehrlich sagen, die Wortmeldung von dir, Susi, hinterlässt mich etwas ratlos. Ich habe jetzt nachgedacht, wie lange du im Gemeinderat bist, ich glaube, so lange wie ich. Und ich hätte mir eigentlich gedacht, dass die Ressortverteilung und die Zuständigkeiten bekannt sind. Das Umweltamt ist leider nicht für Baumpflanzungen zuständig, war es leider nie, und ich bin die Erste, die sich Fast growing Trees wünschen würde, aber so einfach funktioniert das halt nicht. Deshalb geht es da ja auch um einen

Hitzeaktionsplan, und das besagt ja schon, dass das etwas ist, wo schnell etwas umgesetzt werden soll, weil wir das dringend brauchen. Und deshalb möchte ich mich bedanken für die Unterstützung sowohl von dir, Herr Kollege Krotzer und auch von der ÖVP in Form dieses Abänderungsantrages. Mir ist es persönlich wirklich egal, wer das zentral steuert. Ich habe einen Vorschlag gemacht, dass das der Herr Stadtrat Krotzer machen soll, ich habe auch die anderen Ämter genannt, die mitarbeiten könnten, wenn das jetzt zentral gesteuert werden soll, dann soll mir das recht sein. Das Einzige ist, was mir wichtig ist, dass es jetzt passiert, dass es eine rasche Umsetzung erster Maßnahmen gibt, dass den Leuten draußen geholfen wird, und deshalb freue ich mich auch sehr, und ich glaube, ich kann das auch für meine Fraktion sagen, wenn der Abänderungsantrag angenommen wird und mit dem Hitzeaktionsplan für die Stadt Graz gestartet wird. Danke (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (18.50 Uhr).***

#### **9.9 Task Force für Leerstandserhebung und Leerstandsmobilisierung (KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

**KO GR Ehmman:**

Herr Vorsitzender, geschätzt Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream. Ja, der Leerstand beschäftigt uns in Graz schon lange und immer mehr und immer dringlicher, und deshalb, auch wenn wir Vorstöße schon in diese Richtung gemacht haben in der Vergangenheit, wollen wir jetzt einen neuerlichen Anlauf nehmen. Denn Leerstand für die Stadt Graz ist wirklich problematisch, und da kann man sich auf viele Expertinnen- und Expertenmeinungen berufen, denn Flächenfraß und Versiegelung sind schon

Problemfelder, die mittlerweile österreichweit zu einem zentralen Thema geworden sind, nicht nur in Graz; es ist auch mittlerweile so, dass sich Tirol damit beschäftigt, die Landesregierung hat sich dort sogar entschlossen, bis Jahresende eine rechtliche Grundlage für eine Leerstandserhebung einzuführen oder umzusetzen. Wir haben auch in Salzburg, übrigens VP-Bürgermeister, eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe als Ziel und als Forderung. Vorarlberg geht einen etwas anderen Weg in Form eines Anreizmodelles: Sicher Vermieten. Das ist auch eine Möglichkeit, also grundsätzlich geht es einmal darum, zuerst zu erheben, was ist Leerstand? Und bisher war es doch so, dass hier im Plenum, im Gemeinderat, das mit der Begründung im Regelfall von ÖVP oder FPÖ abgewendet wurde oder abgelehnt wurde aufgrund der persönlichen Daten. Jetzt ist es so, dass Bürgermeister Willi angezeigt wurde in Innsbruck, weil er eine derartige Erhebung durchgeführt hat. Mittlerweile wissen wir, dass die Ermittlungen eingestellt worden sind und das nicht zum Tragen gekommen ist und keine personenbezogenen Daten verwendet wurden. Also es gibt hier Möglichkeiten, diesen Leerstand zu erheben, Modelle hier entsprechend zu entwickeln, und wir werden dann wahrscheinlich für die rechtliche Grundlage das Land brauchen, dies umzusetzen. Aber das Wesentliche dabei ist schon, dass Leerstand dadurch entsteht im Regelfall aufgrund der Spekulationsobjekte und das ist meistens der freie Markt, nicht geförderte und auch nicht der kleine Wohnbau, sondern im Regelfall sind das teilweise Pensionsfonds und vieles mehr, die hier das Geld, anstatt ins Kapital anzulegen, weil es keine Zinsen bringt auf der Bank, eben in den Wohnraum legen, und das bewirkt aber eben ein Problem. Erstens einmal generiert es kein leistbares Wohnen, es steht zwar dem Markt grundsätzlich mehr zur Verfügung, aber es wird nicht verwertet. Wir haben sogar Berichte, und das werdet ihr auch dort oder da hören, wo es vorkommt, dass Zeitschaltuhren ins Spiel kommen und Lichtspiele stattfinden, um zu simulieren, dass Menschen dort wohnen oder die Wohnungen besetzt sind. Und das kann es nicht sein, und wir haben da einige Ideen schon dazu eingebracht in Form dieser Mobilisierungsverträge, wo wir gesagt haben, ein Bauträger, mit dem man sich einigt, eine Stadt zu bauen, wo man sagt, ok, in einer gewissen Zeit sollen so und so viel Prozent Wohnungen verwertet werden, ist das nicht

der Fall in einem gewissen Zeitraum, kann man auch über eine Abgabe nachdenken, die wiederum zweckgebunden dem sozialen Wohnbau bzw. dem geförderten Wohnbau zur Verfügung steht. Also hier gibt es viele Möglichkeiten und viele Modelle. Ich bin der Meinung, und viele Expertinnen und Experten auch, dass der Leerstand sich durchaus zwischen 6.000 und 15.000 Wohnungen in Graz bewegen kann, natürlich gibt es ja auch Wohnungen von Beschäftigten, die sich quasi auf Montage befinden usw. Und Private schreckten natürlich daher zurück, weil sie sagen, naja, wenn ich dann auf der Kautions sitzen bleibe oder die Wohnung verunstaltet ist und ich das Geld nicht mehr bekomme, das ist ein Problem, und da ist eben Vorarlberg den Weg des Anreizmodells mit „Sicher Wohnen“ gegangen, wo die Haftung seitens der Stadt übernommen wird für derartige Wohnungen und dadurch Private animiert werden, hier dem Markt diese Wohnungen auch zur Verfügung zu stellen. Und daher haben wir uns zu diesem Dringlichen entschieden, eben um noch einmal nicht nur auf die Problematik hinzuweisen und zu verdeutlichen, sondern auch hier eine Task Force ins Leben zu rufen für die Leerstandserhebung und Leerstandsmobilisierung, wo wir nicht nur Maßnahmenpakete fordern und nicht nur die Magistratsabteilungen als VertreterInnen dort sind, sondern auch Mitglieder aus dem Gemeinderat jeglicher Fraktionen und VertreterInnen des Landes eventuell auch, um hier gemeinsam eine Task Force einzurichten. Der Motivenbericht, inklusive des dringlichen Antrages, in der Formulierung liegt vor, deswegen erspare ich mir, das jetzt einzeln vorzulesen die Punkte, aber ich würde ersuchen, hier wirklich sich einen Ruck zu geben und zu sagen, Leerstand ist tatsächlich ein Problem, und im Bereich der Versiegelung, des Flächenfraßes, der Goldgräberstimmung, die hier aufkommt teilweise in Graz, und wo wir, wie gesagt, selbst von Pensionsfonds und vielen anderen Bereichen heimgesucht werden, um hier Objekte zu bauen, die dann aber letztendlich in vielen Bereichen dem Markt nicht zur Verfügung stehen und kein leistbares Wohnen generieren in letzter Konsequenz, daher bitte ich um Unterstützung des Antrages (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Flächenfraß und Versiegelung sind Problemfelder, die mittlerweile österreichweit zu einem ganz zentralen Thema geworden sind. Wesentlich mit dazu beigetragen hat natürlich auch die Entwicklung am Kapitalmarkt: Als eines der größten Probleme wird von Fachleuten in diesem Zusammenhang der frei finanzierte Wohnbau angesehen – das Betongold, wie es treffend bezeichnet wird. Wohnblock um Wohnblock wird entwickelt, wo ehemals grüne Wiesen Natur erleben ließen, dominiert jetzt Beton. Und das absolut Schlimme daran ist: Vielfach dienen diese „Wohnungen“ gar nicht der unmittelbaren Nutzung, sondern sind primär als Geldanlage gedacht, mit garantierter Wertsteigerung aufgrund der durch den Bauboom verursachten rarer werdenden Baulandreserven, was wiederum zu Engpässen bei leistbarem Wohnraum führt. Zusammengefasst heißt das: Wir haben eine stetig voranschreitende Versiegelung, einen Flächenfraß durch teils Produktion von Leerstand, der gleichzeitig zu Mangel an leistbarem Wohnraum führt und so die Wohnungspreise explodieren lässt. Und das ist kein Grazer Phänomen allein. In Österreich reagieren bereits einige Bundesländer bzw. Städte darauf: In Tirol hat sich zum Beispiel die Landesregierung entschlossen, bis Jahresende unter anderem eine rechtliche Grundlage für eine Leerstandserhebung und eine Leerstandsabgabe zu schaffen; auch das Bundesland Salzburg hat sich – übrigens massiv von VP-Bürgermeister Harald Preuner unterstützt – eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe als Ziel gesetzt. Vorarlberg geht einen etwas anderen Weg, dort wurde das Anreizmodell „Sicher vermieten“ weiter verbessert. Hintergrund all dieser Maßnahmen ist: Österreichweit seien Wohnungen ohne Hauptwohnsitzmeldung jenes Bestandssegment, das am stärksten wachse, wird Wolfgang Amann vom Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen am 2. Juni im Standard zitiert. Auch in Graz war die Frage des Leerstandes immer wieder Thema, Schätzungen reichen von 6000 bis leerstehende 15.000 Wohnungen. Der Versuch, eine Leerstandserhebung zu starten, wurde aber bislang beharrlich abgeblockt. Nicht einmal das Innsbrucker Modell, via Stromverbrauch den Leerstand zu quantifizieren, wurde aufgegriffen, obwohl die Ermittlungen gegen den Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi – meist als Gegenargument angeführt – eingestellt sind, da keine personenbezogenen Daten benutzt wurden. Wobei aber auch richtig ist: Der Stromverbrauch ist natürlich nicht der*

Weisheit allerletzter Schluss, seitdem bekannt ist, dass in leerstehenden Wohnungen Zeitschaltuhren installiert sein sollen, um mit „Lichtspielen“ BewohnerInnen vorzutauschen. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei: Es braucht auch für Graz als Basis für weitere Überlegungen dringend eine Leerstandserhebung, um in einem zweiten Schritt ein Maßnahmenpaket entwickeln zu können, das sowohl die Mobilisierung derzeit leerstehender Wohnungen ins Auge fasst, wie auch die Verhinderung der weiteren Leerstandsproduktion. Und dies alles ist zügig voranzutreiben, ehe die letzten Baulandreserven und Wiesen ImmobilienspekulantInnen zum Opfer fallen. Wie vorgehen? Es ist davon auszugehen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen in letzter Konsequenz durch das Land geschaffen werden müssen. Umso wichtiger ist, wenn dem vorausgehend seitens der Stadt Überlegungen und Vorschläge betreffend die möglichen Maßnahmen ausgearbeitet werden; wobei es zielführend wäre, mit den handelnden Personen in Tirol, Salzburg, Vorarlberg oder auch Wien ebenso in einen Austausch zu treten wie den Blick über die Grenzen zu machen, wie anderswo auf Leerstand reagiert wird. Berlin geht bisweilen sehr rigoros bis hin mit Enteignung vor, Brügge reagiert mit einer Leerstandssteuer, die entsprechend der Dauer des Leerstandes jährlich erhöht wird, Amsterdam hat als letzte Konsequenz eine Art Einweisungsrecht, Hamburg reagiert über ein Gesetz gegen „Wohnraumzweckentfremdung“ mit teils hohen Strafgeldern auf leerstehende Wohnungen, Vorarlberg hat sich demgegenüber, wie erwähnt, für ein Anreizmodell entschieden. Ebenso wichtig wäre es natürlich auch, schon im Vorfeld darauf zu achten, dass nicht vorsätzlich Leerstand produziert wird: Denkbar wäre das etwa durch Mobilisierungsverträge. Vereinfacht gesagt: Immobilienentwickler/Immobilienverwerter/Bauträger verpflichten sich damit im Vorhinein, dass für den von ihnen produzierten Leerstand etwa ab dem vierten Monat der Fertigstellung pro Wohnung monatlich ein gewisser Betrag an die Stadt abzuführen ist. Leerstand kostet nämlich nicht nur Grund und Boden, für Leerstand muss von der Öffentlichkeit Infrastruktur finanziert werden; und das ist Geld, das dann dort fehlt, wo sehr wohl Menschen wohnen. Fazit: Sollen in Graz ernsthaft – wie in vielen anderen österreichischen Regionen oder europäischen Städten – Initiativen gegen Leerstand und

*damit auch gegen Versiegelung und Flächenfraß wie auch gegen hohe Mieten ergriffen werden, wird sich die Stadt dringend auseinandersetzen müssen,*

- ob und wie sie eine Leerstandserhebung umgesetzt wissen will und*
- mit welchen Maßnahmen dem Leerstand begegnet werden soll.*

*Das sind Grundvoraussetzungen dafür, um überhaupt zu wissen, was seitens der Stadt selbst und auf Basis bestehender Gesetze umgesetzt werden kann bzw. wo es das Land Steiermark oder den Bundesgesetzgeber bedarf, um die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den*

***dringlichen Antrag:***

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich im Sinne des Motivenberichtes zur Notwendigkeit*
  - a. einer Leerstandserhebung*
  - b. eines Maßnahmenpaketes zur Mobilisierung des Leerstandes*
  - c. eines Maßnahmenpakets, um der Gefahr einer „Produktion“ von Wohnungsleerstand – etwa über Mobilisierungsverträge oder Ähnliches – entgegenzuwirken und somit der laufenden Versiegelung/dem Flächenfraß begegnen zu können.*
- 2. Demzufolge wird Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersucht, eine Task Force – aus VertreterInnen der zuständigen Magistratsabteilungen und je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Parteien und gegebenenfalls auch unter Hinzuziehung von VertreterInnen des Landes Steiermark – einzurichten. Aufgabe dieser Task Force ist es, gemäß Motivenbericht Überlegungen betreffend Leerstandserhebung und Mobilisierungsmaßnahmen und die in diesem Zusammenhang notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen auszuarbeiten.*
- 3. Ein erster Zwischenbericht über die Einsetzung der Task Force ist dem Gemeinderat in der September-Sitzung zu übermitteln.*

**GR Dr. Piffel-Percevic:**

Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Interessierte an den Bildschirmen zuhause. Ja, das Thema des Dringlichen ist tatsächlich ein brennendes Thema. Michael, du sagst es, jeder Versuch der Erhebung oder sich dem Thema Erhebung des Leerstandes zu nähern, bislang abgeblockt wurde, vielleicht gilt das für die Vorvergangenheit. Du forderst oder regst an mit deinem Dringlichen, eine Untersuchung und eine Task Force einzurichten, wo sich alle Bezug habenden kompetenten Personen, inklusive der Politik, zusammensetzen soll, um das Thema quasi zu zentrieren. Ihr selbst erwähnt auch in dem zweiten Dringlichen, was die Bausperre betrifft, die konstruktive Arbeit, die wir alle in diesem ständigen Unterausschuss der Stadtplanung, darf ich sagen, leisten. Ich möchte mich zunächst einmal herzlich bedanken, dass über diese kooperative, konstruktive Art, in der ihr euch alle einbringt, dort sind wir aber eben genau schon einen Schritt weiter. Es wurde in der vierten Sitzung ein Expertenteam, wie verfügen ja auch über finanzielle Mittel, vom Stadtsoziologen Mag. Rainer Rosegger angeführt, beauftragt auch die Problematik des Leerstandes, sind das Altwohnungen, sind das Neuwohnungen. Ihr selbst schreibt in eurem Dringlichen zwischen 6.000 und 15.000 Wohnungen; also wir müssen zuerst einmal wissen, bevor wir ermitteln, um welche Qualität es sich denn handelt. Wir erwarten uns von den Ergebnissen wichtige Erkenntnisse und die ersten Ergebnisse sollten spätestens gegen Jahresende vorliegen, es sind profunde Untersuchungen. Und dann abschließend möchte ich nur auf die Verfassungsproblematik hinweisen. Ein Lenkungseffekt, jedenfalls vom Landesgesetzgeber, steht nicht zur Verfügung, das Volkswohnungswesen, Wohnungswesen kann nur der Bundesgesetzgeber regeln. Also wenn wir uns eine Wirkung der Abgabe in die erhoffte Richtung wünschen und das auch quasi im Gesetz dann vorne und hinten hinschreiben, ist es klar verfassungswidrig. Eine ganz niedrige Abgabe, zur Schonung der Kassen der

Betroffenen, hat aber überhaupt keinen Effekt in diese Richtung. Also wir bewegen uns da in einem schwierigen Feld, das gilt es zu untersuchen. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die vielleicht auch noch im Livestream dabei sind. Unserer Meinung nach ist das ein sehr dringliches Thema, und ja, es stimmt, es gab jetzt nach wirklich jahrelangen Bemühungen von verschiedenen Seiten, also von der SPÖ, von uns und von vielen anderen ist das ja immer wieder gefordert worden, dass wir endlich das Thema Leerstand in dieser Stadt angehen müssen, weil es einfach ein zentraler Baustein ist, um mehr leistbaren Wohnraum auf den Markt zu bringen. Und jetzt gab es dieses erstes Einlenken in Form des Unterausschusses, was ja sehr positiv ist, und ja, da wurde das auch so diskutiert, wie der Kollege Piffli-Percevic sagte. Wir müssen aber auch sehen, dass wir halt kurz vor der Gemeinderatswahlen stehen und wir wissen ja gar nicht, ob der Unterausschuss dann noch einmal tagt und wie weit der Prozess in diesem Unterausschuss jetzt weiterläuft, und vom dem her finde ich das schon dringlich, dass der Michi Ehmann jetzt sagt, bitte, wir müssen ja jetzt etwas auf den Boden bringen zum Thema Leerstand. Weil ich glaube, mittlerweile ist das wirklich bei allen Parteien hier im Raum, unabhängig von der ideologischen Ausrichtung, angekommen, dass wir da in der Stadt ein Problem haben und dass man als ersten Schritt halt einmal schauen muss, wie groß dieses Problem ist, die Schätzungen gehen nämlich deutlich auseinander und eben auch, wie gesagt wurde, welche Segmente es betrifft. In manchen Städten ist es ja auch verstärkt im Altbestand, das sind dann auch sanierungsbedürftige Wohnungen, in anderen Städten sind es eben wirklich Neubauten, wo Anlagerwohnungen gebaut werden, die tatsächlich leer stehen oder die eben von den Wohnungsgrößen oder einfach von dem, wie sie gebaut sind, tatsächlich so wenig an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind, dass man sie halt auch sehr schwer vermieten kann. Also da gibt es sehr, sehr komplexe und unterschiedliche Problemfelder, die miteinander verknüpft sind. Und ich glaube wirklich, wir müssen am besten morgen damit in die Gänge

kommen, weil die Mieten sind in den letzten Jahren explodiert, gleichzeitig haben wir eine soziale Krise auch durch Corona, und die Stadt ist da dringend in der Verantwortung, etwas zu tun. Etwas, ein erster Schritt, ein erster Anfang ist die Leerstandserhebung, und gegen die kann man wirklich nichts haben, wenn die anonymisiert stattfindet und da keine personenbezogenen Daten verwendet werden. Weil das ist ja einfach nur einmal eine Datengrundlage, dass wir überhaupt einmal wissen, wo wir stehen in der Stadt, in welchen Bereichen es die Probleme gibt, und daraus kann man dann weitere Schritte ableiten, wie der Michi Ehmann sie skizziert hat. Also das finde ich wirklich grundvernünftig und sollte doch uns allen ein Anliegen sein, dass wir in dem Bereich etwas weiterbringen. Danke (*Appl.*).

**KO GR Ehmann:**

Vielen Dank. Danke, Manuela, für die Unterstützung. Du hast es richtig ausgedrückt. Natürlich weiß ich auch, dass diese Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss stattfindet, aber letztendlich, wie du es schon formuliert hast und gesagt hast, das sagt noch nicht, ob da jetzt etwas rauskommt dabei. Und, wie du auch gesagt hast, das möchte ich auch noch einmal verstärken, wir müssen da jetzt etwas auf den Boden bringen, es ist höchst dringlich und höchst notwendig und höchst wichtig. Kollege Piffli-Percevic, diese Argumentationen waren teilweise ein bisschen mau, also da habe ich schon stärkere von dir gehört. Aber ja, ist klar, weil innerlich weißt du natürlich, dass das der richtige Weg wäre, wie auch die ÖVP Salzburg erkennt und in Tirol erkennt und vielen anderen Bereich, aber noch seid ihr nicht so weit, aber das wird schon werden, weil der Druck auch immer größer werden wird. In diesem Sinne danke ich jenen, die den Antrag unterstützen und alle anderen sollen noch ein bisschen in sich gehen, aber ich hoffe, dass ihr zukünftig dann das auch erkennt, dass das notwendig ist. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.10 Bausperre für Graz  
(GR Mag. (FH) Ewald Muhr, MSc, SPÖ)**

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrte Gäste im Livestream, sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen. Die in den vergangenen Jahren stetig steigenden Bevölkerungszahlen haben unsere Stadt vor viele neue Herausforderungen gestellt. Denn um dem Zuzug gewachsen zu sein, ist es notwendig, mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Gleichzeitig wurde Graz aber auch als lukrativer Markt für sogenannte Anlegerwohnungen entdeckt, da sich für SpekulantInnen auf diesem Weg weit höhere Renditen erzielen lassen als am freien Kapitalmarkt. Das Ergebnis daraus ist, dass in Graz ein wahrer Bauboom ausgebrochen ist, dem immer mehr GrazerInnen mehr als skeptisch bis ablehnend begegnen, da dem laufend viele freie Flächen zum Opfer fallen. Teilweise werden alte Villen abgetragen und durch Betonburgen ersetzt, mancherorts entstehen sogar mehrstöckige Betonblocks inmitten von Einfamilienhaussiedlungen, so wie wir es in den letzten Bebauungsplänen in Eggenberg gesehen haben. Nicht von ungefähr wird in praktisch allen Stadtbezirken von einer schon ins Unerträgliche gehenden Versiegelung gesprochen. Dazu kommt, dass diese frei finanzierten Anlegerwohnungen am Wohnungsmarkt die Mieten in die Höhe treiben, und zwar deshalb, weil eben gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften oder auch geförderter Wohnbau bzw. auch unser Eigenbetrieb Wohnen Graz ja keine gescheiterten Grundstücke zu vernünftigen Preisen mehr findet.

Richtig ist, dass die Stadt Graz diese Problemstellungen und die damit verbundenen Gefahren erkannt hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde ein eigener Arbeitsausschuss „Stadtentwicklung“ zum bestehenden Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung eingerichtet, der sich mit diesen Problemen befasst. In diesem Unterausschuss wird die aktuelle Situation hinsichtlich der Stadtplanung analysiert und an möglichen Maßnahmen für die Zukunft gearbeitet. Dabei wurden bereits die Themen Anlegerwohnungen, Leerstand, Versiegelung, Grünraumerhaltung und -gestaltung, Dichteüberschreitung und vieles mehr diskutiert, und ich rufe auch in

Erinnerung an alle, die dort auch teilnehmen, dass auch Matthias Eder, der Chef unserer Immobilien- und Liegenschaftsabteilung, auch dort vehement vor der Gefahr der Anlegerwohnungen noch gewarnt hat und dort auch Gegenmaßnahmen gefordert hat. Ein Thema, das ebenfalls in diesem Arbeitsausschuss unbedingt – und eigentlich vorrangig – behandelt werden sollte, ist das Thema „Baustopp“ bzw. Bausperre, so wie der richtige Terminus eigentlich ist. Denn auch während der Arbeitsausschuss sich noch weiter mit diesen Themen auseinandersetzt wie Versiegelung und Verbauung, werden da gleichzeitig auch Bauprojekte weiter vorangetrieben, Bewilligungen eingereicht und um Erstellung von Bebauungsplänen ersucht. Und der hemmungslose Flächenfraß geht somit weiter, während sich der Sonderausschuss Gedanken macht, ihn zu stoppen, das ist eine etwas paradoxe Situation momentan. Also es ist von hoher Relevanz, so schnell wie möglich Lösungen zu finden und diese im Arbeitsausschuss zu behandeln und um die Entwicklung unserer Stadt in die richtige Richtung zu lenken, also diese Lösungen dann einfließen zu lassen. Die richtige Richtung ist, Graz lebenswert bleiben zu lassen bzw. die Lebensqualität für die Grazerinnen und Grazer auch weiter zu steigern. In letzter Konsequenz erfolgreich kann die Arbeit des Ausschusses aber nur sein, wenn die Bautätigkeiten für einen kurzen Zeitraum gestoppt werden, um auf überparteilicher und fachlicher Basis beraten zu können, wie die Erkenntnisse dieses Unterausschusses für eine positive Stadtentwicklung umgesetzt werden können. Wobei nicht eine allgemeine Bausperre erforderlich wäre: Der private Häuslbauer sollte davon ausgenommen sein, wie idealerweise auch nach Möglichkeiten gesucht werden sollte, wie der geförderte Wohnbau und auch der Eigenbetrieb Wohnen Graz davon nicht betroffen sind. Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nachfolgenden

**Dringlichkeitsantrag:**

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen umgehend überprüfen zu lassen, inwieweit gemäß Motivenbericht die Stadt Graz bis zum Abschluss der Arbeiten des Arbeitsausschusses

Stadtentwicklung eine Bausperre für alle Projekte erlässt, die mehr als acht Wohneinheiten vorsehen, um die Ergebnisse des Arbeitsausschusses in die weitergehenden Überlegungen betreffend Raumordnung, Stadtentwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan einfließen zu lassen. Darüber hinaus sollte auch nach Möglichkeiten gesucht werden, wie geförderte Wohnbauten bzw. Projekte des Eigenbetriebs Wohnen Graz von diesem Baustopp ausgenommen werden können. Dem Gemeinderat ist in der September-Sitzung ein entsprechender Bericht zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die in den vergangenen Jahren stetig steigenden Bevölkerungszahlen haben unsere Stadt vor viele neue Herausforderungen gestellt. Denn um dem Zuzug gewachsen zu sein, ist es notwendig, mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig wurde Graz aber auch als lukrativer Markt für sogenannte Anlegerwohnungen entdeckt, da sich für SpekulantInnen – Stichwort Betongold – auf diesem Weg weit höhere Renditen erzielen lassen als am Kapitalmarkt. Das Ergebnis daraus ist, dass in Graz ein wahrer Bauboom ausgebrochen ist, dem immer mehr GrazerInnen mehr als skeptisch bis ablehnend begegnen, da dem laufend viele freie Flächen zum Opfer fallen. Teilweise werden alte Villen abgetragen und durch Betonburgen ersetzt, mancherorts entstehen sogar mehrstöckige Betonblocks inmitten von Einfamilienhaussiedlungen, andernorts wachsen wieder vielstöckige Betonquader aus den vormals grünen Wiesen. Nicht von ungefähr wird in praktisch allen Stadtbezirken von einer schon ins Unerträgliche gehenden Versiegelung gesprochen. Dazu kommt, dass diese frei finanzierten Anlegerwohnungen am Wohnungsmarkt die Mieten in die Höhe treiben, Wohnen immer teurer machen, da es immer schwieriger wird, für geförderten Wohnbau, also für leistbares Wohnen überhaupt noch finanzierbare Grundstücke sichern zu können. Richtig ist, dass die Stadt Graz diese Problemstellungen und die damit verbundenen Gefahren erkannt hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde ein eigener Arbeitsausschuss „Stadtentwicklung“ zum bestehenden Ausschuss für Stadt- und*

*Grünraumplanung eingerichtet, der sich mit diesen Problemen befasst. In diesem Unterausschuss wird die aktuelle Situation hinsichtlich der Stadtplanung analysiert und an möglichen Maßnahmen für die Zukunft gearbeitet. Dabei wurden bereits die Themen Anlegerwohnungen, Leerstand, Versiegelung, Grünraumerhaltung und -gestaltung, Dichteüberschreitung und vieles mehr diskutiert.*

*Ein Thema, das ebenfalls in diesem Arbeitsausschuss unbedingt – und eigentlich vorrangig – behandelt werden sollte, ist das Thema „Baustopp“. Denn auch während der Arbeitsausschuss sich mit all diesen wichtigen Fragestellungen in Zusammenhang mit Versiegelung und Verbauung beschäftigt, werden gleichzeitig immer neue Bauprojekte gestartet und zur Bewilligung eingereicht oder dafür um die Erstellung von Bebauungsplänen ersucht. Der hemmungslose Flächenfraß geht somit weiter, während sich der Sonderausschuss Gedanken macht, ihn zu stoppen. Es ist von hoher Relevanz, so schnell wie möglich Lösungen für die im Arbeitsausschuss zu behandelnden Themen zu finden, um die Entwicklung unserer Stadt in die richtige Richtung zu lenken – nämlich lebenswert zu bleiben und die Lebensqualität für alle Grazerinnen und Grazer zu steigern. In letzter Konsequenz erfolgreich kann die Arbeit des Ausschusses aber nur sein, wenn die Bautätigkeiten für einen kurzen Zeitraum gestoppt werden, um auf überparteilicher und fachlicher Basis beraten zu können, wie die Erkenntnisse dieses Unterausschusses für eine positive Stadtentwicklung umgesetzt werden können. Wobei nicht eine allgemeine Bausperre erforderlich wäre: Der private Häuslbauer sollte davon ebenso wenig betroffen sein wie idealerweise auch nach Möglichkeiten gesucht werden sollte, wie der geförderte Wohnbau einer solchen Bausperre nicht unterworfen ist. Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nachfolgenden*

**Dringlichkeitsantrag:**

*Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, die zuständigen Magistratsabteilungen umgehend überprüfen zu lassen, inwieweit gemäß Motivenbericht die Stadt Graz bis zum Abschluss der Arbeiten des Arbeitsausschusses Stadtentwicklung eine Bausperre für alle Projekte erlässt, die mehr als acht*

*Wohneinheiten vorsehen, um die Ergebnisse des Arbeitsausschusses in die weitergehenden Überlegungen betreffend Raumordnung, Stek, Fläwi einfließen zu lassen. Darüber hinaus sollte auch nach Möglichkeiten gesucht werden, wie geförderte Wohnbauten bzw. Projekte des Eigenbetriebs „Wohnen Graz“ von diesem Baustopp ausgenommen werden können. Dem Gemeinderat ist in der September-Sitzung ein entsprechender Bericht zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.*

KO GR Mag. **Sippel:**

Lieber Ewald Muhr, du hast mit deinen sanften Worten doch auch einen sehr radikalen Ansatz auch vorgebracht. Keine Angst, radikal ist ja nur im Deutschen negativ konnotiert, in vielen anderen Sprachen bedeutet das ja nichts anderes und ist auch positiver besetzt, wie ein Problem an der Wurzel packen, und du packst dieses Problem tatsächlich bei der Wurzel. Ich gebe dir in einigen Punkten gleich Recht, möchte aber vorher einen anderen Gedanken einbringen, weil immer so negativ auch vom Bauboom besprochen wird. Der Bauboom resultiert natürlich daher, dass Graz anziehend ist, weil wir eine Lebensqualität zu bieten haben, weil wir eine schöne Stadt zu bieten haben, und das ist ja einmal grundsätzlich etwas Positives, um das uns, glaube ich, viele Regionen, Bezirke, Bezirkshauptstädte, andere Städte beneiden, also das muss man schon auch einmal sagen. Das ist ja auch irgendwo etwas, was für unsere Stadt spricht und ein Prädikat darstellt. Eine Bausperre ist verwaltungsrechtlich natürlich problematisch, das ist sehr, sehr dünnes Eis. Ich glaube, das ist klar, denn es hat natürlich immer das gelindeste Mittel eingesetzt zu werden, und das ist mit Sicherheit keine Bausperre über das gesamte Stadtgebiet. Ich gebe dir völlig Recht, die Entwicklungen in den Jahren haben uns überholt, das ist schneller gegangen, als wir das alle gedacht haben. Wenn man in gewisse Gegenden schaut, ist selbst Wohnen in Andritz, Radegunder Straße, also was da in den letzten Jahren aus der Erde geschossen ist, das ist wirklich unglaublich, und insofern sind wir von diesen Entwicklungen überholt worden. Daher schlagen wir, und das wäre, glaube ich, der richtige Ansatz, eine vorzeitige Revision, wenn man so will, des Stadtentwicklungskonzeptes vor, ich

glaube, dort sollten wir hingehen. Das ist mit Zwölfjahresperioden dann doch etwas zu lang, und wenn wir da schnell einmal auch eine Revision herbeiführen könnten, glaube ich, wäre das tatsächlich der richtige Ansatz, denn die Baulandausweisungen im Stadtentwicklungskonzept die müssen zurückgehen und dann darf es auch in den Bebauungsplänen keine Dichteüberschreitungen geben, das wäre auch so ein Ansatz. Also im Prinzip wollen wir das Gleiche. Wir wollen auch kein internationales Spekulantentum hier in Graz haben. Wir wollen selbstverständlich auch leistbares Wohnen, das haben wir, glaube ich, auch bewiesen in dieser Agenda, dass uns das ein großes Anliegen ist. Aber ich glaube, das Thema muss man vorher tatsächlich auch im Ausschuss noch einmal genauer behandeln, weil wir uns rechtlich mit diesem sehr radikalen Vorstoß auf dünnem Eis bewegen (*Appl.*).

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein weiteres Thema des schon artikulierten ständigen Stadtplanungsausschusses, das uns dort beschäftigt. Es hat auch schon dringliche Anträge dazu gegeben. Ich möchte jetzt zu der Arbeit, die dort geschieht, nicht noch einmal wiederholen, außer meinen Dank an euch alle, dass ihr euch zu all diesen Themen offen stellt, auch in der Diskussion mit den Sachverständigen, die bestellt wurden, um hier eine Studie auszuarbeiten, wobei es hier speziell um ein rechtliches Thema geht, sozusagen eine Begleitmaßnahme zu dem. Ja, es ist richtig, so schnell wie möglich; das unterstreichen und unterschreiben wir voll, aber es muss auch rechtsstaatskonform sein. Und das Raumordnungsgesetz ist ein sehr rigides Gesetz, jeder Fehler, den wir dort machen, ist auch volkswirtschaftlich auch von den Kosten, die diese Rechtsverfahren dann bedeuten für die Stadt, nicht unbeachtlich, wir sind dem Rechtsstaat verpflichtet. Im Raumordnungsgesetz ist keinerlei Differenzierung, auch im Anlassfall, wo das möglich ist, nämlich eine Bausperre ist vor Inkraftsetzung einer konkretisierten Planungsabsicht, das ist sozusagen das Ende eines Beratungsprozesses, um das Stek zu ändern, um den Fläwi zu ändern, um das Räumliche Leitbild zu ändern. Wenn diese Beratungen konkretisiert

vorliegen, dann kann eine Bausperre einsetzen, und das haben wir auch immer so gehandhabt. Aber ohne eine konkretisierte, wir ringen um diese, ist das rechtlich nicht möglich, und schon gar nicht, da dilettiere ich jetzt ein bisschen als Jurist, aber das scheint mir ganz schlüssig zu sein, eine Differenzierung, nur Bauvorhaben (7:01:52) über 8 und unter 8, nicht nur, also der kommunale oder der soziale Wohnbau nicht, andere schon, das scheint mit gänzlich ausgeschlossen, selbst in den Fällen, wo es an und für sich möglich ist. Also mein Ergebnis und mein Rat an euch, dem Antrag leider nicht Folge leisten zu können, ist offensichtlich. Beton wurde hier vorhin verunglimpft, zubetonieren, ich weiß, das ist ein brauchbares Schlagwort. Beton ist ein sehr nachhaltiger Baustoff, er besteht aus Wasser, Sand, Kies und Zement, Zement wird mittlerweile auch schon möglichst CO<sub>2</sub>-frei erzeugt oder nachhaltig erzeugt. Gegenüber so manchen Kunststoffen ist der Beton etwas dicker, immer noch besser, ich wollte das nur als Nebenbemerkung gesagt haben. Danke (*Appl.*).

**StR Dr. Riegler:**

Dankeschön, während Herr Klubobmann Dreisiebner sich anschickt, zum Rednerpult zu kommen, möchte ich übrigens noch ergänzen, dass auch, was den Holzbau betrifft, man durchaus sich fragen muss, ob das wirklich gescheit ist, wenn man jetzt sozusagen hergehen würde und Holz schlägern würde, das ja CO<sub>2</sub> bindet, anstatt Betonbauten, also das als kleine Ergänzung. Aber jetzt bitte, Herr Klubobmann Dreisiebner.

**KO GR Dreisiebner:**

Besser, der Dreisiebner schickt sich an, als er ist ungeschickt und schafft es nicht. Dass Beton so nachhaltig ist, wo ist er denn, der Herr Ehrenklubobmann, das sollten wir noch ein bisschen ausführlicher diskutieren. Ja, es gibt Bemühungen, Zement CO<sub>2</sub>-neutral herzustellen, aber wenn du nur an den Sand denkst und wo der herkommt, vielleicht warst du schon einmal oder fährst gerne wieder ans Meer, und da gibt es auch Probleme, dass man durch den Abbau des Küsten- und Strandsandes

und nur dieser ist geeignet für den Beton, dass man da auch große Probleme hat, da gibt es Inseln, die erodieren deswegen oder deswegen noch mehr und noch schneller. So, so weit – so gut. Fachlich, ich habe das mit dem Kollegen Ewald Muhr im Vorfeld schon besprochen, fachlich ist das ein bisschen ein Seiltanz, aber wer den Seiltanz nicht wagt, der wird nicht über die Schlucht kommen. Und ich halte es einfach, ähnlich wie den Antrag von der Kollegin Braunersreuther vor jetzt, glaube ich, zwei bis zweieinhalb Stunden, für etwas, das einfach hochnotwendig ist, das wir in dieser Stadt angehen, dass wir uns in der Stadtplanung und in der Stadtplanungspolitik sehr intensiv, und zwar rasch, sehr intensiv mit unserer Raumordnung, mit dem Stadtentwicklungskonzept, mit dem Flächenwidmungsplan auseinandersetzen. Die Rahmenbedingungen, ich wiederhole das jetzt nicht, haben sich doch sehr geändert, seitdem das letzte Stadtentwicklungskonzept aufgelegt und beschlossen worden ist bzw. auch der Flächenwidmungsplan aufgelegt worden ist. Das konnten wir nicht voraussehen, aber wir sollten jetzt, bald, eher sehr bald, darauf reagieren, und deswegen unterstützen wir den Antrag, weil wir ihn quasi auch als Anstoß sehen, da etwas zu tun. Durch die Neuwahlen, letzter Satz, wird ja dieser ständig tagende Unterausschuss unter Umständen auch eine gewisse Verzögerung, Unterbrechung, vielleicht auch einen gewissen Verlust an Informationsflüssen erleben und erleiden, weil es ja, wie wir wissen, nicht ganz klar, ist, ob alle, die jetzt schon vier Sitzungen dabei waren und mitgearbeitet haben, und da sage ich auch danke an alle Mitglieder und danke auch an alle Vortragenden und die BeamtInnen, die das vor- und nachbereiten, auch dem Herrn Inninger, ob die dann alle wieder dabei sind, und das wird uns dahingehend auch ein Stück weit hemmen, insofern, bitte gehen wir schon langsam ins Tun. Der Ausschuss ist wichtig, aber der kann auch eine Revision begleiten, und deswegen pro Antrag Ewald Muhr (*Appl.*).

**KO GR Eber:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Meine erste Reaktion auf diesen Antrag, muss ich sagen, war durchaus ein

bisschen widersprüchlich, sozusagen. Warum? Erstens ist es natürlich so, dass der Antragssteller Ewald Muhr, dankenswerterweise, möchte ich auch dazusagen, natürlich einige Problemstellungen aufgezeigt hat. Nämlich zum einen, dass wir es zu tun haben mit einem Bauboom, wenn man so will, allerdings führt der eben nicht dazu, dass man mehr leistbaren Wohnraum tatsächlich haben, sondern wir haben sehr viele Anlegerwohnungen, die aus Spekulationszwecken dann oft einmal leider auch leer stehen und wir haben damit dann auch mit steigenden Mieten zu kämpfen. Wie du natürlich völlig zu Recht gesagt hast, und viele Leute in unserer Stadt sagen das natürlich auch oder haben subjektiv den Eindruck, es wird immer mehr versiegelt, es wird alles zugebaut. Das ist einfach das subjektive Erleben, und ich glaube, diese Äußerungen von Leuten in unserer Stadt hat wohl jeder und jede von uns auch schon gehört. Die andere Seite von dem Ganzen ist, Baustopp/Bausperre, ein bisschen ist schon angeklungen, Peter Piffel-Percevic hat auch einiges dazu gesagt. Das Raumordnungsgesetz kennt den Begriff des Baustopps gar nicht, sondern redet auch im § 9, glaube ich, ist die Rede von einer Bausperre, und dort wird aber sehr deutlich darauf hingewiesen, dass eine Bausperre nur dann erlassen werden kann im Zuge der Revision des Entwicklungskonzeptes, des Flächenwidmungsplanes oder auch eines Bebauungsplanes eben zur Sicherung der Zielstellung eben dieser Instrumente. Von daher befürchte ich, dass man mit so einem Antrag auch beim besten Willen des gesamten Gemeinderates Hoffnungen weckt, die man dann beim besten Willen eben auch nicht erfüllen kann. Dennoch ist es natürlich so, dass wir diesem Antrag in der Dringlichkeit und dem Inhalt auch zustimmen werden. Warum? Ganz einfach deswegen, weil drinnen steht: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, überprüfen zu lassen, welche Möglichkeiten wir in der Stadt haben, vielleicht kommt man im Zuge der Überprüfung ja auch darauf, dass es vielleicht ein anderes Instrument gibt, dass man vielleicht auch mit einer Petition unterstützend eingreifen kann, an das Land, dass man da gesetzliche Änderungen benötigt. Vielleicht ist es auch so, dass man Verbesserungen erreichen kann, ohne jetzt mit der Bausperre dann kommen zu können. Danke jedenfalls noch einmal für den Antrag (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Dankeschön, also gestatten Sie mir übrigens die Anmerkung, Herr Klubobmann, dass ich selten so einverstanden war mit einer Position wie der Ihrigen, denn Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, es handelt sich hier um einen Antrag, der nur Hoffnungen weckt, die man nicht erfüllen kann. Also man kann natürlich aus purem Populismus sagen: Ja, wir machen jetzt eine Bausperre, es darf nichts mehr gebaut werden. Tatsache ist, dass wir heute in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat leben, wo es auch Rechtsansprüche gibt, und Sie haben das sehr richtig herausgearbeitet, dass es selbstverständlich eine Rechtslage gibt, bei der man nicht einfach sagen kann, ich mache jetzt willkürlich eine Bausperre. Ich verstehe schon, Kollege Muhr, du möchtest halt gerne heute in der Geschichte der Stadt Graz in Erinnerung bleiben als derjenige, der den Bauboom sozusagen gestoppt hat. Das ist nur genauso nicht möglich, wie bei den Vereinigten Edelstahlwerken 1995, nachdem man Jahrzehnte lang völlig unproduktiven Baustahl versucht hat herzustellen, der in Russland und in China wesentlich billiger hergestellt werden kann. Also man kann gegen Marktkräfte nur bedingt ankämpfen und daher ist es gut, dass wir Bebauungsplanpflicht haben, aber es ist völlig illusorisch, den Leuten vorzumachen, wir können jetzt über eine Bausperre verfügen (*Appl.*).

StR Mag. (FH) **Muhr**:

Vielen Dank, der Herr Stadtrat zeigt, dass er sich anscheinend auch in den Bauangelegenheiten auskennt, also Universalstadtrat ist. Du bist ja überall, glaube ich, der perfekte Mann. Du gibst schon überall die Visitenkarte ab, dass du für alles geeignet bist. Danke einmal für deine Ausführungen. Ich möchte mich nur bei den Grünen bedanken und auch bei der KPÖ für eure Unterstützung. In meinem Antrag geht es auch um die Überprüfung der Möglichkeit einer Bausperre, das habe ich hier auch dargestellt, und ich fordere es ja nicht vehement, dass man es sofort umsetzt. Es ist natürlich möglich, eine Bausperre bei den Bebauungsplänen zu erlassen, das ist auch rechtlich so geregelt im § 9 und das könnte man sehr wohl in die Hand nehmen.

Es wundert mich bei der ÖVP natürlich nicht, dass sie gegen diesen Antrag stimmen wird. Es geht ja auch teilweise gegen ihre Klienten, die sich da ab und zu die Türklinken gegenseitig in die Hand drücken bezüglich gewisser Bauprojekte. Bei der FPÖ, ja, das überrascht mich sehr stark natürlich, weil ihr da vehement im Ausschuss gegen diese Anlegerwohnungen aufgetreten seid, auch euer Matthias Eder hat hier vehement entgegengesprochen. Ich gebe da natürlich Recht, der Bauboom ist positiv, aber er hat auch sehr viele Schattenseiten, und diese großen Schattenseiten sind nun einmal die Anlegerwohnungen. Und ich nehme dich auch beim Wort, lieber Armin, eine vorzeitige Revision von Stek und Fläwi, ich lade dich auch gerne ein, beim nächsten Mal einen gemeinsamen dringlichen Antrag einzubringen, das können wir gerne versuchen, dass wir das auf die Reihe bringen. Was mich natürlich auch wundert, ist, die Umlandgemeinden schaffen das. Ich meine, es gibt Hart bei Graz usw., viele, viele Gemeinden, die sich dagegen wehren und da geht es rechtlich anscheinend schon, also irgendwie wird da mit zweierlei Maß hier argumentiert. Aber nichtsdestotrotz ich danke denen, die uns da unterstützen, und die anderen sollten bitte auch ein bisschen in sich gehen und schauen, dass wir dieses Problem so schnelle wie möglich in den Griff bekommen (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

**9.11 Rückerstattung der auf die Lehrlingsentschädigung entfallenden Kommunalsteuer  
(GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Lassen Sie mich bitte zum Abschluss des heutigen Gemeinderates hier und zu den dringlichen Anträgen noch ein Thema ansprechen, wo es um die Wirtschaft geht. Herr Dr. Riegler hat es schon angekündigt, es geht um die Rückzahlung von

Kommunalsteuerbeiträgen, die man für die Bruttogehälter der Lehrlinge bezahlt. Also ich finde, dass mein dringlicher Antrag eine Maßnahme sein könnte, die geeignet wäre, die Grazer Wirtschaft zu fördern, gleichzeitig die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und bestehende Lehrstellen zu sichern, aber vielleicht auch neue Lehrstellen und Lehrplätze zu lukrieren. Wissen Sie, dass im letzten Jahr fast jede dritte Lehre abgebrochen wurde? Und ist Ihnen vielleicht jetzt auch bewusst, dass im Vergleich zum Jahr 2012 wir mittlerweile um 3.000 Lehrstellen weniger haben als anno dazumal. Der erhebliche Rückgang der Lehrverhältnisse ist, glaube ich, ein Warnsignal, und ich denke auch, dass das mit dem Facharbeitermangel zu tun hat, den die Wirtschaft beklagt, also in ganz Österreich und natürlich auch in Graz. Es ist aber auch ein Fachkräftemangel, der jedes Berufsfeld, jede Sparte von Berufen quasi inkludiert. Und mich freut natürlich auch, dass die Stadt Graz das bereits 2014 erkannt hat, dass es hier so einen Abwärtstrend der Lehre gibt, und Graz hat 2014 eine Ausbildungsoffensive gestartet zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und da hat man das so geregelt, dass man Magistratsbetriebe der Holding und Beteiligungen der Stadt Graz, wie gesagt, angehalten hat, verstärkt Lehrstellen anzubieten und das wird auch heute noch so gemacht, und ich finde das sehr gut und richtig. Graz folgt damit ja schließlich auch dem Konzept der Europäischen Jugendgarantie zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sowie der nationalen Ausbildungsgarantie. Aber wir sollten dabei nicht übersehen, dass es doch primär die Klein- und Mittelbetriebe sind, die unseren Jugendlichen seit jeher Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben und dass es auch die Klein- und Mittelbetriebe sind, die den jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt aufbereiten. Und somit übernehmen natürlich die Klein- und Mittelbetriebe einen ganz wichtigen Teil in unserem dualen Ausbildungssystem. Die teils schwierige Wirtschaftslage nach bzw. mit Corona, und wer weiß, was da noch alles passieren wird, sowie die vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten in Österreich sind natürlich auch ein Grund dafür, der manchmal, oder vielleicht auch öfter, gegen die Aufnahme eines Lehrlings oder eines weiteren Lehrlings spricht, schade. Ich glaube, es braucht jetzt einen finanziellen Anreiz, gerade jetzt, um die Bereitschaft der Grazer Unternehmerschaft, sich vielleicht doch einen Lehrling ins Haus zu holen, anzufachen.

Und da denke ich, dass gerade die Rückerstattung der auf die Lehrlingsentschädigung entfallende Kommunalsteuer einen Anreiz geben könnte, der genau dem Fachkräftemangel entgegensteuern würde. Ich möchte hier noch einmal betonen, ich rede nicht von allen Gehältern, sondern ich rede absolut nur von den Lehrlingsentschädigungen für Lehrlinge, und mir ist das schon bewusst, dass die Gemeinde Graz natürlich bestmöglich ihre Aufgaben meistern muss und daher über eine gesunde Finanzierung verfügen muss. Ich weiß auch, dass gerade die Kommunalsteuer eines der wichtigsten Instrumente der direkten Gemeindefinanzierung darstellt, aber es geht, und das zeigt die Tiroler Gemeinde Mils, die bereits seit 2018 dem Fachkräftemangel den Kampf ansagt, indem sie genau diese 3-prozentige Kommunalsteuer auf die Bruttolehrlingsentschädigung den Antragstellern nachträglich zurücküberweist. Antrag, ein Blatt Papier, also wirklich ganz einfach auszufüllen, Name des Lehrlings, Lehrzeit, was für Bemessungsgrundlage, was macht die Kommunalsteuer aus und das zahlt man dann im nächsten Jahr für das vorvergangene Jahr eben an die Lehrherren und Lehrerinnen retour. Lassen Sie uns also bitte ein Zeichen setzen für die Grazer UnternehmerInnen, ein Zeichen kontra Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel und ein Zeichen pro Wertschätzung und Aufwertung von Lehre und Handwerk, daher stelle ich folgenden

**dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung einer Rückerstattung der auf die Lehrlingsentschädigung fallenden Kommunalsteuer für die Jahre 2021 und 2022 laut Motiventext prüfen und dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen. Ich bitte um Ihre Annahme.

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Lehre ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft!*

*Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Sicherung von bestehenden Lehrstellen wichtig. Fast jede dritte Lehre wurde 2020 im ersten Lehrjahr abgebrochen und verglichen mit dem Jahr 2012, gibt es heute um knapp 3.000 Lehrstellen weniger als damals.<sup>1</sup> Der branchenübergreifende Facharbeitermangel, den die heimische Wirtschaft zu verkraften hat, spiegelt den Abwärtstrend der Institution „Lehre“ wider. Die Warnsignale hat die Stadt Graz wohl bereits 2014 erkannt und startete eine Ausbildungsoffensive zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, wobei Magistrat, Betriebe der Holding und Beteiligungen der Stadt Graz verstärkt Lehrstellen anboten. Damit folgte Graz dem Konzept der europäischen Jugendgarantie zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, sowie der nationalen Ausbildungsgarantie. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es primär doch die unzähligen Klein u.- Mittelbetriebe sind, die unseren Jugendlichen Ausbildungsplätze bieten und folglich den Zugang zum Arbeitsmarkt bereiten. Somit übernehmen die Betriebe einen wichtigen Teil in unserem dualen Bildungssystem. Die teils schwierige Lage für die UnternehmerInnen nach bzw. mit Corona, sowie die vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten in Österreich, sind oft der Grund, der gegen die Aufnahme eines Lehrlings bezeichnet wird. Daher braucht es einen finanziellen Anreiz, um die Bereitschaft der Grazer Unternehmerschaft, sich doch einen Lehrling ins Haus zu holen, anzufachen. Die Rückerstattung der auf die Lehrlingsentschädigung entfallende Kommunalsteuer beispielsweise könnte genau jenen Anreiz für UnternehmerInnen ausmachen, der geeignet wäre, dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern. Mir ist zwar bewusst, dass jede Gemeinde ihre Aufgaben bestmöglich zu meistern hat und deshalb über eine gesunde Finanzierung verfügen muss. Ich weiß auch, dass gerade die Kommunalsteuer eines der wichtigsten Instrumente der direkten Gemeinde-Finanzierung darstellt. Die Tiroler Gemeinde Mills sagt bereits seit 2018 dem Fachkräftemangel den Kampf an und zahlt die 3-prozentige Kommunalsteuer auf die Brutto-Lehrlingsentschädigung nachträglich an Antragsteller zurück. Das Antragsformular liegt dem dringlichen Antrag bei.*

---

<sup>1</sup> [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5992007/Facharbeiter-fehlen\\_2020\\_Fast-jede-dritte-Lehre-wurde-im-ersten](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/5992007/Facharbeiter-fehlen_2020_Fast-jede-dritte-Lehre-wurde-im-ersten)

*Lassen Sie uns daher sofort ein Zeichen setzen, ein Zeichen CONTRA Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel und ein Zeichen PRO Wertschätzung und Aufwertung von Lehre und Handwerk. Daher stelle ich folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung einer Rückerstattung der auf die Lehrlingsentschädigung fallenden Kommunalsteuer für die Jahre 2021 und 2022 laut Motiventext prüfen und dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen.*

***Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (19.34 Uhr).***

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Danke, Sabine, für diesen Antrag zu einem Thema, das uns wirklich alle beschäftigen sollte. Ich denke mir, dass es sehr viele Bemühungen gibt zum Thema Lehrlinge, ich denke da jetzt an das Talentcenter der Wirtschaftskammer. Ich denke auch an andere Aktivitäten von verschiedenen Interessensvertretungen, dass einfach mehr junge Menschen sich für die Lehre entscheiden. Ich höre aber auch von Unternehmerinnen und Unternehmern, mit denen ich zu tun habe, die verzweifelt Lehrlinge suchen, die einfach in Zukunft gute Fachkräfte haben wollen, ich höre eben, dass es da wirklich mehrere Probleme gibt. Ein Problem ist einfach, dass das sehr aufwendig ist für viele, weil die Schülerinnen und Schüler, die aus den Schulen kommen, die eine Lehre starten, oft ein Problem haben, sinnerfassend zu lesen, man muss es so sagen wie es ist. Also da müsste man sicher ansetzen, und dann natürlich das Problem, dass es einfach andere Modelle geben müsste. Weil wenn man sich jetzt vorstellt, solche kleineren

Unternehmerinnen und Unternehmer, für die wäre es natürlich super, wenn sie gemeinsam einen Lehrling ausbilden könnten, einfach um den Aufwand auch zu minimieren, und das sind Modelle, die man viel stärker fördern müsste. Und ich glaube, da müsste man ansetzen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob jetzt deine Initiative der Weisheit letzter Schluss ist, weil ich nicht glaube, dass das der Kern des Problems ist. Ich habe mich auch erkundigt, ob das juristisch möglich ist, das geht in Form einer Refundierung als Förderung oder geht wahrscheinlich in Form einer Refundierung als Förderung. Aber ich glaube, dass es noch viel mehr Anstrengungen geben müsste, auch von der Stadt Graz, um dieses Problem im Kern zu lösen, und ich denke mir, das ist auch ein wichtiges Thema für die nächste Periode, aber wir werden jedenfalls zustimmen (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Ich sage einmal herzlichen Dank, dass du das Thema Lehre in den Gemeinderat bringst. Also ich möchte für die Lehre wirklich eine Lanze brechen. Das ist ein absolut wichtiges Ausbildungssystem. Wir bilden damit ja Fachkräfte für unsere Zukunft aus, und unser duales Ausbildungssystem hat sich auch bestens bewährt. Ich möchte auch danke sagen, dass du festgestellt hast, dass die Stadt Graz ihrer Aufgabe da sehr wohl nachkommt und danke dem Mario Eustacchio, der voriges Jahr in der Zeit der Krise wieder dafür gesorgt hat, dass die Stadt Graz mehrere Lehrlinge aufnimmt (*Appl.*).

Aber auch herzlichen Dank an die Betriebe, die diese wirklich verantwortungsvolle Aufgabe auf sich nehmen, Lehrlinge auszubilden. Ich habe selbst schon die Freude gehabt, schon eine, zwei oder drei junge Personen auf diesem Weg zu begleiten. Und ich kann euch eines sagen, nicht nur das finanzielle Thema ist da eines, wir haben da 15- bis 20-jährige Jugendliche, die viele Probleme haben, arbeiten gehen ist nicht immer ihr größtes, das ist schon mal sehr spannend, muss ich ganz ehrlich gestehen. Sehr schwierig ist es aber auch, als Betrieb immer wieder Lehrlinge zu finden. Das hat

verschiedenste Gründe, die aber sicher nicht unbedingt in den hohen Kosten der Kommunalsteuer bei den Lehrlingen liegen. Ich sehe die Probleme hier grundsätzlich wo anders. Das Image der Lehre wäre z.B. so ein Problem, das es da sicher gibt. Nach wie vor ist es so, dass der Lehrling auch in der späteren Weiterbildung nicht solche Möglichkeiten hat, wie sie einer hat, der die weiterführende Schule besucht hat. Er hat auch nicht unbedingt die Aussicht auf einen Job, wo er dann wirklich ein gutes Gehalt verdienen kann, das ist den seltensten Fällen möglich. Und ein weiteres Problem ist die Abwanderung. Jetzt gehe ich her, investiere drei bis vier Jahre in die Ausbildung von einem Lehrling, kostet Zeit, kostet Energie, kostet Geld, um dann Gefahr zu laufen, dass er dann nach der Lehre den Arbeitsplatz sofort wechselt, weil der nächste halt 100 Euro mehr zahlt. Das ist natürlich ein Riesenproblem, da könnte man z.B. über den Vorstoß der Arbeiterkammer diskutieren über den Ausbildungsfonds, wo diese Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, einen kleinen Betrag einzahlen, das könnte hier eine Abhilfe schaffen. Zu dem von dir angesprochenen Lehrabbrüchen, zu denen es kommt, es ist nicht so, dass die Betriebe jetzt den Lehrplatz canceln und den Lehrling hinauswerfen, weil er eben so viele Kosten verursacht. Vielmehr ist es vielleicht auch, so wie die Kollegin Pavlovec-Meixner gesagt hat, dass es vielleicht auch Sinne machen würde, dass mehrere Betriebe einen Lehrling ausbilden, weil oft halt die Aufgaben für ihn fehlen, weil der Betrieb nicht unbedingt die Möglichkeit hat, ihn ordentlich zu beschäftigen, ihm viel Wissen beizubringen, dem wird langweilig, der muss dort kehren oder hat übelste Arbeitszeiten. Also es geht schon sehr oft auch vom Lehrling grundsätzlich aus, dass der eben dann die Lehre beendet, so auch meine Erfahrung. Und zum Dritten, und das zielt jetzt eigentlich direkt auf deinen Antrag ab, müssen wir gar nicht so weit in die Ferne schweifen und nach Tirol, nach Mils, schauen, was die alle so toll machen und wir alle nicht können.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Bitte zum Ende kommen.*

GR Günter **Wagner**:

Wenn man jetzt schaut, auf [www.graz.at](http://www.graz.at) gibt es das Soforthilfewirtschaftspaket der Stadt über 3 Mio. und dort gibt es die Möglichkeit, die Kommunalsteuer auszusetzen für alle Mitarbeiter. Danke (*Appl.*).

GR Dr. **Meister**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Vorsitzender. Es ist einfach so, ich war selbst Unternehmer und habe mir jetzt aufgrund dieses Antrages, der ja in seiner Motivation sehr ehrenwert ist, weil das mit den Lehrlingen wirklich ein Problem ist, einmal angeschaut, was ich bei einer Gesamtbruttolohnsumme von 118.789 im Jahr 2019 an Kommunalsteuer gezahlt habe, und das waren 3.356,38. Jetzt muss man sich einmal ausrechnen, wenn ich das jetzt, die Gesamtkommunalsteuer von der Stadt, zurückbekommen würde, dann würde ich für das einmal, weil ich in der höchsten Steuergruppe war, einmal 45 % Steuern zahlen und dann muss man sich das auf den Monat umrechnen, und ich würde einmal sagen, also diese Summe, die ich jetzt habe, die ist ja relativ hoch. Wenn ich jetzt einen Lehrling nehme, ich habe nachgeschaut, wie viel ein Mechatroniker bekommt im Monat im dritten Lehrjahr, 14-mal, das ist ungefähr 1.500 Euro im Monat, da zahlt der Unternehmer dafür 676 Euro im Jahr Kommunalsteuer. Jetzt ist da, wenn er die zurückbekommt, wieder das Gleiche zu berechnen, das ist eigentlich im Monat sehr wenig, und ich glaube nicht, dass das dieser Punkt ist, wo man den Hebel anlegen kann, dass Leute mehr Lehrlinge aufnehmen. Die Belohnung, die der bekommt, ist relativ gering, und den Städten und den Kommunen würde das wahrscheinlich in einem viel größeren Ausmaß abgehen, das Geld. Das Problem, das ich sehe in mancher Hinsicht ist halt das, wenn man sich das österreichische Steuerwesen anschaut, wenn man als gutverdienender Angestellter, Arbeiter oder Unternehmer im Jahr brutto 100.000 Euro verdient, dann zahlt man um 10.000 mehr Einkommenssteuer, als wenn man das gleiche Geld aus der Rendite eines Aktienvermögens verdient. Das ist ein Unterschied von 10.000, das ist etwas, was mir sehr zu denken gibt, dass arbeitsloses Einkommen wesentlich geringer

besteuert wird als Einkommen, das durch eigenen Arbeit bzw. durch eigene unternehmerische Tätigkeit ohne Kapitalbesitz erworben wird (*Appl.*).

GR Mag. **Haßler**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Vorredner haben eh auch schon sehr klar zum Ausdruck gebracht, wie wichtig die Lehre als ein wesentlicher Baustein in unserem Ausbildungssystem ist. Es ist auch schon von vielen gesagt worden, dass es natürlich unterschiedliche Überlegungen gibt, und wahrscheinlich noch, dass unterschiedlichste Überlegungen angestellt werden müssen, um diese Problematik der Lehrlingsfindung vielleicht in eine noch positivere Richtung zu bringen. Ich bin selber in meinem Unternehmen immer wieder dabei, wenn wir Lehrlinge aufnehmen und es gibt tatsächlich auch die Problematik, die schon angesprochen wurde, dass einfach im Bildungssystem einige Defizite da sind, die dann dazu führen, dass der Ausbildungsbetrieb, das Thema Rechtschreibung usw. wurde auch schon erwähnt, dass der Ausbildungsbetrieb da ansetzen muss noch zusätzlich und das ist natürlich bei Großunternehmen leichter wie bei einem Kleinunternehmen. Aber nichtsdestotrotz werden wir dem Antrag zustimmen, und zwar auch aus einem bestimmten Grund: Wir reden da im Gemeinderat auch immer wieder über Wirtschaftsförderungen, und für uns ist es wichtig, dass bei Wirtschaftsförderungen auch im weitesten Sinne gesellschaftliche Aufträge damit verknüpft sind. Wenn es nach uns ginge, dass würden wir eben z.B. Betriebe, die Lehrlingsausbildungen fördern, die Frauen fördern, die Projekte im Mittelpunkt haben, die Modelle für ältere ArbeitnehmerInnen haben, die Mobilitätsanreize für Beschäftigte setzen, da würden wir die Wirtschaftsförderung an diese Dinge auch verstärkt knüpfen. Wir haben vor einiger Zeit eine Baustellenförderung beschlossen, die auch nur ein paar 100 Euro, wenn überhaupt, für die Unternehmen gebracht hätte. Wir haben heute, glaube ich, den Digi-check als Beispiel gehabt für Wirtschaftsförderung, der maximal 5.000 Euro an Förderung bringen kann, das heißt, es gibt viele kleine Bausteine an

Wirtschaftsförderung, die wir in dieser Stadt setzen und deshalb können wir auch versuchen, in dem Bereich mit diesem Modell einen Anreiz zu setzen (*Appl.*).

GR Mag. (FH) **Egger:**

Geschätzte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, falls noch jemand zuhört im Livestream, auch herzlich willkommen. Ich danke dir sehr herzlich für den Aufwurf eines ganz wichtigen Themas, nämlich die Herausforderung, wie kommen wir zu Arbeitskräften, die notwendig sind, wie kommen wir zu geeigneten Fachkräften, die jedenfalls auch notwendig sind. Wir kommen zwar jetzt nicht über den Hebel des Erlasses der Kommunalsteuer dazu, aber wir sollten insgesamt dieses Thema sehr, sehr ernst nehmen. Und nachdem ich ja selber aus einem Lehrberuf komme als gelernter Gas-, Wasser-Installateur und Technischer Zeichner, weiß ich, wie wichtig diese Thematik ist und ich denke, wir sollten das jetzt nicht nur über die Kostensituation für den Betrieb diskutieren, sondern über alle Facetten, die heute auch mehr oder weniger schon angesprochen worden sind. Nämlich über die Imagebildung, über die Notwendigkeit, auch dementsprechend dafür Werbung zu machen, wie sinnvoll es ist, eine Lehrausbildung zu machen und insgesamt sollten wir darauf achten, dass die Arbeit, das Nachgehen eines Jobs eine sehr sinnvolle Tätigkeit ist. Und ich denke, wenn wir da gemeinsam zusammenhelfen, um dafür Werbung zu machen, dann kommen wir einen Schritt weiter. Und weil auch angesprochen worden ist, es gibt immer weniger Lehrlinge; ja, das ist richtig, aber das hat nicht damit etwas zu tun, dass der Lehrberuf weniger attraktiv geworden ist, sondern das hat damit zu tun, dass weniger Jugendliche insgesamt in einem Jahrgang zur Verfügung stehen. Das heißt, wir haben ungefähr zwischen 38 und 42 % eines Jahrganges, die eine Lehrausbildung beginnen. Wenn du im Jahrgang 120.000 Jugendliche hast, hast du natürlich mehr Lehranfänger, wenn du nur 70.000 bis 80.000 Jugendliche hast, wie es aktuell der Fall ist, dann hast du natürlich auch weniger Lehranfänger. Wir sollten insgesamt das Thema schon diskutieren, aber nicht über diesen Zusammenhang, weil es ja auch nicht möglich ist, meines Wissens, der Herr Stadtrat Riegler kann mich

korrigieren, weil es nicht möglich ist, auf Kommunalsteuer zu verzichten, weil das in der Abgabenordnung festgehalten ist, und daher werden wir der Dringlichkeit in dieser Form nicht zustimmen (*Appl.*).

**Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:**

Dankeschön, ich darf ins gleiche Horn stoßen wie Kollege Egger. Ich glaube, ich bin der Einzige in der Stadtregierung, der eine Lehre absolviert hat und daher auch ein besonders Verständnis hat und besonderen Wert darauf legt, dass wir in den städtischen Betrieben und auch im Magistrat Graz Lehrlinge ausbilden. Das ist das wichtige Zeichen, das wir setzen wollen und können, wo wir auch Menschen ausbilden, die auch möglicherweise dann in der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Über die Kommunalsteuer etwas zu steuern in diesem Bereich, erscheint mir nicht zielführend. Wir müssen wirklich darüber nachdenken, wie wir die Lehre aufwerten können, wie wir die Menschen wieder für eine Lehre interessieren können, und das wird auch letztlich dazu führen, dass wir auch darüber nachdenken müssen, wie wir Gehaltsmodelle anbieten können. Wir wissen heute schon, dass wir in vielen Berufen nicht mehr ausreichend Personal und Menschen, die ausgebildet werden, zur Verfügung haben. Ich spreche sehr oft gerade mit Bauunternehmen, mit Installationsunternehmen und, und, und. Die suchen, die wollen, die brauchen und die Menschen stehen nicht zur Verfügung, also da müssen wir ansetzen. Aber nicht geeignet erscheint mir eben, etwas über die Kommunalsteuer zu steuern, das wäre, glaube ich, ein Tropfen auf dem heißen Stein, wäre nicht zielführend, das ganz kurz von meiner Seite als jemand, der selbst eine Lehre gemacht hat.

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ich möchte noch ganz kurz sagen, dass Sie natürlich alle Recht haben damit, wenn Sie sagen, das ist nicht das einzige Problem. Ob ich diese 3 % mehr oder weniger jetzt Lohnnebenkosten haben auf die Lehrlingsentschädigung, ist natürlich nicht der einzige

Grund, aber es ist ein wichtiges Argument, und bitte, glauben Sie mir, ich bin 28 Jahre lang selbstständig, ich hatte bis zu 40 Angestellte, und ich weiß, dass 3 % Senkung der Lohnnebenkosten, was in dem hier eben der Fall sein würde, ein Argument für Unternehmer und Unternehmerinnen ist. Bei all den anderen Dingen, die auch noch wichtig wären, natürlich zu verbessern, damit Lehrlinge es gut haben an ihren Lehrplätzen, damit aber auch die Lehrherren und Lehrerinnen mit ihren Lehrlingen was anfangen können. Es ist sicherlich nicht leicht, im ersten Lehrjahr einen Lehrling zu haben, ich meine, der schaut mehr zu, als er selber tun kann und bekommt natürlich auch Geld. Aber glauben Sie mir, als Unternehmer oder Unternehmerin sind 3 % Senkung der Lohnnebenkosten ein großes Argument. Ich danke Ihnen und bitte um Annahme (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.***

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Meine Damen und Herren, wir haben somit auch die dringlichen Anträge erledigt und abgearbeitet. Wir kommen nun zur nicht öffentlichen Sitzung. Ich darf mich bei allen Damen und Herren im Raum bedanken, die heute anwesend waren. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Ich bedanke mich bei all jenen Damen und Herren, die heute zugesehen haben. Es ist die letzte Gemeinderatssitzung vor dem Sommer gewesen. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 16.9. ab 12.00 Uhr wieder statt. Wenn Sie dabei sein wollen, freuen wir uns. Schalten Sie sich wieder ein, es wird sicher wieder spannende Themen geben. Schönen Abend, und vor allem auch einen schönen Sommer (*Appl.*).